Stasi lässt grüßen S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 10 – 8. März 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Gegen eine Expansion des Westens gen Osten: Moskauer begrüßen Putins Aktion auf der Krim

Bild: Getty

Berlins zentrale Rolle

Krim-Krise: Führt der Westen bereits einen neuen Kalten Krieg?

Russland sieht derzeit seine vom Westen zugesicherten Rechte in Gefahr. In Berlin könnte man Moskaus Sorgen am ehesten erkennen und daher sogar vermitteln.

Wenn man die Rhetorik westlicher Medien und Politiker zur Grundlage nimmt, dann „droht“ kein zweiter Kalter Krieg mit Moskau, sondern dann tobt er längst. Der offenkundige Unwillen, die Beweggründe der russischen Seite auch nur zur Kenntnis zu nehmen, führt zu einer verbalen Verhärtung, die vieles vergessen lässt, was zur Geschichte der derzeitigen Krise zählt und immer mitgedacht werden muss.

Diese reicht zurück bis 1990. Beim Zwei-plus-vier-Vertrag zur deutschen Vereinigung hatten sich die Westmächte und Deutschland verpflichtet, keine westalliierten Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu stationieren. Damit war implizit das Versprechen verbunden, dass die Nato niemals auf ehemaliges Gebiet des Warschauer Pakts vordringen werde.

Nach und nach aber trat ein ostmitteleuropäischer Staat nach dem anderen dem US-geführten Bündnis bei, es steht mit Estland nur noch wenige Kilometer vor St. Petersburg.

> Bei Verhandlungen 1990 erhielt Moskau Zusicherungen

Als sich nun die Ukraine der EU anzunähern begann, musste Moskau fürchten, dass die westliche Expansion bis ins Herz ehemals russischen Territoriums weitergetrieben werden solle, auch wenn von einer Nato-Anbindung Kiews (noch?) nicht die Rede war. Hier war für den Kreml der Rubikon endgültig überschritten.

Der Vorwurf der USA und ihrer Gefolgsländer, Russland missachte das internationale Recht und die Grundwerte der Demokratie, wirkt fadenscheinig. Demokratische Werte? Die Kiewer „Maidan-Regierung“ hat sich – unter kräftiger Mithilfe westlicher Einflussnehmer – de facto an die Macht geputscht. Das ist nicht zu leugnen, selbst wenn die Verfehlungen des gestürzten (aber zuvor immerhin gewählten) Machthabers unübersehbar sein mögen. Selbstbestimmungsrecht? Die USA haben mehrfach in ihrer Geschichte bewiesen, dass sie auf dieses Recht anderer Staaten pfeifen, wenn sie ihre „vitalen Interessen“ berührt sehen. Und das insbesondere, wenn es sich um unmittelbare Nachbarn handelte. Für Washington ist die ukrainische Krise eher deshalb hoch brisant, weil sein Ruf als handlungsfähige Schutzmacht auf dem Spiel steht, auf deren Unterstützung die „Maidan-Regierung“ gebaut hat. Von Estland bis Südkorea beobachten nun etliche kleine Länder sehr aufmerksam, was das amerikanische Schutzversprechen wert ist, wenn es herausgefordert wird.

Berlin kann eine zentrale Rolle in dem Ringen spielen, indem es seine vergleichsweise guten Beziehungen zu Moskau nutzt, um die Wogen zu glätten. Briten (sowieso) und Franzosen (leider auch) sind längst zu eindeutig in die Reihen der USA getreten, um im Kreml noch Gehör zu finden. Eine deutsche Vermittlerrolle ist keine Anmaßung, sondern womöglich das einzige Schlupfloch für eine friedliche Lösung. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Mythos Krim

Für „Mütterchen Russland“ ist die Krim mehr als nur eine Halbinsel. Als „Sprungbrett ins Mittelmeer“ ist sie eine geostrategisch wichtige Flottenbasis und wegen ihrer historischen Rolle geradezu ein nationaler Mythos. Mit dem Untergang der Sowjetunion 1991 verlor Russland jedoch den Anspruch auf die dortigen Stützpunkte seiner Schwarzmeerflotte. Im Juli 1993 erklärte das russische Parlament das nunmehr ukrainische Sewastopol daher nach dem Vorbild Gibraltars kurzerhand zur russischen Stadt auf fremdem Territorium. Im Mai 1997 wurde der Verbleib der russischen Marine auf der Krim zwischen beiden Ländern für zunächst 20 Jahre in einem Grundsatzabkommen geregelt. Danach darf Russland für eine jährliche Pacht von knapp 100 Millionen US-Dollar in drei Flottenstützpunkten sowie auf zwei Flugplätzen 388 schwimmende Einheiten, 161 Luftfahrzeuge und insgesamt 26000 Mann stationieren. Um die Sicherheit der Objekte zu gewährleisten, hat das russische Militär auch außerhalb der Stützpunktmauern Bewegungsfreiheit.

Die 2010 vereinbarte Verlängerung des Vertrages bis 2042 hat sich Russland einiges kosten lassen, denn im Gegenzug hat es der Ukraine einen 30-Prozent-Rabatt auf russisches Erdgas eingeräumt. Damit spart die Ukraine rund vier Milliarden US-Dollar pro Jahr. Kein Wunder, dass Moskau nicht riskieren will, dass das Stationierungsabkommen durch eine neue Regierung in Kiew unterhöhlt wird. Das, was Russland jetzt macht, geht zweifellos über seine vertraglichen Rechte hinaus. Dennoch handelt es sich dabei nicht um eine Aggression, denn eine solche beinhaltet die Anwendung militärischer Gewalt. Davon aber kann bisher keine Rede sein.

Expertenrat: EEG abschaffen

Von der Regierung selbst eingesetztes Gremium verärgert Berlin

Auch das noch: Selbst die von der Bundesregierung eingesetzte „Expertenkommission Forschung und Innovation“ (EFI) lässt kein gutes Haar an der Energiewende. Eine Fortführung des deutschen Systems der Ökostromförderung halten die Fachleute für nicht zu rechtfertigen. Das System gehöre komplett abgeschafft, so ihre Forderung. Das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) sei weder ein kosteneffizientes Mittel gegen einen „Klimawandel“ noch bringe es „messbare Innovationswirkung“.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel von der SPD, als Wirtschaftsminister auch für die Energieversorgung zuständig, wiesen die Forderung des EFI verärgert zurück. Deren Forderung sei falsch.

Der Vorgang reiht sich ein in das Bild einer Koalition, die in elementaren Zukunftsfragen auf taub stellt und jede Expertenwarnung in den Wind schlägt, wie auch bei der Rente. Der breiten Front kompetenter Kritiker der jüngsten Rentenbeschlüsse aus dem In- und Ausland begegnet die Regierung mit einem sturen „Weiter so“ (siehe *PAZ* 09/14).

> Schwarz-Rot bleibt beratungsresistent

Nun mischt sich sogar der Ex-Arbeitsminister und frühere SPD-Chef Franz Müntefering unter die Kritiker. In der Zeitschrift „Cicero“ (März-Ausgabe) schreibt er: „Das jahrelange, erfolgreiche Bemühen, Schritt für Schritt die Mentalität zur Frühverrentung umzukehren, wird konterkariert.“ Der Entwurf von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) sei „renten- und arbeitsmarktpolitisch ein Irrweg“.

Zuvor hatten Wirtschaftsexperten und Arbeitgeber bereits den gesetzlichen Mindestlohn heftig attackiert. Doch auch in diesem Falle versteiften sich Union und SPD auf die Feststellung, wider jeden Rat aus Fachkreisen auf dem richtigen Weg zu sein. *H.H.*

RWE macht nur den Anfang

Energiewende raubt auch anderen Versorgern das Geschäftsmodell

In den letzten Jahren machte RWE vor allem mit seinen Sparprogrammen Schlagzeilen. Entlassungswelle folgte auf Entlassungswelle, auch wurden Beteiligungen und Unternehmensanteile verkauft, doch trotzdem muss der immer noch rund 67000 Mitarbeiter zählende Energieversorger für 2013 einen Verlust in Höhe von 2,8 Milliarden Euro vermelden. „Lange halten wir das nicht mehr durch“, so RWE-Chef Peter Terium dieser Tage. Und wahrlich, bei einem Schuldenberg von 31 Milliarden Euro, hohen Fixkosten, aber gleichzeitig dem Fehlen jeglicher Perspektive, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die geldgebenden Banken RWE den Hahn zudrehen.

Terium selbst ist überzeugt, dass der Staat, der doch so viele rettet, nun auch RWE retten müsse. „Die Zeit drängt. Es muss sofort gehandelt werden. Die Politik muss reagieren, und zwar jetzt.“ Der Staat trägt auch unbezweifelbar mit seiner Energiewende eine Mitschuld daran, dass 20 bis 30 Prozent der konventionellen Gas- und Kohlekraftwerke von RWE derzeit nicht einmal ihre Kosten decken. Doch auch RWE hat sich übernommen. Die Nettoverschuldung, die 2008 noch 19 Milliarden Euro betrug, stieg so rasant an, weil das Unternehmen sich immer mehr vergrößerte. Doch Größe macht unflexibel und so konnte das Unternehmen auf den von Bundeskanzlerin Angela Merkel 2011 ausgerufenen Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomkraft samt massiver Hinwendung zur Energiewende gar nicht adäquat reagieren. Massive Managementfehler erledigten den Rest.

> Es geht um wichtige Infrastruktur

Allerdings ist RWE nicht allein. Auch Eon, EnBW und Vattenfall stehen vor ähnlichen Problemen. Und da durch Entscheidungen der Politik die Energieversorgung der Republik in vielen Bereichen auf diesen vier Versorgern ruht, hat ganz Deutschland ein Problem. *Bel*

Teuer erkaufter Sieg des Westens

Die Rechnung werden nicht zuletzt die Deutschen zahlen – Ukraine droht zum Milliardengrab zu werden

Die Ukraine hat eine Übergangsregierung mit Alexander Turtschinow als Präsidenten und Arsenij Jazenjuk als Regierungschef an der Spitze und der Westen stellt erste Milliardenhilfen bereit. Doch das ist erst die Spitze des Eisberges. Finanzen, Strukturreformen, Erhalt der Einheit des Landes: Die Ukraine steht vor ihrer größten Zerreißprobe – und droht zum Milliardengrab für die EU zu werden.

Beim Treffen mit seinem Amtskollegen John Kerry in den USA hatte Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Aussicht gestellt, dass die Europäische Union (EU) zu einem ersten Hilfspaket für die Ukraine eine Milliarde Euro bereitstellen könnte. Dieselbe Summe sagte Kerry zu. In welcher Höhe sich der Internationale Währungsfonds (IWF) beteiligen wird und ob es gelingt, Russland mit ins Boot zu holen, blieb offen. Der ukrainische Regierungschef Arsenij Jazenjuk gab bekannt, dass insgesamt sogar bis zu 60 Milliarden US-Dollar nötig seien, um die Ukraine vor dem Staatsbankrott zu retten.

Steinmeier sprach von der großen Gefahr, die von einer zahlungsunfähigen Ukraine für Europa und alle ihre Nachbarn ausgehe. Es ist zu befürchten, dass auf die EU und damit auch auf Deutschland als deren größter Beitragszahler nach dem Griechenlanddesaster weitere hohe Belastungen zukommen werden. Die Ukraine geht die EU etwas an, weil an den EU-Ostgrenzen in Ungarn und Polen mit einer Zuwanderungswelle aus der Ukraine gerechnet wird. Wenn das Land mit der Ratifizierung des EU-Assoziierungsabkommens näher an Europa rücken würde, würden vor allem junge und gut ausgebildete Ukrainer ihr Land sofort verlassen, da sie zuhause keine Perspektive sehen. Die Ukraine würde dann genauso ausbluten wie die jüngsten EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien.

Die neue Regierung in Kiew steht vor Riesenproblemen. Die Gewährung von Hilfsgeldern aus dem Westen wird an harte Bedingungen geknüpft. Turtschinow und Jazenjuk werden Strukturreformen durchziehen müssen – etwa die Erhöhung des Gaspreises –, die dem Volk nicht gefallen werden. Geschick und ein besonnener Umgang mit ihren russischsprachigen Gegnern in der Ostukraine werden vonnöten sein, um das Land zusammenzuhalten. Auch die Beziehung zu Russland muss zügig geklärt werden, denn der Nachbar ist noch der größte Abnehmer ukrainischer Waren. Für Moskau bleibt die Ukraine ein wichtiges Transitland und Abnehmer von russischem Öl und Gas.



Bild: imago

15 Milliarden US-Dollar „schwer“: Rinat Achmetow gilt als reichster Ukrainer

Die neue Regierung muss das Vertrauen der Bevölkerung erst einmal gewinnen. Turtschinow ist ein Vertrauter Julia Timoschenkos, der ihr vor 15 Jahren als Vorsitzender des Privatisierungskomitees half, zur Gasprinzessin aufzusteigen. Er vertrat sie an der Parteispitze der Vaterlandspartei, während sie im Gefängnis saß. Der erst 39-jährige Jazenjuk, ein Professorensohn aus der Westukraine, Ex-Banker und Millionär, war 2005 unter Viktor Juschtschenko Wirtschaftsminister. Die Erinnerung an den persönlichen Eitelkeiten der Kontrahenten geschuldeten Bruch der Orangenen Revolution haftet den Menschen im Gedächtnis. Vitalij Klitschko ist zu weit vom Volk entfernt, um eine Chance auf das höchste Amt zu haben, da er lange in Deutschland gelebt hat und im Ausland seine Steuern zahlt. Wer immer sich im Mai durchsetzt, wird mit dem Ballast der Vergangenheit regieren müssen. In allen Schaltstellen von Justiz, Verwaltung und öffentlichen Ämtern sitzen die korrupten Mitarbeiter seines Vorgängers. Die Regierung muss auch mit denen zusammenarbeiten, die erst kurz vor Janukowitschs Sturz zur Demokratiebewegung übergelaufen sind. Dazu zählen unter anderem die Oligarchen, die Janukowitsch zuletzt weniger aus Sympathie für Demokratie fallen ließen, als vielmehr weil dessen Kompromisslosigkeit ihre Geschäfte gefährdete. Es kursieren Gerüchte darüber, dass russische Firmen bereits 30 Milliarden Dollar abgezogen haben, die sie in Unternehmen der Oligarchen investiert hatten.

Oligarchen zahlen wie griechische Reeder keine Steuern

Der Oligarch Rinat Achmetow, der als reichster Mann der Ukraine gilt, ist einer von ihnen. Wie Timoschenko stammt er aus der Donezk-Region und plünderte nach dem Zerfall der Sowjetunion Staatsbetriebe aus. Heute gehört ihm der größte ukrainische Stahlkonzern. Waffen und Stahl sind die wichtigsten konkurrenzfähigen Exportgüter des Landes. Oligarchen zahlen – wie die griechischen Reeder – keine Steuern, verschieben ihre Millionen über Auslandsgesellschaften in die Schweiz und dürften kaum geneigt sein, daran in Zukunft etwas ändern zu wollen. Janukowitch war selbst ein Teil dieses Ausplünderungssystems. Er machte seinen Sohn Alexander zum Oligarchen, um seine Abhängigkeit von seinen Unterstützern zu verringern. Laut Jazenjuk hat die bisherige Führung allein in den vergangenen drei Jahren 70 Milliarden Dollar außer Landes geschafft. Im gleichen Zeitraum sanken die Goldreserven von 27 auf 17 Milliarden Dollar.

Der Sieg über Russland beim Ringen um die Ukraine wird für die europäischen Steuerzahler ein teuer erkaufter werden, da man sie zur Kasse bittet für eine Revolution, die andere angezettelt haben. Die russische Nachrichtenagentur „Rianovosti“ meldet, der amerikanische Milliardär George Soros habe in einem offenen Brief die EU aufgerufen, einen Marshall-Plan für die Ukraine zu entwerfen, bei dessen Umsetzung Deutschland tonangebend sein solle. Kernpunkt des Plans sind Kredite europäischer Geschäftsbanken an ukrainische Unternehmen. Gleichzeitig betonte Soros, dass seine seit 1990 in der Ukraine tätige Renaissance-Stiftung mit dem Umsturz nichts zu tun habe. Soros' Stiftung wird allerdings nachgesagt, auch andere Revolutionen im ehemaligen Ostblock beeinflusst zu haben (siehe PAZ 5, Seite 2).

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Rom vorerst doch nicht pleite

Rom – In den Medien wurde schon avisiert, Europa habe nun mit Rom genau wie die USA im Falle von Detroit die Pleite einer Großstadt zu verkraften, doch offenbar in letzter Minute setzte der neue italienische Ministerpräsident Matteo Renzi für die italienische Hauptstadt eine Sonderzahlung durch. Gelöst sind die finanziellen Probleme der Metropole damit allerdings noch lange nicht, sie sind nur erneut verschoben. Bereits 2008 hatte die Stadt 20 Milliarden Euro Schulden in einen Schattenhaushalt ausgliedern dürfen, doch machte sie Jahr für Jahr so viele neue Schulden, dass nun wieder Rettung notwendig wurde. Und auch für dieses Jahr klafft im Haushalt eine Lücke von 1,2 Milliarden Euro bei einem Gesamtvolumen von 5,5 Milliarden Euro. Doch eine weitere Rettung der 2,6 Millionen Einwohner zählenden Hauptstadt kommt für das italienische Parlament nicht infrage, da auch andere Städte wie Neapel stets vor der Beinahe-Pleite stehen und der massiv verschuldete Staat zu einer Übernahme all dieser Schulden gar nicht in der Lage ist. Rom soll also endlich sparen und Misswirtschaft reduzieren, sonst kommt eben doch noch ein Zwangsverwalter. *Bel*

Kommunen über Bund verärgert

Berlin – Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, ist verärgert darüber, dass der Bund offenbar nicht vor hat, sich sofort mit einer Milliarde Euro an den Kosten zur Eingliederung behinderter Menschen zu beteiligen, wie er es zugesagt hat. Innerhalb dieser Legislaturperiode sollten es fünf Milliarden Euro jährlich sein, doch derzeit sieht es so aus, dass die dafür nötige Gesetzesänderung nur zögerlich vorgenommen wird und erst in einigen Jahren in Kraft treten soll. *Bel*

Die Schulden-Uhr: 30 Fast-Pleiten

Warum den Kommunen zusätzliches Geld geben, wenn sie doch 2013 einen Überschuss von insgesamt 3,5 Milliarden Euro erwirtschaftet haben, während der Bund ein Defizit in Höhe von 6,8 Milliarden Euro produzierte, so denkt offenbar Finanzminister Wolfgang Schäuble. Doch der Überschuss der Gesamtheit der Kommunen sagt nichts über die teilweise dramatische Lage einzelner aus. Abgesehen davon, dass alle zusammen auf einem Schuldenberg in Höhe von 130 Milliarden Euro sitzen, ist bei vielen Kommunen auch die aktuelle finanzielle Situation mehr als brenzlig. Sie leiden unter einem strukturellen Defizit, haben mehr Pflichtausgaben als Steuereinnahmen. Viele finanzieren ihre Ausgaben über ihren „Dispo“. 2011 entfiel die Hälfte der gesamten Kassenkredite deutscher Kommunen auf nur 30 Städte, von denen 19 in Nordrhein-Westfalen liegen. *Bel*

2.032.746.010.313 €

Vorwoche: 2.032.453.571.794 €
Verschuldung pro Kopf: 25.158 €
Vorwoche: 25.154 €

(Dienstag, 4. März 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Innovation verschenkt

Auch Rückholaktion kann Abwanderung von Forschern nicht stoppen

Bisher sind die deutschen Erfolge im internationalen Wettbewerb um hochkarätige Wissenschaftler nur mäßig. Während Deutschland viele seiner besten Wissenschaftler durch Abwanderung verliert, gelingt es bisher kaum, Wissenschaftler gleicher Qualität aus dem Ausland zu gewinnen, so das Urteil einer Expertenkommission „Forschung und Innovation“. In einem für die Bundesregierung erstellten Gutachten bemängeln die Wirtschaftswissenschaftler, dass „insbesondere für die Besten das deutsche Forschungssystem derzeit nicht attraktiv genug zu sein scheint“.

In konkreten Zahlen sind zwischen 1996 und 2011 aus Deutschland 23 460 publizierende Wissenschaftler abgewandert, aber nur 19 521 sind aus dem Ausland zugezogen. Unter dem Strich ein Verlust von rund 4000 Wissenschaftlern, der den bisherigen staatlichen Bemühungen ein schlechtes Zeugnis ausstellt. Zwar haben der Bund und verschiedene Wissenschaftsorganisationen längst Rückholprogramme gestartet, um Deutschland für abgewanderte Wissenschaftler wieder interessant zu machen, trotz Millionenaufwendungen bleiben nachhaltige Erfolge aber anscheinend aus. Deutlich erfolgreicher als Deutschland waren Länder wie die Schweiz, Österreich und Schweden, die allesamt einen positiven Wanderungssaldo bei Wissenschaftlern aufwiesen.

Die Gründe dafür, dass vor allem die erfolgversprechendsten Talente gern an Universitäten in den USA, England oder auch der Schweiz wechseln, aber um Deutschland einen großen Bogen machen, sind hinlänglich bekannt. Geht es um finanzielle Ausstattung und Ansehen, dann können es bundesdeutsche Universitäten noch immer nicht mit der Spitzenliga von Harvard, Stanford, Oxford und Cambridge aufnehmen. Dass Englisch, zumindest derzeit, die vorherrschende Wissenschaftssprache ist, tut ein Übriges.

Die Schweiz belegt, dass die Sprache kein Hindernis ist

Profitiert haben vom deutschen Aderlass an hochkarätigen Wissenschaftlern vor allem die USA und die Schweiz. Zusammen mit den USA gelingt es den Eidgenossen, „50 Prozent aller deutschstämmigen im Ausland aktiven Erfinder“ an sich zu binden. Die Schweiz ist neben den Niederlanden ein Beispiel dafür, dass es auch einem nicht englischsprachigen Wissenschaftsstandort möglich ist, ausländische Forscher anzuziehen und obendrein auch noch eigene einst abgewanderte Wissenschaftler wieder aus dem Ausland zurückzuholen.

Als Knackpunkt für den deutschen Misserfolg gilt vor allem die prekäre Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses hierzulande. Als Grund zum Weggang gelten oftmals die geringen Chancen, einen Übergang von befristeten Doktoranden- oder Postdoktoranden-Stellen hin zu unbefristeten Professuren zu schaffen. Wie Bund und Länder hierbei gegensteuern wollen, um durch bessere Karrierechancen Deutschland als Wissenschaftsstandort wieder attraktiver zu machen, ist indes völlig unklar. Eine Maßnahme wäre eine langfristig solide Finanzierung der deutschen Universitäten, damit wissenschaftlicher Nachwuchs erst gar nicht auswandert. *N.H.*

Rot-Grün will Einfluss

Zweifel an neuem Landesmediengesetz

Gibt es bald regierungsnahe Lokaljournalisten, die über Rundfunkgebühren zwangsweise von den Bürgern alimentiert werden? Diese Befürchtung ist mit der Neufassung des nordrhein-westfälischen Landesmediengesetzes aufgekommen, die von der rot-grünen Koalition im Februar vorgelegt wurde. Unter dem wohlklingenden Namen „Stiftung Vielfalt und Partizipation“ ist geplant, dass für „lokale und regionale journalistische Angebote“ Recherche-Stipendien vergeben und „digitale Publikationsstrukturen“ gefördert werden. Größtenteils aus Rundfunkgebühren gespeist, soll diese Stiftung jährlich mit immerhin 1,6 Millionen Euro ausgestattet werden.

Berichterstattung wird so gelenkt

Es bedarf nicht viel Phantasie, um zu erkennen, dass die Landesregierung damit ein Mittel in die Hand bekommt, um Einfluss und Kontrolle auf die journalistische Berichterstattung zur Politik in NRW auszuüben. Langfristig wird sich bei der geplanten Stiftung wohl die Volksweisheit „Wer zahlt, schafft an“ durchsetzten. So dürfte kaum gefördert werden, was außerhalb des etablierten Meinungsspektrums liegt, auch eine Nähe zu rot-grünen Grundpositionen wird dem Erhalt von Stipendien durchaus förderlich sein. Obendrein ist zu befürchten, dass die medienpolitische Träumerei der NRW-Landesregierung zu einem subventionierten Journalismus ganz einfach auch zur Versorgung der eigenen Parteiklientel auf Kosten der Gebührenzahler eingespannt werden kann.

Vor allem die lautgewordene Befürchtung, dass die rot-grüne NRW-Landesregierung eine Ausweitung ihres Medieneinflusses, quasi Staatsmedien, plant, ist nicht völlig grundlos. Vor allem die SPD praktiziert bereits seit Jahrzehnten eine versteckte Medienarbeit, die der weiten Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Über das parteieigene Unternehmen „Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft“ (dd.vg) ist die SPD bundesweit an Radiosendern und über Verlagsbeteiligungen an rund 40 Zeitungen und Zeitschriften finanziell beteiligt. Das Medienimperium der Genossen nimmt immerhin Rang 11 der führenden deutschen Verlagsgruppen ein. *N.H.*

»Unterstützer« unter Verdacht

Von Theo Maass

Weihnachten ist lange vorbei, die mildtätige Zeit abgelaufen. Oftmals fragen die Spender danach, ob ihre Zuwendungen auch dort ankommen, wo sie nach dem Willen der Geber hin sollen. So auch beim umstrittenen „Flüchtlingscamp“ am Oranienplatz, wo sich linke Gewalttäter verschanzt haben, um (zumeist) abgelehnte Asylbewerber, die inzwischen woanders Quartier bezogen haben, zu unterstützen.

Eine „Antirassistische Initiative“ (ARI) hatte für das Protestcamp ein Spendenkonto eingerichtet und Gelder gesammelt. Der Verein existiert nach eigenen Angaben seit 1998. Aber selbst im eigenen Archiv sind erst ab 2009 Aktivitäten verzeichnet. Sie reichen von der Demonstration am 2. November 2013 unter dem Motto „Nazis und Staat Hand in Hand – Das Problem heißt Rassismus“, bei der die Polizei die Lautsprecheranlage beschlagnahmte, über Pöbeleien gegen angeblich rassistische Fahrscheinkontrolleure bis zur Propaganda für einen Schul- und Unistreik für „Flüchtlinge“ am 13. Februar. Diese Aktivitäten kosten Geld. Gewiss, manches finanziert die neue Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) aus Steuergeldern im Rahmen des Kampfes gegen rechts, aber eben nicht alles, was „notwendig“ wäre.

Inzwischen beschweren sich die „Flüchtlinge“ über die ARI. Das Wort Veruntreuung steht im Raum. Rund 40 000 Euro waren auf das Spendenkonto eingezahlt worden. Davon sind noch gut 5000 da. Das Grünen-Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Susanna Kahlefeld zahlte 1300 Euro aus eigener Tasche, als Stromrechnungen nicht mehr beglichen wurden.

Schließlich stellte sich heraus, dass im Oktober 2013 täglich 500 Euro abgebucht wurden, teilweise sogar aus Cottbus, wusste Kahlefeld zu berichten. Ihre Fraktionskollegin Cana Bayram berichtete über Konflikte: „Es ging um die Frage, ob die Spendengelder eher für politische Aktionen als für die Grundversorgung der Flüchtlinge auf dem Platz eingesetzt werden.“ Einige Phantasie vorausgesetzt, kann man sich vorstellen, wo das Geld geblieben ist.

Seit Mitte Januar 2014 ermittelt nun das Landeskriminalamt. Ich selbst käme nie auf den Gedanken, Geld für Wirtschaftsimmigranten zu spenden. Zudem ist mein Misstrauen gegenüber Spendensammelvereinen generell ausgeprägt. Ein obdachloser Bettler bekommt von mir fünf oder zehn Euro oder ein Stück Kuchen persönlich geschenkt. Die gutmenschlichen „Antifanten“ mit gut bezahlter Arbeit wären womöglich auch besser bedient gewesen, wenn sie einem „Flüchtling“ einen Geldschein in die Hand gedrückt hätten, als einen Überweisungsbeleg für die ARI auszufüllen.

Schmeißt Mehdorn hin?

Zeit läuft ab: 2017 muss Tegel schließen, doch beim BER stapeln sich weiter Hiobsbotschaften



Sucht er bereits nach einem Weg für seinen vorzeitigen Abschied?: BER-Chef Hartmut Mehdorn (r.) mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke vor der Baustelle des neuen Großflughafens

Bild: Davids

Ein Krisentreffen am 28. Februar war der würdige Abschluss einer Woche voller Hiobsbotschaften, die selbst für den skandalträchtigen Hauptstadtflughafen BER rekordverdächtig war. Doch selbst wenn dies kaum noch möglich scheint: Es könnte alles noch viel schlimmer kommen.

Binnen weniger Tage hatte Flughafenchef Hartmut Mehdorn nicht nur den lange von ihm geforderten kleinen Testbetrieb für den BER abgeblasen, sondern auch noch die notwendige Sanierung der nördlichen Rollbahn gestoppt, die vom alten Flughafen Schönefeld übernommen wird. Dazu kam die Mitteilung, dass mit einer Flughafeneröffnung vermutlich auch 2015 nicht zu rechnen sei. Um das Maß voll zu machen, präsentierte Mehdorn auch gleich noch die Schuldigen an dem neuerlichen Debakel: ein Flughafen-Aufsichtsrat, der ihm keine Unterstützung bietet, vor allem aber die brandenburgischen Behörden mit ihren rigiden Schallschutz-Auflagen.

Wenige Monate vor den Landtagswahlen nahmen Politiker der rot-roten Koalition in Potsdam den Fehdehandschuh dankbar auf. Mehdorn könne die eindeutige Rechtslage beim Lärmschutz nicht nach Belieben frei interpretieren, dazu seien „die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Flughafen nicht gestern der Brandenburger Erde entsprungen“, so der Konter aus Potsdam. Auch wenn nach der einberufenen Krisensitzung Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit (SPD) Mehdorn sein „vollstes Vertrauen“ aussprach – hinter den Kulissen dürfte es weiter brodeln.

Ein Jahr im Amt als Flughafenchef, kann Mehdorn eigentlich nichts Handfestes vorweisen. Er hat mehrere Nebenkriegsschauplätze aufgemacht – etwa seinen Versuch für einen Weiterbetrieb von Tegel –, erwartet wird stattdessen aber, dass er endlich einen Eröffnungstermin für BER nennt. Überfällig ist Mehdorn damit bereits seit dem Herbst 2013, ebenso mit einer Kalkulation der Gesamtkosten. Aufhorchen lassen sollte vor diesem Hintergrund ein Kommentar, den Brandenburgs Finanzminister Christian Görke (Linke) abgegeben hat, nachdem Mehdorn durch demonstratives Nichterscheinen vor dem Potsdamer BER-Sonderausschuss die wartenden Abgeordneten regelrecht düpiert hatte: „Da will einer wohl unbedingt entlassen werden.“

> »Da will einer wohl unbedingt entlassen werden«

Tatsächlich ist nicht mehr ganz undenkbar, dass Mehdorn den Flughafenjob vorzeitig entweder hinschmeißt oder rausgeworfen wird. Bereits im vergangenen Jahr wurde aus der Umgebung des mittlerweile 71-Jährigen kolportiert, er verliere allmählich die Lust an dem im Februar 2013 übernommenen BER-Posten. Dass die Situation nun bis zu einem Krisengipfel eskaliert ist, kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden: Mehdorns lauter und hemdsärmeliger Führungsstil trifft zum einen auf den Wunsch der rot-roten Koalition in Potsdam, dass bis zu den Landtagswahlen im September keine Negativ-Nachrichten mehr vom BER zu hören sind. Obendrein gibt es Anzeichen dafür, dass die Situation beim Megaprojekt BER noch trostloser ist, als dies der Öffentlichkeit bisher wirklich bewusst ist.

Nach Berichten, die Mehdorn für den Aufsichtsrat erstellt hat, waren im November/Dezember 2013 im Hauptterminal erst vier bis fünf Prozent der noch anstehenden Arbeiten erledigt, so der Berliner „Tagesspiegel“. Siemens wiederum hat sich per Vertrag eine 18-Monate-Frist gesichert, um die verkorkste Brandschutzanlage des Terminals zum Laufen zu bringen. Klartext: Selbst wenn das Unternehmen sofort loslegte, wäre frühestens zum Winterflugplan 2015 eine Eröffnung zu erwarten, tatsächlich soll der Flughafen aber die nötigen planerischen Voraussetzungen dafür bis jetzt nicht erbracht haben.

Unter welch massivem Druck der Bevölkerung sich wiederum Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in Sachen BER sieht, wird an seinem Versuch deutlich, eine strengere Nachtflugregelung nun sogar gegen die beiden Mitgesellschafter Bund und Berlin durchzusetzen. Im Nacken sitzt Woidke Brandenburgs erstes erfolgreiches Volksbegehren, mit dem eine strenge Nachtruheregelung eingefordert wurde. Kann Woidke bis zum Wahltag im September nichts vorweisen, droht, dass ihm die Wähler einen Denkzettel verpassen. Sehr wahrscheinlich ist obendrein, dass SPD-Mandatsträger und sogar sozialdemokratische Bürgermeister in fluglärmbetroffenen Gemeinden im Wahlkampf keinen Finger für die eigene Partei rühren werden. Diese Kontrastimmung ist klar vorhanden. Denn weit verbreitet ist in der SPD der Region das Gefühl, bei Flugrouten und Lärmschutzzusagen für den BER über den Tisch gezogen worden zu sein – auch von den eigenen Genossen.

Mit Mehdorns Warnung, dass sogar eine Eröffnung im Jahr 2015 in Gefahr ist, sollten sich die Berliner und Brandenburger indes nicht nur auf neue Kosten durch die Endlosbaustelle gefasst machen. Auch die zeitliche Reserve in Sachen BER droht mit einem Eröffnungstermin 2016 auf ein kritisches Maß zu schrumpfen. In der Öffentlichkeit eher wenig bekannt ist, dass für den Flughafen Tegel die Zeit abläuft. In einem 2007 geänderten Fluglärmschutzgesetz wurde speziell für Berlin eine zehnjährige Schonfrist, eine „Lex Tegel“ eingearbeitet. Im Klartext: Entweder erfüllt Tegel nach der gegebenen Gnadenfrist die Lärmschutzauflagen, oder er muss schließen. Da rund 200 000 Anwohner einen Anspruch auf Lärmschutz oder Entschädigung hätten, gilt der Weiterbetrieb des innerstädtischen Flughafens Tegel praktisch als chancenlos, da unbezahlbar.

Norman Hanert

Berlin bleibt gefährlich

Erneut eine miserable Polizeiliche Kriminalstatistik des Innensenators

Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) hat auch für sein zweites Amtsjahr eine miserable Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vorgelegt. Nach seinem ersten vollen Amtsjahr verzeichnete die PKS 2012 bei vielen Delikten eine massiv gestiegene Kriminalitätsrate. Jetzt hat Henkel erst einen 35-seitigen PKS-Kurzbericht für das Jahr 2013 mit ausgewählten Delikten vorgelegt. Die vollständige PKS soll „im Laufe des Frühjahrs, auf jeden Fall aber vor der parlamentarischen Sommerpause“ veröffentlicht werden, teilte die Verwaltung des Innensenats auf Anfrage der *PAZ* mit. In anderen Bundesländern ist es üblich, und so war es früher auch in Berlin, dass stets die gesamte PKS vorgestellt wird.

Laut Kurzbericht sind die Straftaten insgesamt gegenüber 2012 noch gestiegen, und zwar um 7868 Fälle auf 503 165 Taten. Angesichts der 11 566 Wohnungseinbrüche im Jahr 2013 spricht der Bericht von einem „erfreulichen Rückgang der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr“. Indes waren die Wohnungseinbrüche im ersten Henkel-Jahr auf 12 291 Fälle hochgeschnellt, den höchsten Wert in zehn Jahren. 2011 waren es noch 11 006 Fälle. 2013 gab es somit immer noch 560 mehr als im Jahr 2011, in dem Henkel Innensenator wurde mit dem Versprechen, Berlin sicherer zu machen. Die Zahl der Einbrüche in Boden- und Kellerräume sowie Waschküchen stieg 2013 zum Vorjahr auch noch um 15,1 Prozent auf 14 919.

> Die GdP spricht von einem »Versagensbericht«

Überhaupt ist die Zahl vieler Eigentumsdelikte 2013 kräftig gestiegen. Es gab 2013 in Berlin 6659 Autodiebstähle – plus 899 Fälle oder 15,6 Prozent zum Vorjahr. Hohe Steigerungsraten wurden auch beim Diebstahl „an und aus“ Kraftfahrzeugen (36 034 Fälle, plus 16,8 Prozent) verzeichnet. Bei diesem Delikt sind bei besonders schwerem Diebstahl 63,2 Prozent der Tatverdächtigen Ausländer.

Die Zahl der Rauschgiftdelikte stieg 2013 um 9,1 Prozent auf 13 348 Fälle. Hier gibt es zudem eine hohe Dunkelziffer. Erheblich gestiegen – um 15,7 Prozent – sind auch die Taschendiebstähle, und zwar auf 20 794 erfasste Fälle. Die Zahl der Diebstähle insgesamt stieg um 6,2 Prozent auf 226 279 Fälle. Auch die Zahl der Brandstiftungen stieg um 7,9 Prozent (734 Fälle).

Die Zahl der erfassten Fälle von Jugendkriminalität sank zwar gegenüber 2012 um 3,4 Prozent. Doch befindet sie sich bei 23 781 Tatverdächtigen immer noch auf hohem Niveau. Angesichts der geringen Aufklärungsquote bei Raub von nur 34,7 Prozent ist es auch reine Spekulation, ob die Jugendkriminalität tatsächlich gesunken ist. Die erfasste Jugendgruppengewalt ist sogar noch um 3,2 Prozent auf 2856 Fälle gestiegen.

Bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen auf „Straßen, Wegen und Plätzen“ ist für 2013 zwar gegenüber 2012 ein Rückgang um 564 Fälle auf 3611 Taten verzeichnet. Das bedeutet aber immer noch fast zehn Fälle gefährlicher und schwerer Körperverletzung pro Tag. Den größten Anteil am Raub insgesamt stellen die „sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen“. Ihre Zahl ist 2013 um zwölf Prozent auf 2718 Fälle gestiegen. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen an allen Tatverdächtigen stieg von 32,7 Prozent auf 34,8 Prozent. Die Berliner Gewerkschaft der Polizei nennt die PKS 2013 einen „Versagensbericht des Senats“.

Michael Leh

Das letzte Mal

Deutsch-amerikanisches Fest vor dem Aus

Im Juli 2014 wird Berlins letztes deutsch-amerikanisches Volksfest stattfinden. Sofern der – bislang desinteressierte – Senat nicht doch noch eine brauchbare Freifläche bereitstellt, wird das traditionsreiche Sommerfest der Vergangenheit angehören.

Schon 2010 war es in Gefahr, weil das Gelände zwischen U-Bahnhof Oskar-Helene-Heim und Hüttenweg nach dem Willen der Bezirkspolitik mit Wohnungen bebaut wurde. Versuche der Veranstalter, auf das Gelände des gerade geschlossenen Flughafens Tempelhof umzuziehen, scheiterten am Senat. Schließlich gelang es nach längerem Hin und Her, ein Gebiet nahe dem neuen Hauptbahnhof zu belegen.

> Senat torpediert die Veranstaltung

Aber auch dort soll nun gebaut werden, und das Volksfest ist erneut heimatlos. Weitere Versuche, das 14-tägige Fest auf den alten Flughafen zu verlegen, blieben erfolglos. Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD): „Wir halten es für unangemessen, dort Volksfeste zu installieren.“ Volksfestorganisator Thilo Wollenschläger hält dagegen: „Jeder andere darf auf das Feld, uns bleibt der Weg versperrt. Das bedeutet das Aus für uns!“

Der wirtschaftliche Schaden, den Müller anrichtet, ist laut Kritikern enorm. Etwa 100 Unternehmen nahmen bislang an dem Fest teil. Der Einnahmeausfall liegt bei etwa fünf Millionen Euro. Das Volksfest wurde 1961 das erste Mal durchgeführt, an seinem damaligen letzten Tag, dem 13. August 1961, errichteten die SED-Machthaber die Mauer. Das Volksfest gehört wie der Ku'damm, die Gedächtniskirche oder der Flughafen Tempelhof zur Identität des alten West-Berlin.

T.M.

Zeitzeugen

Dieter Przewdzing – Der umgebrachte Bürgermeister leitete die Kommune Deschowitz seit 1976 – ein Rekord in Polen. Vor der Bundestagswahl 2013 sagte er gegenüber „Die Welt", in Oberschlesien würden alle die CDU wählen: „Ich auch. Die Andschela Merkel, gell, die ist doch CDU? Die ist wirtschaftlich gut."



Norbert Rasch – Der 42-jährige Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien wurde über Przewdzings Tod in der Nacht informiert. Der folgende Tag war für ihn hektisch – Aktivisten der Minderheit überschütteten ihn mit besorgten Anfragen, ob sie sich sicherheitshalber nicht ins Private zurückziehen sollten. Rasch ist seit den 90er Jahren in der Lokalpolitik aktiv. In seiner Freizeit tritt er mit der Band „Proskauer Echo" auf.



Jerzy Gorzelik – Der Vorsitzende der „Bewegung für die Autonomie Schlesiens" (RAS) versteht nicht, warum schlesische Kinder den polnischen Schriftsteller Henryk Sienkiewicz lesen sollen, diese Kultur sei ihnen fremd. Bei einer Podiumsdiskussion zitierte Gorzelik den englischen Politiker Lloyd George, den Polen Schlesien auszuhändigen, sei das gleiche, als dem Affen eine Armbanduhr zu geben. „Nach 80 Jahren sieht man: der Affe hat die Uhr kaputt gemacht", ergänzte Gorzelik.

Rafał Bartek – Der junge Geschäftsführer des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz ist ein medial bekanntes Gesicht der Minderheit, er wird auch von bundesdeutschen Medien interviewt. Nach einem Studium der künstlerischen Bildungspädagogik absolvierte er in Oppeln das Fach Organisation und Verwaltung und in Breslau das Fach Verwaltung der EU-Fonds.



Bernard Gaida – Der Vorsitzende des polenweiten Dachverbandes der Deutschen Minderheit ist überzeugt, Versuche, das Deutschtum vom Schlesiertum zu trennen, seien schädlich. Die Schlesier von der deutschen Kulturnation fernzuhalten, hieße, dem Schlesiertum die ganze Kraft zu nehmen. Gaida, von Hause aus Techniker, hat auch christliche Philosophie an der Theologischen Fakultät Posen studiert. Der Minderheit steht er seit 2009 vor.

Politische Motive vermutet

Umgebrachter Bürgermeister wollte mehr Autonomie für Oberschlesien

Fest steht: Dieter Przewdzing wurde brutal getötet. Die Motive für die gewaltsame Tötung des Bürgermeisters der zwischen Gleiwitz und Oppeln gelegenen Kleinstadt Deschowitz [Zdzieszowice], über die wir in der Nummer 9 berichteten, bleiben im Dunkeln. Der Politiker war als Kandidat der Deutschen Minderheit gewählt worden.

Am 18. des vergangenen Monats, einem Dienstag, traf sich Przewdzing nach 17 Uhr mit seiner Stellvertreterin. Gegen 18 Uhr wollen ihn Nachbarn im Ortsteils Krempa [Krepna], seinem Wohnort, gesehen haben, wie er Brennholz aus dem Wald holte. Um 18.38 Uhr rief er bei einem Bekannten an, um ihn nach der Nummer eines Musikers zu fragen, der bei Przewdzings anstehendem 70. Geburtstag auftreten sollte. Der Bekannte versprach, sich zurückzumelden. Als er um 18.50 Uhr und 19.12 Uhr Przewdzing erreichen wollte, nahm dieser den Handyanruf nicht mehr an. Nach 19 Uhr riefen bei Przewdzing seine Mitarbeiterin an, auch sie hatten keinen Erfolg – ungewöhnlich bei dem aufgeschlossenen Bürgermeister. Gegen 20 Uhr kam in Przewdzings Haus in Krempa ein Bekannter aus Kattowitz vorbei und entdeckte Przewdzings leblosen Körper. Als er mit – vergeblichen – Wiederbelebungsversuchen begann, soll der Körper noch warm gewesen sein.

Die eingetroffenen Polizisten fanden Przewdzing in einer Blutlache vor. Der Deutschstämmige hatte mehrere Schnittwunden am Leib. Die unmittelbare Todesursache war Verbluten infolge durchgeschnittener Kehle, was auf Mord hindeutet. Denn die bestialisch zugefügten Verletzungen zeugen nicht von einem Raubüberfall, eher von einem Abschlachten nach Mafia-Art. Zwar lebte Przewdzing auf seinem Gut etwas abseits und war stets für Besucher offen, so dass gemeine kriminelle Motive trotz der Brutalität nicht auszuschließen sind – angesichts der politischen Brisanz werden die Ermittlungen auf Antrag der Deutschen Minderheit jedoch von der Generalstaatsanwaltschaft beaufsichtigt.

Grausamkeit des Vorgehens spricht gegen Raubmord

In den letzten Monaten wurde Przewdzing zum Akteur einer heftigen Diskussion um mehr finanzielle Selbstständigkeit für die Regionen. Auslöser der Debatte war ein Ausspruch Przewdzings, der Zentralismus in Polen führe zu einer Verarmung der Gemeinden. In Polen, so auch andere Stimmen aus Oberschlesien, werden die Regionen durch Warschau zusehends gebeutelt. Dem bodenständigen Przewdzing gelang es nach der sogenannten Wende, ausländische Investoren nach Deschowitz zu lokken, so dass es eine Zeit lang zu den Kommunen mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit gehörte. Zuletzt musste er aber feststellen, dass immer mehr Firmen zwar in der Provinz tätig sind, einschließlich des Nachteils möglicher Umweltschäden durch die Produktion, dass sie ihren amtlichen Firmensitz aber in die Großstädte verlegen und dort auch Steuern zahlen. Deshalb rief er zu mehr wirtschaftlicher Eigenständigkeit auf – für seine Kommune und für sein Heimatland Oberschlesien. Die polnische Öffentlichkeit verwechselte den Ruf nach Subsidiarität jedoch mit Separatismus.

Die Deutsche Minderheit sieht sich heute der Konkurrenz der „Bewegung für die Autonomie Schlesiens" (RAS) ausgesetzt. Auch wenn Jerzy Gorzeliks RAS hauptsächlich im Kattowitzer Industrierevier aktiv ist, während die Deutschen im ländlichen Oppelner Raum den Ton angeben, gibt es Überschneidungen. Die RAS predigt eine eigenständige schlesische Nation und wirkt nach außen hin unsolider, aber auch dynamischer – gerade bei jungen Oberschlesiern kommt das gut an. Die Forderungen von Gorzelik gehen über eine wirtschaftliche Autonomie weit hinaus. *Dušan Korený-Pöllich*



Sein Tod gibt Rätsel auf: Trauerfeier für den umgebrachten Dieter Przewdzing

Bild: privat

Minderheit darf Bundestag mitbestimmen

Die Alteingesessenen in den Oder-Neiße-Gebieten sind nach wie vor deutsche Staatsangehörige. Diese Staatsangehörigkeit wurde nach der sogenannten Wende für viele Schlesier oder Masuren identitätsstiftend und zu einem wirtschaftlichen Vorteil. Mit dem deutschen Pass gingen vor allem aus Oberschlesien Menschen nach Westdeutschland um zu arbeiten. Das Phänomen der „Eurowaisen", der zu Hause zurückgelassenen Kinder, kennt man rund um Oppeln oder Ratibor schon aus der Zeit vor dem EU-Beitritt Polens. Die im Sommer menschenleeren Dörfer wurden dann mit dem heimgebrachten Westgeld herausgeputzt.

Nur das Wahlrecht blieb den Deutschen in der Republik Polen verwehrt, solange sie nach Vollendung des 14. Lebensjahres nicht mindestens drei Monate ununterbrochen im Bundesgebiet lebten und dieser Aufenthalt nicht länger als 25 Jahre zurücklag. Erst ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts schaffte 2012 das Sesshaftigkeitserfordernis ab. Gemäß der anschließenden Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 31. Januar 2013 muss man bei der Beantragung der Unterlagen für die Briefwahl allerdings nachweisen, dass man „persönlich und unmittelbar Vertrautheit mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland erworben" hat und von ihnen betroffen ist. Die Beweispflicht liegt beim Antragsteller, wobei ein passiver Konsum deutschsprachiger Medien nicht reicht.

»Zwei-Klassen-Wahlrecht«

Als die Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse in der Bundesrepublik manchmal massenweise abgelehnt wurden, folgte auf die Euphorie eine Enttäuschung. Die Landsmannschaft der Oberschlesier sprach gar von einem Zwei-Klassen-Wahlrecht. *D.K.P.*

Deutsch als Schlüssel

Mit Sprache eigene Wurzeln erkunden: Minderheit setzt auf Schule

Die ersten zwei Jahrzehnte nach der sogenannten Wende dienten bei der Deutschen Minderheit in Polen einer organisatorischen Konsolidierung und kulturellen Bestandssicherung. Ungefähr 2008 rückte eine neue Generation in den Vordergrund. Seither wird auf die Karte des deutschen Schulunterrichts gesetzt. Gemeint ist dabei nicht so sehr Deutsch als Fremdsprache als vielmehr ein konsequentes Bemühen um die Gründung deutschsprachiger Klassenzüge und Schulen. Gemäß dem polnischen Minderheitenrecht kommen dabei drei Unterrichtsformen in Frage: einige wenige zusätzliche Deutschstunden pro Woche, zweisprachiger polnisch-deutscher Unterricht oder der Unterricht aller Schulfächer in Deutsch als Muttersprache.

Nicht immer wird das Deutsche aber tatsächlich in der Familie gesprochen. Gerade im Raum Oppeln und Ratibor, wo sich die deutsche Volksgruppe am meisten konzentriert, sprechen die Oberschlesier überwiegend einen slawischen Dialekt, wenngleich mit unzähligen ausgeliehenen Wörtern aus dem Deutschen. Deutsch wird oft von der Großelterngeneration weitergegeben.

Dem Internetportal des Dachverbandes der Minderheit zufolge wurde Deutsch als Minderheitensprache Ende 2012 in der Woiwodschaft Oppeln in 148 Kindergärten, 196 Grundschulen und 57 Gymnasien unterrichtet. Insgesamt genießen hier 27484 Schüler verstärkten Deutschunterricht. In der Woiwodschaft Schlesien (Kattowitz) sind es 111 Schuleinrichtungen (8048 Schüler), in der Woiwodschaft Ermland-Masuren gibt es einen Kindergarten, sieben Grundschulen und drei Gymnasien mit speziellen Unterrichtsformen für die Minderheit. Allerdings nimmt die Mehrzahl der Schüler die niedrigste der drei Unterrichtsformen in Anspruch – Polen wird deswegen vom Europarat gerügt. Großer Beliebtheit erfreuen sich die Sonnabendkurse. Dank dieser Veranstaltung für Kinder im Alter von sechs bis elf Jahren soll der deutschstämmige Nachwuchs die deutsche Sprache spielerisch im Alltag erleben und die Kultur, Geschichte und Tradition seiner Heimat kennenlernen.

Drei Formen des Unterrichts kommen in Frage

Und mit wie vielen Deutschen hat man es zu tun? Laut den Ergebnissen der Volkszählung von 2011 bekannten sich 147814 Menschen in der Republik Polen zur deutschen Volkszugehörigkeit. In Kommunen, in denen mehr als 20 Prozent der Bewohner Deutsche sind, kann die Sprache der Minderheit zur Hilfssprache, das heißt zur zweiten Amtssprache, erhoben werden. Diese Quote wurde in knapp 30 Kommunen erfüllt, die meisten in der Woiwodschaft Oppeln, einige in der von Kattowitz aus regierten Woiwodschaft. In über 20 Dörfern oder Städten wurde schon tatsächlich Zweisprachigkeit eingeführt. Sichtbarstes Zeugnis deutscher Identität sind die zweisprachigen Ortsschilder an den Dorfeinfahrten, die mittlerweile zum Erscheinungsbild Oberschlesiens gehören. Sie werden aber auch zum Lieblingsziel von Zerstörungswut, wie neuerdings in Kieferstädtel bei Gleiwitz. *D.K.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **4488**

Sperrbezirk soll es richten

Saarlands Landeshauptstadt geht gegen zunehmende Straßenprostitution vor

Nachdem Saarbrücken als angebliche „Hauptstadt der Prostitution“ vermehrt in die Schlagzeilen geraten ist, soll der größte Teil der Stadt zum Sperrbezirk für die Straßenprostitution erklärt werden. Letztere hat vor allem durch Frauen aus Rumänien und Bulgarien stark zugenommen. Freier kommen extra aus Frankreich und Rheinland-Pfalz.

Gerade hatte sich das Saarland mit einer „Frankreichstrategie“ herausgeputzt. Zu einem „multilingualen Raum deutsch-französischer Prägung“ sollte es werden. Von einem „Coup“ der Annegret Kramp-Karrenbauer schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ anerkennend, und kurzfristig sonnte sich die saarländische Premierministerin im Medienglanz. Die frankophile Aufplusterei sollte auch der Werbung für den Standort Saarland dienen, ein „Alleinstellungsmerkmal“ bilden. Plötzlich jedoch attestierten die Medien der Landeshauptstadt ein ganz anderes Alleinstellungsmerkmal: „Saarbrücken – Hauptstadt der Prostitution.“

Die biederen Saarländer in der immer noch recht beschaulichen Provinz reagierten entsetzt. Das sei Unsinn, heißt es, woanders in Deutschland gebe es doch noch mehr Prostitution – was auch stimmt. Doch das Etikett „Hauptstadt der Prostitution“ wurde Saarbrücken schon im letzten Jahr vom Magazin „Focus“ aufgedrückt. Auch hatte die Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz schon in der „Bild“-Zeitung erklärt, die Zustände besonders bei der Straßenprostitution seien inzwischen unerträglich. Darüber berichtete auch das Nachrichtenmagazin „Spiegel“, und so fand Saarbrücken, was sonst kaum je der Fall war, allmählich auch in die Schlagzeilen der internationalen Medien.

Journalisten aus aller Welt berichteten über horizontales Gewerbe

Die britische BBC berichtete ebenso über die Prostitution im deutsch-französischen Grenzgebiet wie die „Daily Mail“. Letztere brachte sogar Fotos von einem im Bau befindlichen Großbordell in Saarbrücken-Burbach. Und die britische Tageszeitung „Independent“ schrieb: „Saarbrücken war einmal bekannt für seine feinen Moselweine, die erstklassige Küche und eine lässige unteutonische Lebensart. Jetzt wird der Ruhm der Stadt als ruhiges Feinschmeckerparadies rasch abgelöst durch einen neuen und unangenehmen Ruf als Europas Hauptstadt der Prostitution.“ Kamerateams aus halb Europa, auch sogar aus Kanada, gaben sich an der Saar die Klinke in die Hand.



Bild: imago

Vermutlich Roma: Die ethnische Herkunft der aus Osteuropa stammenden Prostituierten wird nicht erfasst

Tatsächlich liegen auch in Deutschland andere Städte bei der Zahl der Prostituierten pro hunderttausend Einwohner vor Saarbrücken. Spitzenreiter ist dabei laut einer Erhebung Augsburg. Saarbrücken rangiert allerdings auf einem „starken“ neunten Platz. Viele deutsche Städte können freilich gar keine genaueren Angaben über die Zahl der Prostituierten machen.

Im Saarland sollen zwischen 1700 und 2000 Prostituierte tätig sein, davon etwa 1000 in Saarbrücken und dort 200 auf dem Straßenstrich. Die Landeshauptstadt hat 177 000 Einwohner. Die Zahl der Prostituierten ist vor allem durch Frauen aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn in den letzten zwei Jahren stark gestiegen. Viele sind vermutlich Roma; die ethnische Herkunft wird jedoch nicht statistisch erfasst. „Dagegen stirbt die deutsche Prostituierte nahezu aus“, erklärte ein Kripo-Beamter gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“.

Die verfrühte EU-Aufnahme von Staaten wie Rumänien und Bulgarien wirkt sich längst auch im von Bukarest 2000 Kilometer entfernten Saarbrücken aus.

Osteuropäerinnen dominieren den Markt deutlich

Auch das Saarland wird längst von osteuropäischen Räuberbanden heimgesucht. Die saarländische Polizei muss ihnen hinterher jagen, während die Saarländer immer öfter Opfer von Wohnungseinbrechern werden. Mit der Zunahme der Prostitution steigt auch die Begleitkriminalität, einschließlich Zwangsprostitution und Menschenhandel.



Bislang galt in Saarbücken fast keine örtliche Begrenzung der Prostitutionsausübung. Jetzt hat das saarländische Kabinett eine rigorose Begrenzung zumindest der sichtbaren Prostitution beschlossen. Zudem wird die Straßenprostitution auf die Abend- und Nachtstunden beschränkt. Es soll nur noch vier Ausnahmen auf öffentlichen Straßen geben. Dazu zählt die Dudweiler Landstraße, die Hochstraße und die Straße Deutschmühlental, die unmittelbar an der deutsch-französischen Grenze liegt. Wie Alexander Kuhn vom Verein „Aids-Hilfe Saar“ gegenüber der *PAZ* erklärt, hatten die Prostituierten die weitgehend unbeleuchtete Straße Deutschmühlental bisher nur tagsüber genutzt und nachts aus Sicherheitsgründen gemieden. Eine Zahl der Freier aus Frankreich vermag Kuhn nicht zu schätzen. Freier kämen auch aus Rheinland-Pfalz; das wisse man von den Autokennzeichen her.

Kramp-Karrenbauer klagte: „Es ist einfacher ein Bordell zu errichten als eine Frittenbude.“ In Frankreich hingegen soll die Prostitution künftig sehr restriktiv gehandhabt werden. Die Pariser Nationalversammlung hat ein Gesetz nach schwedischem Vorbild beschlossen, wonach Freier mit Geldstrafen von rund 1500 Euro rechnen müssen. Das Gesetz muss noch der Senat bestätigen. Im Saarbrücken rechnet man mit noch mehr Freiern aus Frankreich. Bordelle und Sex-Wohnungen sollen künftig von der Polizei leichter kontrolliert werden können. Auch eine Kondompflicht wurde beschlossen. *Michael Leh*

MELDUNGEN

Bildungsplan spaltet

Stuttgart – Am vergangenen Sonnabend haben sich unter dem Motto „Gegen die Indoktrination unserer Kinder – Stoppt den Bildungsplan 2015“, zu der die Initiative „Schützt unsere Kinder“ aufgerufen hatte, laut Veranstalter 1800 und laut der Polizei 800 Demonstranten in der baden-württembergischen Landeshauptstadt versammelt. 400 Polizisten schützten die Protestler, die das Thema sexuelle Vielfalt nicht breit im Schulunterricht behandelt sehen wollen, vor den ebenfalls rund 400 Gegendemonstranten. Polizisten, Bildungsplangegner und deren laut Medienberichten selbst mitgebrachten Sicherheitskräfte wurden mit Tomaten beworfen und teilweise von Gewalttätern der linksextremen Szene attackiert, worauf es zu Festnahmen kam. Während die Bildungsplangegner in der „Stuttgarter Zeitung“ als Ewiggestrige dargestellt wurden, verweisen die Veranstalter auf renommierte Unterstützer wie die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves. *Bel*

EZB-Niedrigzins belastet Firmen

Berlin – Der Deutsche-Industrie- und Handelskammertag (DIHK) warnt vor den Folgen der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank auf die Pensionsverpflichtungen der mittelständischen Unternehmen. Derzeit belaufen sich deren Pensionsverpflichtungen für ihre Mitarbeiter auf 24 Milliarden Euro, die mit einem festgelegten Referenzzins verzinst werden müssen, der allerdings über den bei den Banken zu erzielenden Konditionen liegt. Das hat zur Folge, dass die Unternehmen diese Deckungslücke anderweitig schließen müssen, was wiederum ihre Investitionsmöglichkeiten verringere, so der DIHK. *Bel*

Geenterte »Piraten«

Linksextreme dominieren immer stärker die Partei

Wenige Monate vor der EU-Wahl ist innerhalb der Piratenpartei ein schon länger schwelender Richtungsstreit spektakulär eskaliert. Anlass ist der sogenannte „Bomber Gate“-Skandal, den die Berliner „Piratin“ Anne Helm in Gang gesetzt hat. Mit dem Schriftzug „Thanks Bomber Harris“ auf der nackten Brust hatte Helm am 69. Jahrestag der verheerenden Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg vor der Semperoper posiert und einen Eklat verursacht. Während die Parteilinke die Aktion mit unverhohlener Sympathie kommentierte, waren liberal oder pragmatisch an Sacharbeit orientierte „Piraten“ schockiert über die geschmacklose Ehrung für den britischen Bombergeneral, der reihenweise deutsche Städte in Schutt und Asche legen ließ. Während die Parteispitze der Dresdner Aktion der „Piratin“ Helm nicht wirklich ablehnend gegenüberstand, distanzierten sich die Landesverbände von Bayern und NRW scharf. Angestoßen wurde zudem eine Welle von Parteiaustritten von zum Teil hochrangigen Parteifunktionären auf Bundes- und Landesebene.

Da der Bundesvorstand der „Piraten“ aus seiner Zustimmung für die umstrittene Anne Helm keinen Hehl gemacht hatte, starteten innerparteiliche Kritiker zudem eine Aktion namens „Kein Handschlag“. Hinter der knappen Überschrift verbirgt sich die Ankündigung, den EU-Wahlkampf der eigenen Partei nicht zu unterstützen. Ehrenamtliche, die sich insbesondere um die IT-Infrastruktur der Piratenpartei kümmern, waren aus Protest gegen den Bundesvorstand bereits in einen Warnstreik getreten.

»Bomber Gate« von Dresden hat zu Boykotten geführt

Weniger medienwirksam war der Riss, der durch die Piratenpartei geht, schon auf dem Bochumer Parteitag im Januar 2014 sichtbar. Handstreichartig hatten einige Aktivisten durchgesetzt, dass auf dem Parteitag jeweils eine Fahne der linksextremen Antifa und der Anarchosyndikalisten für die Delegierten gut sichtbar platziert wurde. Dies war kurz nach den gewalttätigen Krawallen von Linksautonomen auf Hamburgs Straßen ein eindeutiges Zeichen. Eindeutig auch die Botschaft, dass auf die Kandidatenliste zur EU-Wahl mehrere Parteimitglieder gewählt wurden, die der linksextremen Antifa nahestehen. Bemühungen, die umstrittenen Fahnen wieder zu entfernen, sollen nach einem Medienbericht zufolge von Oliver Höfinghoff, dem Fraktionschef der Berliner „Piraten“, Mitglied in Roten Hilfe und der Antifa, mit „Geh mir aus der Sonne, sonst knallt's hier“, beantwortet worden sein.

Beklagt wird, dass parteiintern solch ruppiger Ton schon länger Einzug gehalten habe und mittlerweile ganz unverblümt Mobbing gegen Andersdenkende betrieben werde. Zahlenmäßig handelt es sich bei den „Radikalfeministinnen“, „Anti-Deutschen“ und Linksextremisten aus der Antifa um eine Minderheit unter den „Piraten“, aber sie bestimmen zunehmend das Bild der Partei. Der Ruck der Piratenpartei in die linksextreme Ecke – und damit wohl auch in die künftige Bedeutungslosigkeit – wird durchaus bedauert. Die Kompetenz der etablierten Parteien in Sachen Internet und neue Medien ist oftmals erbärmlich. Unter dem Banner der Ideologiefreiheit angetreten, hätte die ursprünglich reichlich vorhandene Fachkompetenz bei den „Piraten“ die Chance geboten, über Parteigrenzen hinweg sachorientierte Lösungen und neue Politikansätze zu finden. *N.H.*

MELDUNGEN

Türkei ist stark angeschlagen

Ankara – Hatten in den letzten Jahren zahlreiche westliche Firmen in der Türkei Werke und Niederlassungen eröffnet, weil sie überzeugt waren, dass hier einer der Wachstumsmärkte der Zukunft sei, so ist ihre Stimmung nach Währungsturbulenzen und Korruptionsskandalen stark gedämpft. Der Ökonom Fadi Hakura vom renommierten Londoner Forschungsinstitut Chatham House geht nur noch von zwei bis vier Prozent Wachstum aus. Vorher waren sechs bis acht Prozent üblich. Und auch die Türken selbst reagieren mit der schlechtesten Kauflaune seit vier Jahren auf die Turbulenzen in ihrer Heimat. *Bel*

Illegale schneller ausweisen

Den Haag – Nachdem die Niederlande über Jahrzehnte Vorreiter bei der Etablierung einer multikulturellen Gesellschaft waren, sind nun die Zeichen für eine Kehrtwende in der Einwanderungspolitik unübersehbar. Bereits im Jahr 2011 hatte der damalige Innenminister Piet Hein Donner (Christdemokraten) in einem Gesetzentwurf zur Integrationspolitik ganz offen dem Ideal einer multikulturellen Gesellschaft eine Absage erteilt. Aktuell ist es eine Ergänzung zum Ausländergesetz, welche neue Zeichen setzt. Durch die Zustimmung des Senats zu einem Entwurf der „Tweete Kamer“ ist im Februar eine Regelung in Kraft getreten, der zufolge Wohnungsdurchsuchungen auch ohne weiteren richterlichen Beschluss erlaubt sind, wenn verdächtige Ausländer sich bei polizeilichen Kontrollen nicht ausweisen können. Erhofft wird von der Neuregelung, dass die Ausweisung von illegalen Einwanderern aus den Niederlanden schneller als bisher erfolgen kann. *N.H.*

Verschwörung gegen das Volk

Bosniens politische Elite verhindert jegliche Reformen und damit eine Genesung des abgewirtschafteten Landes

Seit Monaten kommt es in Bosnien-Herzegowina immer wieder zu Protesten gegen die Regierung. Diese verschleppt Reformen und verhindert eine notwendige und seit über zehn Jahren vom Ausland und der Bevölkerung geforderte Verfassungsreform, die den seit dem Frieden von Dayton 1995 massiv aufgeblasenen Staatsapparat ausmisten soll.

EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle ist ein gemütlicher Mann, doch bei seinem letzten Bosnien-Besuch am 17. Februar verlor selbst er seine angeborene böhmische Bierruhe. Zwar kennt der Tscheche von früheren Besuchen die politische Lethargie in dem Balkan-Staat, aber diesmal übertrieben es die Repräsentanten der sieben wichtigsten Parteien mit ihrer Blokkade von Brüsseler Initiativen, wie Füle auf einer abschließenden Pressekonferenz rügte. Sie veruntreuten Finanzhilfen, missachteten wirksame Mechanismen im koordinierten Umgang mit der EU, brächen eingegangene Abmachungen, verschleppten das 2008 mit der EU geschlossene Assoziierungsabkommen und machten damit eine „glaubwürdige Bewerbung um EU-Mitgliedschaft zunichte“. Solche Politiker verdienten die Bürger Bosniens nicht, sagte Füle, der zugleich seine Rolle als Vermittler zwischen den zerstrittenen politischen Lagern niederlegte, was er auch der EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, mitteilte. Auch sie verschob daraufhin ihren geplanten Bosnien-Besuch „bis auf Weiteres“.

Für Brüssel ist für die Beantwortung der Frage, ob Bosnien reif für die EU ist, die „Sejdic-Finci-Affäre“ ein wichtiger Knackpunkt. 2009 hatten der Zigeunerführer Dervo Sejdic und der bosnische Botschafter in der Schweiz Jakob Finci, der auch Präsident der bosnischen Juden ist, vor dem Straßburger Gericht für Menschenrechte Bosnien verklagt. Sie seien durch das Abkommen von Dayton, das mit seiner Illusion von „Drei Völkern, zwei Entitäten, ein Staat“ Grundlage für die Verfassung war und das nur von „drei konstitutiven Völkern in Bosnien“ spricht und zwar den Muslimen, den Kroaten und den Serben, diskriminiert, da sie nicht für das Parlament und das kollektive Staatspräsidium kandidieren könnten. Die Kläger gewannen, aber Sarajewo rührte sich nicht. Gewiss gäbe es „wichtigere Fragen“ als das Urteil, räumte Füle ein, aber seine Nichtbefolgung zeige Bosnien als ignorant gegenüber allen EU-Mechanismen.



Im Frust gegen die Herrschenden über ethnische Grenzen hinweg geeint: Bosnische Protestler Bild: pa

Die Bewohner des Landes interessiert die „Sejdic-Finci-Affäre“ hingegen herzlich wenig. Die 3,8 Millionen Einwohner stört es jedoch, dass sie drei Präsidenten, elf Premierminister und elf Regierungen mit mehr als 100 Ministern finanzieren, die sich gegenseitig bei dringend notwendigen Reformen blockieren. Während serbische Politiker von einer Republik Srska träumen, ihre kroatischen Kollegen von mehr Eigenständigkeit für ihre

EU-Kommissar verweigert weitere Gespräche

Gebiete und die Muslime sich untereinander selbst nicht ganz einig sind, wollen die Menschen vor Ort vor allem Arbeitsplätze und einen funktionierenden Staat. Der ist zwar größter Arbeitgeber, rund 40 Prozent der Bosnier arbeiten im Staatssektor, doch gerade das führt den Mitarbeitern vor Augen, was alles schiefläuft. Die meisten Staatsbetriebe arbeiten alles andere als effizient, nötige Investitionen bleiben aus, De-Industrialisierung oder Privatisierung sind die Folge, wobei von letzter vor allem die Politiker, ihre Familien oder ihre Freunde profitieren, was bei der Bevölkerung zusätzlich zu anderen Formen der Korruption den Eindruck hinterlässt, Zeuge eines Raubzuges zu sein, während die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Zuletzt lag sie bei 27,5 Prozent.

Tonino Picula, früherer kroatischer Außenminister und heutiger EU-Parlamentarier, lästert: „Brüssel könnte einen Vertrag zwischen Belgrad und Pristina erreichen, aber nie einen Minimalkonsens zwischen Sarajewo, Banja Luka und Mostar über die europäische Zukunft Bosniens.“ Die 1000 Kilometer bosnisch-kroatische Grenze sind Außengrenze der EU und auch wenn der Kroate Picula kein objektiver Bosnien-Experte ist, so belegt die derzeitige Entwicklung, dass er mit seinem Urteil richtig liegt.

Und was tut die EU? Das fragt auch Fehim Skalic, Vorsitzender des „Bundes für eine bessere Zukunft Bosniens“, der bei den für Oktober geplanten Wahlen vermehrt Betrug erwartet, da die etablierten Parteien von den sozialen Unruhen verschreckt sind und um ihre Pfründe fürchten. Hier müsse die EU eingreifen, und sei es mit durchsichtigen Wahlurnen.

Mit Parolen wie „Wir sind alle betrogen, bestohlen, entrechtet, erniedrigt“ sind die Bosnier im Frust über die Herrschenden über die Grenzen ihrer Ethnien hinweg geeint durch die Straßen gezogen. Sie leiden darunter, dass die Regierenden kein Interesse an einer Verfassungsreform haben. Das Dayton-Abkommen hat für die Politiker lukrative Posten geschaffen, die bei Änderungen am System für einige wegfallen könnten. Daher interessiert es diese nur sekundär, dass die EU aufgrund fehlender Reformbereitschaft 2013 ganze 45 Millionen Euro Fördergelder zurückgehalten hat. Zwar gebe es in dem heruntergewirtschafteten Land viele Möglichkeiten, für die das Geld verwendet werden könnte, aber, so scheint es, was interessiert die Herrschenden das Land? Milorad Dodik, Präsident der Republika Srpska, nennt die Protestierer „bezahlte Zerstörer Bosniens“ und ignoriert ihre Sorgen.

„Bosnien braucht eine neue Verfassung“, sagt Wiens junger Außenminister Sebastian Kurz, der die exzessive Dezentralisierung beklagt. Der will auch die EU entgegenwirken, sagt Füle, um jenseits von Entitäten und Kantonen Wahlergebnisse zu erhalten, die „die EU-Integration Bosniens deblockieren“. „Bosnien ist immer ein gutes Geschäft“, so die US-Ökonomin Patrice McMahon, „aber nur für gewisse Politiker und ausländische Offizielle, die Bosnien mehr Schaden als Nutzen einbrachten.“

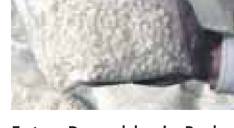
Ein „Dayton 2“ soll die zwei Entitäten durch fünf Regionen ersetzen – unter Revision ethnischer Separierung. Doch da machen die in dem Land Herrschenden nicht mit. In Ex-Jugoslawien waren Bosniens ethnische Probleme unter Kontrolle. Krieg und Dayton verdarben alle Chancen. *Wolf Oschlies*

Freizügige Gangster

Polen wenig erfreut über Kosovo-Banden

Unlängst wurde in Polen ein Kosovo-Albaner aufgegriffen, den französische Behörden mit europäischem Haftbefehl suchten, um den Strippenzieher eines Drogenkartells für 30 Jahre hinter Gittern zu bringen. Kurz zuvor hatte Polens Grenzpolizei einen 35-jährigen Albaner gefasst, der mit seiner Bande 1,3 Tonnen Drogen von Albanien nach Italien geschmuggelt hatte und dort die Nummer 2 der meistgesuchten Verbrecher ist. Auch wenn Gangster eines solchen Kalibers nicht alltäglich sind, so erlebt Polen nun ähnliches wie zuvor Westeuropa und Skandinavien mit albanischen Banden, vor allem aus dem Kosovo. Diese haben seit 1999 an Brutalität sogar klassische Banden wie die Cosa nostra überflügelt, weswegen sie stolz als „Kosova nostra“ firmieren. Ihretwegen hat Polens „Zentrales Verfolgungsbüro“ oft Sachkontakte mit Kollegen in Europa und erfährt, wo Polen im international organisierten Verbrechen steht.





Ecstasy: Drogenlabor im Bunker

Rohstoffe beziehen die Kosovaren aus Afghanistan wie Pakistan und schleusen sie über Iran, Türkei, Bulgarien nach Albanien, wo in vielen der rund 750 000 Bunker aus den Zeiten des Diktators Enver Hoxha Labors zur Weiterverarbeitung untergebracht sind. Vor allem über die Meerenge von Otranto gelangen die Drogen in Frachtschiffen oder primitiven Holzbooten zu Abnehmern in Brindisi und Lecce, und wenn auch nicht weniger „Kuriere“ von der italienischen Grenzwacht gefasst werden, so geht doch genügend „Stoff“ an 60 kosovarische Familienclans, die ihn im Schengenraum umsetzen.

Die Clans halten fest zusammen, der „Kanun“, das albanische Gewohnheitsrecht des 15. Jahrhunderts, zwingt sie mit drakonischen Strafen gegen „Verräter“ zu absoluter Loyalität. Verletzlich sind die Clans nur über einheimische Hilfswillige, die als Boten und Pillendreher für kosovarische Bosse arbeiten, so im Grenzgebiet zu Böhmen, wo in geheimen Produktionsstätten eine halbe Tonne Amphetamine und 800 000 Ecstasy-Tabletten entstanden, zum profitablen Verkauf im Nachbarland. *W.O.*

Stasi lässt grüßen

Methoden des britischen Geheimdienstes GCHQ sind einer Demokratie unwürdig

In einem Interview befragt, welcher westliche Geheimdienst bei ihm einen guten Eindruck hinterlassen habe, waren es die Agenten Großbritanniens, denen der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf eine hohe Professionalität bescheinigte. Die Wertschätzung dürfte wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit beruht haben. Jüngst veröffentlichte Dokumente aus dem Fundus des Ex-NSA-Mitarbeiters Edward Snowden zeigen, dass der britische Abhördienst Government Communications Headquarter (GCHQ) Methoden anwendet, die starke Ähnlichkeit mit Zersetzungstaktiken der Stasi haben.

Der GCHQ – „eine der wichtigsten Organisationen zur Verteidigung britischer Interessen“, so der ehemalige Außenminister David Miliband – ist dabei nicht nur passiv Ohr und Auge der britischen Regierung, er wird auch selbst aktiv. Und zwar mit schmutzigsten Mitteln. So hat eine Arbeitsgruppe beim GCHQ namens Human Science Operation Cell den Auftrag, in den Diskurs des Internets einzudringen, um ihn zu verstehen und auf Wunsch sogar in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Dass hinter gesteuerten Diskussionen in Internetforen und getürkten Leserbriefen Geheimdienste stecken, galt bisher lediglich als Verschwörungstheorie verschrobener Spinner. Ist schon eine derartige Meinungsbeeinflussung in parlamentarisch verfassten Gesellschaften zweifelhaft genug, geht es bei dem, was eine Arbeitsgruppe mit dem Namen Joint Threat Research and Intelligence Group als Aufgabe hat, erst richtig zur Sache. Befasst ist man hier mit Aktivitäten, die sonst eher aus Unterweltkreisen bekannt sind: Erpressen, Verleumden und Ruinieren von Lebensläufen. Zum Repertoire gehört etwa das Auslegen von „Honigtöpfen“. Über Partnerschaftsbörsen oder Flirtseiten im Internet werden gezielt Kontakte angebahnt, um mit Sex-Fallen die jeweiligen Zielpersonen erpressen oder öffentlich bloßstellen zu können.

Neben Überwachung steht Rufschädigung auf dem Programm

Ins Bild passen interne E-Mails von GCHQ-Mitarbeitern, die der britische „Telegraph“ bereits am 21. Mai 2013 veröffentlicht hatte. Die Geheimdienstler plauderten in selbstverständlichem Ton darüber, dass die Vergewaltigungsvorwürfe gegen den Investigativ-Journalisten und WikiLeaks-Gründer Julian Assange alle Anzeichen einer geheimdienstlichen Operation aufweisen und dass Assange gezielt in eine Falle gelockt worden sei.

Eine Abwandlung solcher „Honigfallen“ ist die in den Unterlagen gegebene Empfehlung, dass Agenten über soziale Netzwerke das Vertrauen von Zielpersonen erschleichen sollen, um sich anschießende auf Internet-Blogs als Opfer eben dieser Personen darstellen zu können. Um den Rufmord zu vervollständigen, wird empfohlen, dass auch Familien, Freunde und Bekannte E-Mails, Telefonanrufe sowie „SMS-Bombardements im Zehn-Sekunden-Takt“ erhalten sollen, um die erfundenen Anschuldigungen zu verbreiten.

Wenig mit dem, von Politikern und Geheimdienstchefs gebrauchten „Kampf gegen den Terror“ als Standardargument für Datenschnüffelei zu tun hat auch die beschriebene Sabotage von Wirtschaftsunternehmen über das Internet. Um Firmen zu schädigen, sollen geschäftliche Interna an Mitbewerber oder die Presse weitergegeben werden, zur Rufschädigung soll auf Internet-Foren negativ über die Unternehmen berichtet werden, obendrein wird empfohlen, aktiv Geschäftsabschlüsse zu vereiteln und dafür zu sorgen, dass Geschäftsbeziehungen abgebrochen werden. Nach Darstellung des Journalisten Glenn Greenwald, der die Aufarbeitung der Snowden-Papiere übernommen hat, richten sich die Infiltrationstechniken nicht gegen normale Spionageziele wie feindliche Staaten und deren Führer, sondern vor allem gegen unliebsame Personen – anstelle von strafrechtlichen Maßnahmen. Nicht nur dieser Ansatz kommt von der Stasi bekannt vor, auch die systematische Herangehensweise gleicht sich. Wie das untergegangene DDR-Pendant, nutzen auch die Briten systematisch wissenschaftliche Erkenntnisse etwa aus der Psychologie, um Personengruppen unter Kontrolle zu bringen. Offen ist, ob und welche moralischen Grenzen den in Cheltenham beheimateten Spionen von Regierungsseite auferlegt worden sind.

Ebenfalls aus den Snowden-Papieren geht eine völlig neue Dimension bei der Verletzung der Privatsphäre hervor: Im Rahmen einer Operation „Optic Nerve“ (Sehnerv) soll der GCHQ wahllos und verdachtsunabhängig Millionen von Standbildern aus Videochats abgespeichert haben. Allein im Jahr 2008 sollen demnach innerhalb von sechs Monaten Bilder von 1,8 Millionen Yahoo-Nutzern eingesammelt worden sein. *Norman Hanert*

Fragil, aber nicht chancenlos

Portugal entwickelt sich positiv, doch Lissabon muss noch einiges tun, damit es aufwärts geht

Wenige Tage vor der Wahl zum EU-Parlament wird Brüssel das Ausscheiden Portugals aus dem Hilfsprogramm und somit den Erfolg der eigenen Rettungspolitik feiern. Kurz vorher erhält Lissabon aber noch einmal 2,5 Milliarden Euro Kredit.

„Wir benötigen keine weitere Rettungsaktion. Portugal hat die Finanzierung seines Staatshaushalts für 2014 praktisch gesichert und bereitet die Finanzen für 2015 vor“, verkündete der portugiesische Ministerpräsident Pedro Passos Coelho bereits einige Tage, bevor die Troika nach Lissabon kam, um in die Bücher des 2011 mit 78 Milliarden Euro an Notkrediten vorm Bankrott geretteten Staates zu schauen. Der Wirtschaftswissenschaftler, der in vorgezogenen Neuwahlen infolge der Wirtschaftskrise Mitte 2011 an die Macht gekommen war, hat durchaus Gründe, um selbstbewusst aufzutreten. So gibt es Hinweise darauf, dass Portugal das Tal der Tränen durchschritten hat und es nun langsam aufwärts geht.



Wenigstens der Tourismus wächst: 2013 kamen 8,3 Millionen ausländische Besucher nach Portugal, ein Plus von 8,3 Prozent Bild: F1online

2013 erwirtschaftete das Land erstmals seit 20 Jahren eine positive Leistungsbilanz in Höhe von 881 Millionen nach einem Minus von 3,3 Milliarden Euro im Vorjahr. Trotzdem schrumpfte die Wirtschaft 2013 um 1,4 Prozent. Das ist kein Widerspruch, denn eine positive Leistungsbilanz kann schlicht bedeuten, dass den Inländern das Geld für Importe fehlt, was im Falle Portugals angesichts einer offiziellen Arbeitslosigkeit in Höhe von 16,3 Prozent – die Jugendarbeitslosigkeit liegt sogar bei über 36 Prozent – auch nachvollziehbar wäre. Doch für dieses Jahr rechnet die Regierung mit einem Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent und einer sinkenden Arbeitslosigkeit. Da seit Beginn der Krise die Löhne stark gesunken sind und laut Berechnungen der OECD mit nur noch 16047 Euro im Jahr den niedrigsten Wert in Westeuropa erreicht haben, hofft man in Portugal, wieder im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähiger zu sein. Stolz verkündete die Regierung auch, dass der Anteil der Exporte an der Wirtschaftsleistung inzwischen auf 41 Prozent gestiegen ist, vor der Krise seien es nur 28 Prozent gewesen. Wobei auch diese Nachricht relativ zu sehen ist, denn erstens sank die Wirtschaftsleistung insgesamt und zweitens blieb den Unternehmen aufgrund der wegbrechenden Nachfrage im Inland auch gar nichts anderes übrig, als auf den Export zu setzen.

Hier profitiert Portugal vor allem von der positiven Entwicklung seiner ehemaligen Kolonien Angola und Mosambik. Allerdings loben auch immer mehr Experten, dass sich inzwischen in Portugal einige mittelständische Unternehmen mit der Produktion und Entwicklung von Hochtechnologie-Produkten positiv hervorgetan hätten. Zudem habe Portugal immer noch seine „Brot und Butter“-Branchen. Zwar habe das Land infolge der Konkurrenz aus Asien in der Textil- und Schuhproduktion massiv an Marktanteil verloren, doch inzwischen hätten einige Anbieter hier für sich Nischen entdeckt, die sie profitabel ausfüllen, auch weil Portugal durch die gesunkenen Löhne eben wieder wettbewerbsfähiger geworden ist. Überdies entwickelt sich der Tourismus auch dank der politischen Krisen in anderen beliebten Urlaubsregionen für Portugal positiv. So wuchs die Zahl der ausländischen Touristen 2013 um 8,3 Prozent auf 8,3 Millionen. Doch einige Schwalben machen noch keinen Sommer, wie man an der Kreditentwicklung absehen kann, die ist nämlich immer noch insgesamt negativ, was nicht auf eine massive Investitionstätigkeit schließen lässt, die das Land bräuchte, um eine langfristige Trendumkehr zu vollziehen.

Banken hatten 2013 schlechtestes Ergebnis

Zudem ächzen Portugals Banken immer noch unter den Folgen der Rezession. 2013 präsentierten die sechs größten Institute zusammen ihr schlechtestes Ergebnisse aller Zeiten und mussten 2,1 Milliarden Euro abschreiben, was 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entspricht. Allerdings war dies nicht Folge neuer Probleme, sondern hing mit den Aufräumarbeiten infolge der Rezession und den für den Stresstest der EZB nötigen Bilanzkorrekturen zusammen.

„Risiken für den Konsolidierungskurs bestehen durch ausstehende Verfassungsgerichtsurteile gegen bestimmt im Haushalt 2014 vorgesehene Sparmaßnahmen“, kommentierte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter (CDU), das Vorhaben der Troika, Portugal die letzte Kredittranche aus dem Rettungspaket in Höhe von 2,5 Milliarden Euro zu überweisen, bevor es aus dem Hilfsprogramm entlassen wird und sich selbst wieder an den Finanzmärkten Geld beschaffen soll. Tatsächlich hatte das portugiesische Verfassungsgericht im letzten Jahr eine Angleichung der Altersversorgung im öffentlichen Dienst an den privaten Sektor für verfassungswidrig erklärt. Was Lissabons Sparpläne durcheinander wirbelte, jedoch durch eine Erhöhung des außerordentlichen Solidaritätsbeitrages auf Pensionen und des Krankenversicherungsbeitrages der öffentlich Bediensteten wieder ausgeglichen wurde.

Mittlerweile kopiert Lissabon die Slowakei, indem es über eine Lotterie die Steuerehrlichkeit erhöhen will. Wer eine Rechnung einreicht, nimmt seit Anfang des Jahres an Auslosungen teil. Wenig innovativ ist Portugals Regierung jedoch darin, Strukturreformen durchzusetzen. Mit Sparmaßnahmen und Privatisierungen allein kommt das Land nicht von seinem 123 Prozent des Bruttoinlandsproduktes umfassenden Schuldenberg herunter. Zumal Portugals Bevölkerung genug von Lohn- und Rentenkürzungen hat und dagegen immer öfter auf die Straße geht.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Polen wichtiger als Russland

Moskau – Auch die Wirtschaft blickt voll Sorge auf die jüngste Entwicklung der Ukraine-Krim-Krise. Doch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft weist darauf hin, dass Russland infolge der Rezession im Land bereits im vergangenen Jahr als Handelspartner deutlich an Bedeutung verloren habe. So sank der Wert von Im- und Exporten um fünf Prozent auf 76,5 Milliarden Euro. Viel mehr Potenzial böte da Polen, mit dem der Handel 2013 auf 78 Milliarden Euro gewachsen sei. *Bel*

Energiewende vernichtet Jobs

Washington – Eine Million Arbeitsplätze und 138 Milliarden Euro kostet die deutsche Energiewende laut Forschern der US-Denkfabrik IHS. Zwar wird das Analyseunternehmen von Firmen wie BASF, Bayer und Exxon Mobil finanziert, doch die Zahlen sind durchaus nachvollziehbar. So wurden die deutschen Energiepreise mit denen der fünf größten Handelspartner verglichen und zu Industrieproduktion und Wettbewerbsfähigkeit in Beziehung gesetzt. *Bel*

Madrid löst sich von Bankia

Madrid – Der spanischen Bankenrettungsfonds FROB hat dieser Tage erfolgreich Aktien der verstaatlichten Bankia für 1,3 Milliarden Euro verkaufen können. Bis 2017 soll Spanien laut EU die im Rahmen der Banken-Rettung verstaatlicht Kreditinstitute wieder privatisieren. Allein die Bankia wurde mit 22,4 Milliarden Euro vom Staat gestützt, dem nun noch rund 60 Prozent an dem Kreditinstitut gehören. Madrid wird bei der Privatisierung von Goldman Sachs und Rotschild beraten. Inzwischen gehören gut 20 Prozent der Bankia ausländischen Investoren. *Bel*

Rätselhafte Tode

Neun Topbanker mysteriös verstorben

Die Bankwelt wird erschüttert von einer Serie mysteriöser Todesfälle hochrangiger Kollegen. Seit Anfang des Jahres sind mittlerweile neun hochrangige Mitglieder der Finanzelite auf zum Teil undurchsichtige Weise ums Leben gekommen.

Die Ermittlungsbehörden gehen von Freitoden aus, doch provozieren einzelne Fälle Zweifel – etwa der des 57-jährigen Gründers und Vorstandschefs des großen US-Finanzdienstleisters American Title Services in Denver. Richard Talley hat sich laut Polizeibericht in seiner eigenen Garage mit sieben oder acht mit einem Bolzenschussgerät selbstzugefügten Verletzungen an Kopf und Rumpf getötet.

Wie bei Talley ist auch bei den übrigen Todesopfern bislang nichts über private oder berufliche Katastrophen bekannt geworden, die als Motiv für eine Verzweiflungstat wie Selbstmord ausreichend erscheinen. Es handelte sich bei den neun Toten vielmehr um zumindest beruflich überaus erfolgreiche Akteure ihrer Branche.

Dies lässt Gerüchte und Spekulationen sprießen. Unlängst gerieten etliche global handelnde Großbanken ins Visier von Ermittlern, weil sie Zinssätze manipuliert haben sollen. Bald darauf kam der Verdacht der Manipulation von Währungs-Wechselkursen hinzu. Seit einiger Zeit schon kursiert überdies der Verdacht, auch der Preis von Edelmetallen sei das Ziel krimineller Eingriffe.

Stehen spektakuläre Enthüllungen bevor?

Dies nährt Mutmaßungen, die Todesfälle hingen mit bevorstehenden Enthüllungen von so gewaltiger Sprengkraft zusammen, dass einige Akteure sich dem per Freitod entzogen hätten. Die Frage ist allerdings, wie es jemandem einfällt, sich selbst auf eine derart schmerzhafte Weise wie Talley aus dem Leben zu befördern.

Oder aber, es handele sich um mögliche „Wistleblower“, die in der Art eines Edward Snowden ihr Wissen um dunkle Machenschaften in die Öffentlichkeit tragen wollten und daher aus dem Weg geräumt wurden. Vor allem der bestialische Tod des Richard Talley dürfte der Mordtheorie Auftrieb geben. *H.H.*

Nächste Leiche im Ökokeller?

Nach Biokraftstoffen scheint nun auch die Umweltfreundlichkeit von Holzpellets zweifelhaft

Das Heizen mit Biomasse aus nachwachsenden Rohstoffen wird in Deutschland immer noch als klimaneutral und nachhaltig gepriesen. Doch diese Art der Wärme- und Energiegewinnung hat sich als janusköpfig erwiesen, da hierzulande weniger Biomasse zur Verfügung steht als einmal angenommen; darauf wies unter anderem die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina bereits 2012 hin. Das gilt auch für die Wärme- und Energieerzeugung durch die Verbrennung von Holzpellets (stäbchenförmiges Pressholz). Die Methode gilt als klimafreundlich und soll im Rahmen der Energiewende dazu beitragen, den CO_2-Ausstoß in Deutschland zu senken. Doch die stark gestiegene Nachfrage nach dem Rohstoff Holz hat zu einem Raubbau an der Natur in vermutlich großem Ausmaß geführt.

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle fördert nach wie vor den Einbau von Holzpellet-Heizungen mit Anschluss an das Warmwassersystem. Rund 180000 Holzpellet-Heizungen ließen Privatverbraucher bisher mit Hilfe staatlicher Förderung in ihre Häuser einbauen. Zudem wird in Heizkraftwerken wie dem hessischen „Energie-Pellets Hosenfeld“ mit Holzpellets Energie erzeugt. Doch keineswegs bestehen die Pellets überwiegend aus Holzabfällen, was dem ursprünglichen Nachhaltigkeitskonzept entspräche. Auch Restholz aus den Wäldern dient ihrer Herstellung, wodurch dem Waldboden wertvolle Mineralstoffe entzogen werden. Überwiegend kaufen die Händler die Holzpellets aber inzwischen auf dem internationalen Markt und importieren sie nach Deutschland und Europa. So stieg allein der Holzpellet-Export von Kanada nach Europa seit 2005 um 700 Prozent.



Leider keineswegs nur aus Abfall: Holzpellets Bild: German Pellets

Allgemein wird die Herkunft des Holzes verschleiert. Für die Holzpellets ist lediglich ein Zertifikat der Lieferkette zur Qualitätssicherung erforderlich, nicht zur Herkunft des Holzes. Was niemanden bisher zu kümmern scheint: Das importierte Material stammt offenbar großenteils aus Abholzungen. Für den Süden der USA dokumentierte dies kürzlich die US-amerikanische Journalistin Tanya Dimitrova. Einer der größten deutschen Hersteller, German Pellets, betreibt seit 2013 ein Werk in Woodville, Texas/USA. Die dort gefertigten Holzpellets werden komplett nach Europa transportiert, in erster Linie nach Deutschland. Die große Nachfrage führten unterdessen zu einer massiven Verteuerung der Holzpellets, wovon aber vorerst nur der private Nutzer etwas bemerkt hat.

Wie lautete doch der Befund der Leopoldina: Es ist ökologisch unsinnig, einen nachwachsenden Energieträger von weither zu holen, um ihn zentral zu verarbeiten. Doch auch die neue Bundesregierung scheint entschlossen zu sein, diese totale Fehlentwicklung der Energiewende weiterhin stillschweigend zu tolerieren. Aus Angst, die zahlreichen Akteure auf dem Markt für Holzpellets im In- und Ausland zu brüskieren?

Da es offensichtlich ein größeres Zeitfenster gibt, ehe der ökologische Irrsinn allgemein bekannt wird, gehen die Pellet-Produzenten jetzt mit einer Werbekampagne an die Öffentlichkeit, um private Anleger für ihr – vermutlich auf lange Sicht gefährdetes – Geschäftsmodell zu interessieren. Mit einer Postwurfaktion wirbt German Pellets in Norddeutschland für sein Produkt als „saubere, nachhaltige Nutzung von Restholz“. Acht Prozent Zinsen bei einem Mindestanlagebetrag von 2500 Euro verspricht die Genussrechte GmbH. In der Tat kann die Rendite bei dieser Anlageform recht hoch sein. Bei einer Insolvenz gehen die Genussscheininhaber aber leer aus wie kürzlich im Fall des „Ökokonzerns“ Prokon. Ein „Lehrstück über die emotionalen Fallstricke der Geldanlage“ nannte dies der „Spiegel“. Vor allem ist es aber ein Lehrstück darüber, wie der Staat das von ihm selbst kreierte Feld der „Grünen Energien“ einer chaotischen Entwicklung überlassen hat. *Dagmar Jestrzemski*

Ohne geht es nicht

Von Rebecca Bellano

Das Image der vier großen Energieversorger ist katastrophal. Sie gelten als Umweltverschmutzer, die nur auf Gewinne aus sind. Demzufolge kommentierten viele Medien die 2,8 Milliarden Euro Verlust von RWE im Jahr 2013 voller Häme und schrieben den Konzernchefs die volle Schuld an dem finanziellen Desaster zu. Sie würden viel zu wenig in Erneuerbare Energien und zu stark in konventionelle Kraftwerke investieren, so die Anschuldigung.

Ohne Zweifel können die Herren in der Vorstandsetage von RWE die Konzernführung nicht als persönliche Glanzleistung verbuchen, doch wird dabei übersehen, dass Deutschland es den konventionellen Kraftwerken verdankt, dass hier noch nicht die Lichter ausgegangen sind. Es ist erstaunlich, dass Befürworter von Strom aus Wind und Sonne immer wieder übersehen, dass beides nicht rund um die Uhr verfügbar ist, gleichzeitig aber auch kaum Speicherkapazitäten zur Verfügung stehen.

Dies soll jetzt kein Plädoyer dafür sein, nun als Reaktion hierauf auch konventionelle Kraftwerke zu subventionieren, vielmehr muss Deutschland dringend zu einer mehr am Markt orientierten Energiepolitik zurückkehren.

Merkels 1914

Von Hans Heckel

Es ist einem britisch-australischen Historiker zu danken, dass pünktlich zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs die Legende von der deutschen Haupt- oder gar Alleinschuld an der Katastrophe von 1914 ausgeräumt ist. Oder ist sie das etwa immer noch nicht?

Die deutsche Bundeskanzlerin hielt vor wenigen Tagen eine Rede vor dem britischen Parlament, die Zweifel aufkommen lässt. Merkel sagte dort: „Großbritannien gedenkt ganz besonders auch in diesem Jahr der Toten, der Verluste und des unendlichen Leids, das es in diesen Kriegen durch Deutschland erfahren hat.“ In der weiteren Rede bewertet sie Londons Rolle in *beiden* Kriegen als durchweg positiv, allein den Deutschen weist sie Schuld zu. Über deutsche Opfer oder britische Verantwortung für das Leid anderer verliert sie kein Wort.

Dabei ist die Wahrheit über die Urkatastrophe von 1914 eindeutig und mannigfach belegt: Die Rolle Großbritanniens war mitnichten positiv. London schmiedete schon zehn Jahre zuvor mit Paris ein Angriffsbündnis gegen Deutschland, die „Entente Cordiale“. Dem standen seinerzeit keine auch nur annähernd vergleichbaren Schritte des Reichs gegenüber.

Dass Merkel hier einer aus der Kriegspropaganda geschöpften groben Verzerrung der Geschichte das Wort redet, ist ein Skandal, der nicht mit diplomatischer Höflichkeit dem Gastgeber gegenüber entschuldigt werden kann. Ernüchternd ist es, dass die Rede offenbar niemanden hierzulande erregt hat. Die Deutschen haben sich offenbar dermaßen an die permanente Selbstanklage gewöhnt, dass ihnen Merkels Entgleisung gar nicht auffiel.

Revision darf kein Tabu sein

Von Manuel Ruoff

Ein gemeinsamer Gegner stärkt den Burgfrieden und dient den Herrschenden. Das gilt nicht nur für Staaten, sondern auch für Staatenorganisationen wie die Nato. Als Gegner bieten sich für das Bündnis beziehungsweise dessen Führungsmacht jene Staaten an, welche sich gegenüber der Durchsetzung einer Pax Americana am widerspenstigsten verhalten. Das sind zurzeit die nichtwestlichen Großmächte Russland und China. Schon seit einiger Zeit hat Russland als Buhmann die Nase vorn. Es bewahrte Iran wie Syrien vor der Gefahr eines „Regime Change“ und gibt Edward Snowden die Möglichkeit, das Bild von den amerikanischen Freunden zurechtzurücken. So ist „Putin-Bashing“ angesagt. Und das, obwohl der russische Präsident demokratisch legitimiert ist.

Letzteres gilt übrigens auch für Viktor Janukowitsch. Der Mann ist aus demokratischen Wahlen hervorgegangen. Nun mag man einwenden, dass der ukrainische Staatspräsident das Vertrauen seines Volkes verspielt habe. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass er bereits vor seiner Wahl als Wahlfälscher bloßgestellt war und die Mehrheit der Ukrainer ihn trotzdem wieder ins höchste Staatsamt gewählt hat. Seitdem ist Janukowitsch keines noch schlimmeren Fehlverhaltens überführt worden.

Die Deutschen sollten sich nicht von den USA aufhetzen lassen

Medienwirksam wird nun sein Luxus zur Schau gestellt. Wir sollten doch allerdings nicht glauben, dass in der Ukraine mit der Oligarchenherrschaft Schluss gemacht und in Kiew Asketen das Ruder übernehmen würden. Vielmehr wird es wohl wie in Afghanistan und Griechenland laufen, sprich, dass wir Milliarden in das Land pumpen, damit die dortige Bevölkerung stillhält, wenn dort korrupte, aber prowestliche Politiker herrschen.

Auch sollten gerade wir Deutschen aufgrund unserer Erfahrungen mit der Friedensordnung der Pariser Vorortverträge neben der „Heiligkeit“ von Grenzen das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht übersehen. Dieses gilt umso mehr, als die Tatsache, dass die Krim ukrainisch ist, auf eine gar nicht so lange zurückliegende Laune der Geschichte beziehungsweise Nikita Chruschtschows zurückführen ist. In der Manier des Absolutismus schenkte der rote Zar 1954 der Ukraine die Krim zum 300. Jubiläum des Vertrags von Perejaslaw. Mit historischen Grenzen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hat das wenig zu tun.

In der zentralistisch regierten UdSSR spielten die innersowjetischen Grenzen keine Rolle und solange Russland und die Ukraine halbwegs entspannte Beziehungen pflegten, auch nicht. Wenn aber die Ukraine zu einem russenfeindlichen nationalistischen Nato-Mitglied wird, ist es mehr als legitim, die gegenwärtige ukrainisch-russische Grenze in Frage zu stellen und sie gegebenenfalls auch den Mehrheitsverhältnissen vor Ort entsprechend zu revidieren.



Pro-russische Demonstration in Simferopol: Die Krim ist ein Geschenk Chruschtschows an die Ukraine

Bild: Getty

Moment mal!



Affentheater im Überbau

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche war Angela Merkel in London und wurde hoch geehrt. Sie wurde sogar der blassen Queen zum Tee zugeführt, aber das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit dem englischen Premier David Cameron war ebenso mager wie deutlich: Beide waren sich überhaupt nicht einig. Sie formulierten das im Abschlussbericht, halbwegs diplomatisch. Sie seien sich einig darin, Europa weiterzubringen. Bloß über die Wege dahin seien sie verschiedener Ansicht. Wohin mit Europa? Wir würden eher die Frage stellen: Wohin mit Deutschland? Nachdem Kohls Idee mit der gemeinsamen Währung Euro ganz offenkundig Schiffbruch erlitten hat, schaut alles einigermaßen gespannt auf die EU-Wahl im Mai.

Warum ging es Kohl damals? Der hatte die deutschen Verhältnisse bei der Wiedervereinigung im Kopf. Damals wollten alle Mitteldeutschen die gute deutsche D-Mark und warfen schnell die Reste der ohnehin bankrotten Honecker-Republik über Bord, und so wuchs mit der gemeinsamen D-Mark schnell zusammen, was ohnehin zusammengehörte. Ein Volk, ein Land, eine Sprache, eine gemeinsame Geschichte. Kohl hatte die Idee, dass die Völker Europas genauso scharf auf den Euro sein würden wie die Ostdeutschen auf die D-Mark. Die Völker, besonders in Osteuropa, nahmen gerne die Vorteile der neuen Währung wahr. Besonders die Möglichkeit, alles auf Kredit zu kaufen, Autos und Autobahnen, Maschinen und Fabriken. Aber da wuchs nichts zusammen, weil nichts zusammengehörte. Nichts hatten die niederländischen oder finnischen Bauern und Arbeiter mit den Bewohnern von Portugal und Irland gemeinsam, außer Schulden, die ihnen einige Drahtzieher in der EU von Anfang an als „Transferunion“ schönreden wollten.

Der linke Martin Schulz soll mächtigster Mann der EU werden

Also wie weiter mit Europa? Bei den im Mai stattfindenden Wahlen zum Europäischen Schein-Parlament – einem repräsentativen Gremium mit nur wenig Rechten, Gesetze zu beschließen –, die früher mit wenig Spannung erwartet wurden, werden diesmal die Karten neu gemischt. Deshalb hat sich im Vorfeld eine auffällige Hektik entwickelt, denn man erwartet eine Neubesetzung der Europäischen Kommission. Der Eingriff in die souveränen Rechte der europäischen Mitgliedstaaten widerspricht der Verfassung der EU und ist eigentlich europafeindlich, wenn man unter der EU – wie der französische Präsident Charles de Gaulle – ein Europa der Vaterländer versteht. Vor allem ein SPD-Mann, der viele Jahre unauffällig im Hintergrund wirkte, greift nach der Macht: der derzeitige Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz, der am 1. März mit großer Mehrheit von den Delegierten aller sozialdemokratischen Parteien Europas zum Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten gewählt wurde.

Wer ist Martin Schulz, der zwar regelmäßig Schlagzeilen macht, aber über dessen Lebenslauf und Charakter nur wenige informiert sind. Nun hat die radikal-libertäre Zeitschrift „eigentümlich frei“ in ihrer März-Ausgabe ein Porträt von Martin Schulz gebracht. Darin stehen Einzelheiten über diesen Mann, die zu denken geben. Auch der „Spiegel“-Redakteur Markus Feldenkirchen, der Schulz monatelang auf seinen Reisen begleiten durfte, berichtete Erstaunliches und Befremdliches über den ehrgeizigen Kandidaten und seinen bisherigen Lebenslauf.

In der Schule in Würselen war Schulz zweimal sitzengeblieben, zog ohne Abitur nach Bonn und arbeitete in der linken Buchhandlung „46“. Er begann ein Verhältnis mit einer Kollegin, und sie zogen zusammen. Doch Schulz war Trinker. Und eines Tages, berichtet der „Spiegel“, „verließ ihn die Frau, weil es mit ihm, dem Dauerbetrunkenen, nicht auszuhalten war. Er zog in die kleine Wohnung in Würselen und glaubte, alles verloren zu haben, was ihm einmal wichtig gewesen war.“ Der 24-Jährige dachte an Selbstmord. Sein Bruder, ein Arzt, redete ihm diesen Plan aus, und bald trat der Junge mit Hilfe der SPD den langen und mühevollen Marsch durch die Institutionen an. Er wurde mit 31 der jüngste Bürgermeister der Kleinstadt Würselen in der Region Aachen. Von da an begann der Aufstieg. Zu seinem heutigen, an Größenwahn grenzenden Selbstbewusstsein.

Sein offen ausgesprochenes Ziel: Europa in Richtung auf einen links beherrschten Einheitsstaat voranzubringen und die nationale Identität der europäischen Völker zumindest zu reduzieren, wenn nicht abzuschaffen. Landauf, landab wird bei allen Sozialdemokraten und ihren Mitläufern in den letzten Wochen mächtig Stimmung für Schulz gemacht. Je näher die EU-Wahl rückt. Mit einer „Kampa“, einem Büro, in dem 80 Mitarbeiter beschäftigt sind, finanziell großzügig ausgestattet, soll Schulz in Europa die Macht ergreifen, die der SPD in Deutschland noch schmerzlich fehlt. Da kommen die eigenartigsten Bündnisse zustande. Selbst die „Frankfurter Allgemeine“, hinter der eigentlich immer ein kluger Kopf stecken soll, hat unter ihrem neunmalklugen Mitherausgeber Frank Schirrmacher an Schulz einen Narren gefressen und bringt ihn alle paar Tage auf einer ganzen Seite heraus. Diese Werbekampagne läuft als „Debatte“ über die Freiheit im Internet unter Führung von Martin Schulz. Affentheater im Überbau.

»FAZ« macht Wahlkampf für den selbstverliebten Egomanen

Andere meinungsbildende Organe wie der „Spiegel“ und „Focus“ hatten bisher nur beißenden Spott für die „Karikatur eines hässlichen Deutschen“ (so die „Züricher Weltwoche“) übrig. So „Focus“-Redakteur Uli Dönch, der im März 2013 unter dem Titel „Unser größter Wichtigtuer in Brüssel“ über den EU-Parlamentspräsidenten schrieb: „Eigentlich sollte man über Martin Schulz nur lächeln. Über seine grenzenlose Eigenliebe, sein Machtgehabe und seine Wichtigtuerei.“

Doch der Mann ist gefährlich. Schulz sei Egomane, schreibt der „Focus“, „der andere EU-Größen und Regierungschefs schon mal als ‚Pfeifenheini‘, ‚Rindvieh‘, ‚Armleuchter‘ oder ‚dumme Gans‘ bezeichnet. Nur er genügt seinen Ansprüchen: ‚Es gibt eigentlich nur eine Lösung: Ich muss an die Macht. Alle Macht zu mir‘. Größer als sein Dominanzgehabe ist wohl nur noch seine Eitelkeit.“

Doch die „FAZ“-Kampagne geht weiter. Die „FAZ“ hatte am 1. März sogar Hans Magnus Enzensberger gebeten, an der von ihr angestoßenen Debatte über Martin Schulz und seinen Kampf gegen die Internet-Überwachung teilzunehmen. Der reagierte aber sehr vorsichtig: „Angesichts der Passivität und Unterwürfigkeit der hierzulande regierenden Parteien ist es bemerkenswert, wenn sich ein namhafter Politiker überhaupt dazu äußert. Er heißt Martin Schulz.“ Aber Enzensberger fährt fort: „Weder er noch seine Partei hat sich bisher mit Einsprüchen gegen den Sicherheits- und Kontrollwahn hervorgetan.“

Vielleicht meint Enzensberger nicht nur das Internet, sondern auch die Gleichschaltung Europas, wenn er im Schlusswort seines Beitrags schreibt: „Der Schlaf der Vernunft wird bis zu dem Tag anhalten, an dem eine Mehrheit der Einwohner dieses Landes am eigenen Leib erfährt, was ihnen widerfahren ist. Vielleicht werden sie sich dann die Augen reiben und fragen, warum sie die Zeit, zu der Gegenwehr noch möglich gewesen wäre, verschlafen haben.“

Berliner Bach wiederentdeckt

Zum 300. Geburtstag von Carl Philipp Emanuel Bach gratulieren gleich mehrere Städte dem Komponisten

2014 ist erneut ein Bach-Jahr. Nicht der große Johann Sebastian steht dabei im Mittelpunkt, sondern einer seiner Söhne. Carl Philipp Emanuel – oder C.P.E., wie er allgemein abgekürzt wird – hat von Berlin und Hamburg aus musikalischen Ruhm erlangt.

„Meine preußischen Dienste haben mir nie so viele Zeit übrig gelassen, in fremde Länder zu reisen. Ich bin also beständig in Deutschland geblieben und habe nur in diesem meinem Vaterlande einige Reisen gethan.“ So schrieb es der geniale Wegbereiter der Klassik in seiner Autobiografie von 1772. Haydn und Beethoven war Carl Philipp Emanuel Bach ein wegweisendes Vorbild, und Mozart soll über ihn gesagt haben: „Er ist der Vater, wir die Buben ...“

C.P.E. verbrachte sein Leben von 1768 an in Hamburg und galt, von zahllosen Bewunderern besucht, als Institution. Sprach man im 18. Jahrhundert vom „großen Bach“, meinte man nicht Johann Sebastian, sondern dessen zweitgeborenen Sohn Carl Philipp Emanuel. Am 8. März steht sein 300. Geburtstag bevor. Der wurde von einem engagierten Städtenetzwerk in Weimar, Leipzig, Frankfurt/Oder, Berlin, Potsdam und Hamburg intensiv vorbereitet.

Besucht man Bachs erste Lebensstation in Weimar, kann man in der Stadtkirche St. Peter und Paul, bekannter als „Herderkirche“, den im Chorraum stehenden Taufstein des Musikers besichtigen und Einblick in das Taufbuch nehmen. Einer der drei Paten von Carl Philipp Emanuel war Georg Philipp Telemann. Nach ihm erhielt Bach seinen zweiten Vornamen. Wie sein Patenkind ist auch Telemann in Hamburg begraben, ruht allerdings nicht wie C.P.E. in der Kirche St. Michaelis (Michel), sondern auf deren Friedhof.

In Weimar, wo Johann Sebastian Bach elf Jahre wirkte, engagiert sich der Verein „Bach in Weimar“ für den Wiederaufbau des längst abgerissenen Bachhauses, das neben dem heutigen Hotel „Elephant“ am Markt 18 stand. Vom 30. April bis zum 4. Mai findet in Weimar das 89. Bachfest der neuen Bachgesellschaft mit zahlreichen Veranstaltungen statt. An den Thüringer Bachwochen nehmen auch Blockflötist Maurice Steger und der Menuhin-Schüler Daniel Hope teil.

Nach drei Jahren in Köthen, wo Vater Johann Sebastian seine Brandenburgischen Konzerte schrieb und den Tod seiner ersten Frau Maria Barbara beklagen musste, zog die Familie 1723 nach Leipzig, wo Carl Philipp Emanuel als Thomasschüler und Student lebte, eine gründliche musikalische Ausbildung erfuhr und sich nach dem Tod des Vaters zweimal vergeblich um das Amt des Thomaskantors beworben hatte. Im Leipziger Bach-Haus legt Archiv-Direktor Peter Wollny der Öffentlichkeit neue Forschungsergebnisse vor, und anhand der 1999 begonnenen Bach-Gesamtausgabe wird erstmals dessen musikgeschichtliche Bedeutung erkennbar.

C.P.E. hatte wie viele Komponisten seiner Zeit (in Leipzig) ein Studium der Jurisprudenz aufgenommen, weil dieses für damalige Musiker die akademische Grundlage zum Aufstieg in höhere Ämter bildete. Schon hier wird der zweite Bach-Sohn als Repräsentant der „Empfindsamkeit“ vorgestellt, einer Epoche, die im Schatten von Barock und Klassik steht und häufig auch als Spätbarock beziehungsweise Vorklassik bezeichnet wird. In seiner Schrift „Versuch über die wahre Art das Clavier zu spielen“ demonstrierte C.P.E. seine intellektuelle Einstellung gegenüber dem Klavierspiel, und in der Umformung eigener Werke setzte er die schon von seinem Vater erprobte Pasticcio-Technik ein. Das Leipziger Bachfest findet vom 13. bis 22. Juni statt.

In Frankfurt/Oder, das mit dem polnischen Slubice eine „europäischen Doppelstadt ohne Grenzen“ bildet, hatte C.P.E. Bach 1734 sein drei Jahre zuvor in Leipzig begonnenes Jurastudium an der 1506 gegründeten Universität Viadrina fortgesetzt. In der Stadt, die heute mit Singakademie und mehreren Chören über ein aktives Musikleben verfügt, trägt die unmittelbar an der Oder liegende neue Konzerthalle in der ehemaligen Franziskaner Klosterkirche Bachs Namen. Dem Musiker wurde hier eine Dauerausstellung im Obergeschoss der einstigen Sakristei eingerichtet. Noten, Bilder und kostbare Instrumente wie Hammerflügel oder Tafelklavier illustrieren dessen Berliner und Hamburger Zeit. Eine zweite Schau wird an seinem Geburtstag am 8. März in der Universität Viadrina eröffnet. In Frankfurt führte Bach mit dem von ihm geleiteten „Collegium musicum“ eigene Werke und Kompositionen des Vaters auf.

1738 verließ C.P.E., dessen Sinfonien und Chorwerke eine große Wirkung auf die Klassik ausübten, die Stadt an der Oder. Preußenprinz Friedrich hatte ihn an den Hof in Ruppin, dann nach Rheinsberg geholt, bevor der Musiker von 1740 an in Berlin und Potsdam in der Hofkapelle des Preußischen Königs Friedrich II. fast 30 Jahre lang als Kammercembalist wirkte. Hier entstanden 1742 seine „Preußischen Sonaten“, die er dem Alten Fritz widmete, und hier machte er sich mit Konzerten und Kammermusik zunächst einen Namen als „Berliner Bach“.

Seine 1753 erschienene Abhandlung „Versuch über die wahre Art das Clavier zu spielen“ gilt als Standardwerk für die historische Aufführungspraxis. Im Konzertzimmer von Schloss Sanssouci begegnet der Besucher Menzels „Flötenkonzert“-Gemälde (das Original hängt in Berlin) mit dem sein Instrument blasenden Friedrich und dem Hofcembalisten C.P.E. Bach. Mehrere renommierte Ensembles führen an diesem Ort demnächst Konzerte des Komponisten auf.

Letzte Station der Bach-Tour ist der Sterbeort Hamburg, wo C.P.E. anno 1768 Nachfolger des ein Jahr zuvor gestorbenen Telemann als Kantor am Johanneum und als städtischer Musikdirektor der fünf Hauptkirchen wurde. Als „Hamburger Bach“ wurde er im In- und Ausland berühmt und galt als musikalische Instanz. Am 14. Dezember 1788 stirbt Carl Philipp Emanuel Bach. Er ist in der Krypta des Hamburger Michels beigesetzt. Hamburg präsentiert über 70 Veranstaltungen, darunter vom 9. bis 15. Mai das 1. Internationale Hamburger Musikfest mit Orchestern wie der Academy of St. Martin in the Fields oder dem NDR-Sinfonieorchester und Dirigenten wie Thomas Hengelbrock oder Andris Nelsons. *Heide Seele*

Die Jubiläums-Internetseite www.cpe.bach.de informiert über alle geplanten Termine, weit über 200 Veranstaltungen sowie über Leben und Werk von Carl Philipp Emanuel Bach.



Bach im modernen Gewand: Die Viadrina Universität Franfurt/Oder wirbt mit einem poppigen C.P.E. Bild: pa

Leipzig ehrt C.P.E. im Bach-Museum

Ganz im Gegensatz zum Vater Johann Sebastian Bach (1685–1750), der als verkanntes Genie galt, nach seinem Tod für lange Zeit vergessen wurde und wahren Ruhm erst postum erlangte, hat man den Sohn Carl Philipp Emanuel (1714–1788) bereits zu Lebzeiten hoch verehrt. Er wurde zum bedeutendsten Komponisten seiner Epoche.

Inzwischen hat sich die Musikwelt gedreht. Der einst berühmtere Sohn ist in den Schatten des Vaters getreten. Das spiegeln allein die über die Republik verteilten zahlreichen Bach-Museen und Gedenkstätten wider. Allen voran das nach grundlegender Erweiterung und Neugestaltung – Kosten sieben Millionen Euro – seit März 2010 wiedereröffnete Bach-Museum in Leipzig gegenüber der Thomaskirche. Zu Recht ein wahrer Besuchermagnet!

Institutionell gehört das Bach-Museum zum Bach-Archiv Leipzig, dem internationalen Zentrum der Bachforschung. Die reichen Bestände des Archivs, darunter die Sammlung Kulukundis, bilden daher auch die Grundlage der jüngsten Leipziger Kabinett-Ausstellung zum 300. Geburtstag von C.P.E. Bach. Ergänzt durch weitere Exponate aus Eisenach, Naumburg, Berlin, Potsdam und Dresden, nimmt diese den Besucher mit auf eine kleine, aber feine Reise durch dessen Leben.

Dabei entsteht neben dem musikalischen Werk mit Partituren und Autografen auch ein Bild des privaten C.P.E. Bach. Sogar ein Schulheft erinnert an den 13-jährigen Thomasschüler. Briefe und Stammbucheinträge zeugen zudem von vielfältigen Kontakten und Freundschaften mit Künstlern, Intellektuellen und Geschäftspartnern. Denn, so ein ehemaliger Kommilitone des einstigen Jurastudenten, Bach habe sich „durch Natürlichkeit, Tiefe und Nachdenklichkeit“ ausgezeichnet und „sei trotzdem ein lustiger Gesellschafter gewesen“.

Besonders aus C.P.E. Bachs frühen Jahren in Leipzig (1723–1734) und Frankfurt an der Oder (1734–1738) sind nur wenige Kompositionen erhalten. Hat er doch selbst viele seiner Frühwerke später vernichtet. Zur Ausstellung jedoch gehört eine erst 2010 in Mügeln entdeckte Kantate. Daneben zeigt sie aber auch, dass C.P.E. Bach sich intensiv mit dem Werk seines Vaters auseinandersetzte, bevor er ganz eigene Wege ging.

Aus seiner Zeit als Cembalist bei Friedrich II. in Berlin/Potsdam (1738–1768) sind beispielsweise Kompositionen für Cembalo und sein erstes großes Vokalwerk, das Magnificat, zu sehen. Europäische Berühmtheit erlangte Bach aber erst als Musikdirektor in Hamburg (1768–1788), woran unter anderem das große Chorwerk „Heilig“ und zahlreiche Klavier-Sonaten erinnern.

Die biografisch angelegte Ausstellung ergänzen zeitgenössische Ortsansichten und Porträts von Weggefährten. Einige Objekte werden während der Ausstellungszeit gewechselt und sind deshalb nicht über den gesamten Zeitraum zu sehen. *Helga Schnehagen*

Infos: C.P.E.-Bach-Ausstellung, vom 7. März bis 20. Juli 2014 im Bach-Museum Leipzig, Thomaskirchhof 15/16, 04109 Leipzig, geöffnet von Dienstag bis Sonntag jeweils 10 bis 18 Uhr.

Saubere Angelegenheit

Das Deutsche Hygienemuseum war schon vor über 100 Jahren ein Publikumsmagnet. Am 8. März startet dort eine neue Ausstellung

Die Ausstellung in der Kunststadt Dresden mit der bisher größten Besucherzahl war nicht den Künsten gewidmet. Sie galt der Hygiene als allgemeiner Grundlage der Kultur. Über fünf Millionen Menschen besuchten zwischen Mai und Oktober 1911 die „I. Internationale Hygieneausstellung“. Die Schau reagierte auf die Besorgnis über die Folgen eines rasanten Bevölkerungswachstums in Ballungsräumen. Das Anliegen bestand in der „Belehrung der Allgemeinheit über die Gesundheitspflege“. Initiator war der „Odol“-Fabrikant und königlich sächsische Geheimrat August Lingner.

Mit einer halben Million Einwohner war Dresden damals die fünftgrößte Stadt des Deutschen Reichs. Alle Schwierigkeiten konnten unschwer vor der Haustür beobachtet werden. Das 1912 gegründete Hygienemuseum hatte keine feste Stätte und führte nur Wanderausstellungen zur Gesundheitsaufklärung durch. Da die Ausstellung 1911 mit ihren temporären Bauten weit über die Fläche des städtischen Ausstellungspalastes hinausgriff, wurde 1930 die „II. Internationalen Hygieneausstellung“ in einem großzügigen Neubau eingeweiht.

Das Deutsche Hygienemuseum Dresden wurde zum hervorragenden Beispiel eines neuen Typus des Sozialmuseums, verkörpert auch im Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf, das 1926 aus der „Großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ hervorging, dem Deutschen Museum in München und dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, die beide 1925 eröffnet wurden.

Die Sensation in Dresden war der „Gläserne Mensch“, eine erste vollplastische Darstellung, die alle wesentlichen Organe des Menschen in ihrer Lage und ihrem Zusammenhang veranschaulicht. Dies sowie andere Figuren und Modelle werden seither in hauseigenen Werkstätten hergestellt und in die ganze Welt exportiert.

Natur und Kunst unter einem Dach

Durch den Vertrieb der sowohl volkstümlichen wie wissenschaftlich exakten Lehrmittel erreichte das Dresdner Museum eine beispiellose Massenwirksamkeit. Hinzu kommen volkspädagogische Wanderausstellungen und Publikationen. Dieses Profil hat sich bis heute kaum verändert. Nach dem Krieg wurde es rasch wieder aufgebaut und sein großer Saal diente bis zur Errichtung des Kulturpalastes der Dresdner Philharmonie als Spielstätte. Während der DDR-Zeit wurden Generationen von Heranwachsenden durch das Museum geführt, das eine Partnereinrichtung der Weltgesundheitsorganisation war.

Die Architektur von Wilhelm Kreis bietet eine erstaunliche Synthese aus scheinbar gegensätzlichen Elementen des Zeitgeistes. Der Bau wirkt gleichermaßen sachlich wie festlich, da er neoklassizistische Züge mit Merkmalen des Bauhauses verbindet. In der Dauerausstellung „Abenteuer Mensch“ kann der Besucher noch heute das Netz der Nerven und Blutbahnen des durchsichtigen Menschen und seine Organe per Knopfdruck einzeln aufleuchten lassen. Und immer noch zählt das Hygienemuseum zu den Einrichtungen mit den höchsten Besucherzahlen in der Stadt. Mit einer Reihe aufwendiger Sonderausstellungen konnte das Haus, welches heute als Stiftung geführt wird, an den Geist der Gründungsjahre erfolgreich anknüpfen.

In den Lebensbedingungen und der Hygiene haben wir es unterdessen deutlich weiter gebracht. Doch die gesellschaftlichen Spannungszonen haben sich etwas verschoben, sind aber immer noch bedeutsam. So sind es heute weniger eindeutige Gebote und Handlungsanweisungen, die dem Besucher nahegelegt werden, als vielmehr die Aufmerksamkeit auf zentrale Fragen des menschlichen Seins. Sonderausstellungen wie die vom 8. März bis 12. Oktober laufenden neuen Schau über „Das neue Deutschland von Migration und Vielfalt“ rücken so gegensätzliche Themen, wie Darwins Wirken und die Zehn Gebote, die Arbeitswelt und den Schönheitsbegriff, die Leidenschaften und den versehrten Körper ins Blickfeld der Betrachter.

Die Ausstellungen werden immer von Vorträgen und Veranstaltungen begleitet. Auch das ist eine Tradition, die auf Lingner zurückgeht, der Kunst, Architektur, Wissenschaft und Alltagserfahrung im Museum zu verbinden trachtete. *Sebastian Hennig*

Deutsches Hygiene-Museum Dresden, Lingnerplatz 1. Infoseite im Internet unter www.dhmd.de.

Um zehn Millionen tote Soldaten verschätzt

Norman Angell war 1912 überzeugt, dass der Krieg, der ständig drohte, aufgrund internationaler Verflechtungen unwahrscheinlich sei

Kann man mit seiner Einschätzung vollkommen daneben liegen und trotzdem Recht haben? Dafür, dass dies möglich ist, ist der britische Journalist und Publizist Norman Angell der Beweis schlechthin.



Hätte es laut Angell nie geben dürfen: Doch im Grunde erzeugte der Erste Weltkrieg, wie er vorhergesagt hatte, in Europa nur Verlierer

Bild: pa

Den Namen Norman Angell findet man derzeit in vielen Berichten, die sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren befassen. Zumeist sind es nur wenige Sätze über Angell, dabei bestimmte sein Buch „The Great Illusion“ – was in Deutschland unter dem Titel „Die falsche Rechnung. Was bringt Krieg ein?“ erschien – ab 1912 maßgeblich die politischen Debatten. Viele Kommentatoren überschlugen sich nahezu vor Begeisterung. „Kein Buch hat in diesem Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit erregt und anregender gewirkt als ‚The Great Illusion‘“, jubelte „The Daily Mail“. „Eine bescheidene Veröffentlichung eines unbekannten Verfassers hat sich allmählich seinen Weg bis zu den vordersten Reihen gebahnt ... Das Werk ist zu einer bedeutsamen Rolle gelangt in den gegenwärtigen Erörterungen über Rüstungen und Schiedsgerichte.“ Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ schrieb, dass Angells Schrift auf einfache Weise belege, dass jede Eroberung, materiell genommen, ein Ding der Unmöglichkeit geworden sei. Und die „Dresdner Nachrichten“ betonten, dass der 1874 geborene Sohn eines kleinen Kaufmanns und Farmers keineswegs ein gewöhnlicher Pazifist sei, keiner der „landläufigen pazifistischen Schönredner“, sondern ein Mann der Vernunft, der den Krieg unter rein rationalen Aspekten analysiere. David Starr Jordan, glühender Pazifist und zur Zeit der Veröffentlichung von Angells Thesen Präsident der Stanford University, wagte nach deren Lektüre eine Aussage, die einen aus heutiger Sicht mit Wehmut erfüllt: „Der Große Krieg in Europa, der ewig droht, ... wird nie kommen ... Die Bankiers werden nicht das Geld für solch einen Krieg auftreiben, die Industrie wird ihn nicht in Gang halten, die Staatsmänner können es nicht ... Es wird keinen großen Krieg geben.“

> »The Great Illusion« wurde Weltbestseller und überall gefeiert

Zwei Weltkriege und Abermillionen Tote weltweit infolge unzähliger kriegerischer Auseinandersetzungen, an denen auch die großen westlichen Industrienationen beteiligt waren, später fragt man sich, warum Angell heute überhaupt noch Erwähnung findet. So wurde doch seine Hauptthese, dass durch die gewachsene wirtschaftliche Vernetzung der Nationen ein Krieg sich ausschließe, auf äußerst tragische Weise von der Realität scheinbar widerlegt.

Im Jahre 1933, nach dem von ihm für unmöglich gehaltenen Ersten Weltkrieg und als sich bereits ein zweiter abzuzeichnen begann, erhielt er für sein friedenspolitisches Wirken den Friedensnobelpreis. Doch da das Anschreiben gegen den Krieg allein nicht gebracht hatte, ging Angell in die Politik. 1919 wurde er Mitglied der britischen Labour Party und deren außenpolitischer Berater. Zudem war er ab 1929 für knapp drei Jahre Abgeordneter im britischen Unterhaus und wurde 1931 geadelt. All das verschaffte ihm mehr Gehör, was er dazu nutzte, um für den Frieden zu werben. Auch fanden seine späteren Publikationen ein interessiertes Lesepublikum und bestimmten zum Teil die öffentlichen Debatten, so zum Beispiel sein Buch „Du und der Flüchtling“, das sich 1939 mit dem Umgang mit deutschen Flüchtlingen aus dem Dritten Reich befasste.

> Sein Hauptthese war zwar falsch, doch die Details stimmten

Die Erklärung hierfür, dass seine Argumente in „The Great Illusion“ auch heute noch äußerst stimmig erscheinen. Zwar hat Angell sein Studium der Wirtschaftswissenschaften nach nur je einem Semester in Nordfrankreich und London abgebrochen, um in Genf Literatur zu studieren und später in den USA auch als Cowboy, Farmer und Lehrer sein Glück zu versuchen, doch belegen seine Ausführungen ein profundes Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge.

Nachdem der Gelegenheitsjournalist einige Zeit beim „San Francisco Chronicle“ das Zeitungsgeschäft näher kennengelernt und mit seinem ersten Buch „Patriotismus unter drei Flaggen: Ein Argument für den Verstand in der Politik“ in den richtigen Kreisen Aufmerksamkeit erzeugt hatte, bot man ihm den Herausgeber-Posten der „Continental Daily Mail“ an, offenbar einem in Paris publizierten Versuch eines Ablegers der britischen „Daily Mail“. Dank dieser Position führte er mit vielen bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft Gespräche, die Eingang in „The Great Illusion“ fanden. Dass er sich auch auf deren Aussagen berief, machte seinen Weltbestseller gleich doppelt bedeutsam.

Die Argumente, die er der zu seiner Zeit verbreiteten These, dass aus britischer und deutscher Perspektive ein Krieg gegeneinander notwendig sei, um sich den jeweiligen Konkurrenten im Welthandel vom Hals zu halten, entgegenhält, erscheinen auch heute noch schlüssig. Allerdings hatte er bei seinen Ausführungen psychologische Aspekte und Machtgelüste von Herrschenden zwar berücksichtigt, aber ihre Bedeutung unterschätzt. Doch wenn auch der Erste Weltkrieg Angells Behauptung, es würde keinen großen Krieg mehr geben, widerlegte, so bestätigte er dessen Argumentation, warum sich ein Krieg nicht rechne. Vor allem für Angells Heimtland hatte trotz des Sieges im Krieg der Anfang vom Ende als Weltmacht begonnen. Und so behält Angell am Ende doch Recht, obwohl seine Einschätzung grundsätzlich falsch war. *Rebecca Bellano*

»Die falsche Rechnung«

Warum Angell überzeugt war, dass bei einem Krieg selbst der Sieger verliert

Seit gut einem Jahrzehnt erhitzte das Wettrüsten zwischen dem deutschen Kaiserreich und Großbritannien die Gemüter in beiden Ländern, als der britische Publizist Norman Angell sein Buch „The Great Illusion“ 1912 veröffentlichte. Zudem wuchs die deutsche Industrie und mit ihr der weltweite Handel deutscher Güter rasant, beides wurde für die britische Wirtschaft zur Bedrohung. Es stellte sich die Frage, wie die Entwicklung einmal enden sollte. Krieg war hier die wohl am häufigsten genannte Vermutung, doch würde Deutschland zuerst England angreifen oder umgekehrt?



Norman Angell

Angell griff in seinem Buch die Debatte auf und fragte, was durch einen Krieg zu gewinnen sei. „Keine Nation kann in unseren Tagen durch militärische Eroberungen dauernd oder für längere Zeit den Handel einer anderen Nation zerstören oder wesentlich schädigen, weil der Handel von dem Vorhandensein natürlicher Reichtums abhängig ist und von einer Bevölkerung, die ihn erzeugen kann“, so der Autor. Die Alternative wäre, die Bevölkerung zu vernichten, doch das wäre nicht nur moralisch, sondern auch finanziell untragbar, da man damit einen bedeutsamen Absatzmarkt zerstöre. Auch könne der Sieger kein Interesse daran haben, die Bevölkerung des besiegten Landes – im Falle Großbritanniens zu dem Zeitpunkt rund 40 Millionen und des Kaiserreichs knapp 70 Millionen – von jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit fernzuhalten, weil er die Menschen ernähren müsste und seine an das Land verliehenen Gelder und die dort getätigten Investitionen verlöre. Da die Wirtschaft im Grunde aller westlicher Industrienationen seit den 1870er Jahren sich immer mehr miteinander vernetzt habe, befänden sich auch auf allen Seiten Gläubiger des jeweils anderen. Auch hätten die Unternehmen aus den jeweiligen Ländern sich inzwischen mit anderen im Ausland zusammengetan, hätten dort Niederlassungen aufgebaut, Zulieferer sitzen oder würden schlicht dort ihre Waren erfolgreich absetzen, was zusammengenommen einer der Hauptgründe für die Mehrung des Wohlstandes in den westlichen Ländern sei.

All dies würde mit einem Krieg zunichte gemacht werden und die Wirtschaft wie den Wohlstand selbst des Siegerlandes gefährden. Auch würde in Zeiten der internationalen Arbeitsteilung auch die Bevölkerung des Siegerlandes darben, da sie gar nicht mehr in der Lage sei, alle Güter selber zu erzeugen. Desweiteren hätten weitere Teile der Ober- und Mittelschicht inzwischen ihr Vermögen in Aktien auch ausländischer Unternehmen investiert. Ein Krieg würde auch diese Gelder gefährden.

Desweiteren hebelt er am Beispiel der Schweiz das Argument aus, dass eine große Handelsnation zur Sicherung seiner Warentransporte auch eine große Armee benötige. Die Schweiz sei gemessen an ihrer Bevölkerungszahl durchaus groß im Handel, ihre Armee aber nicht der Rede wert. Ähnliches gelte für Norwegen. Zudem blickt Angell auch über den Ozean: „Man darf fragen, was unsere Kriegsflotte noch mehr leisten könnte, als sie für uns in Kanada tat. Und doch gehen die kanadischen Bestellungen nach der Schweiz und nach Belgien.“

Zudem hielt er auch die Theorie, dass Deutschland es auf die britischen Kolonien abgesehen habe, unter finanziellen Aspekten für unbegründet. Die Kolonien brächten wenig ein, verursachten aber hohe Kosten. Als Absatzmarkt eigener Waren seien sie nur bedingt zu betrachten, da häufig die Kaufkraft nicht groß genug sei oder bei vergleichsweise souveränen Kolonien kein Monopol auf den Absatz eigener Produkte bestehe, wie das Beispiel Kanada wiederum zeige. Und selbst wenn beispielsweise Deutschland sich Südafrika einverleibe und auf die dortige Goldgewinnung eine 50-prozentige Steuer erhebe, dann seien das pro Kopf der deutschen Bevölkerung wenige Pfennige Gewinn. Führt man deswegen einen verlustreichen Krieg, fragt Angell.

> Wie Keynes vehement gegen den Versailler Vertrag

Während ein Krieg im Mittelalter durchaus noch für den Sieger gewinnbringend gewesen sei, da er sich einfach das gesamte Gebiet mit Mann und Maus einverleibte und für seine Interessen nahezu versklavte, so Angell, sei eine derartige Kriegsführung in Zeiten der Industrialisierung und Globalisierung nicht mehr durchführbar. Zudem zeige das Beispiel Deutschlands, dass die Forderung von Reparationszahlungen an den Verlierer keineswegs ein gutes Geschäft sei. So habe Deutschland bereits im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 gewaltige Gütermengen unnütz vergeudet. Zwar habe Paris an Berlin Kriegsentschädigung gezahlt, doch abgesehen davon, dass das Verhältnis infolge des Krieges zwischen beiden Ländern stark gelitten, und das auch Auswirkungen auf den Handel miteinander gehabt habe, habe das billige Geld in der deutschen Wirtschaft Spekulationen befeuert und eine Wirtschaftskrise mit verursacht. „In der Politik kann man leider wahrnehmen, dass zehn Goldstücke, die man sehen kann, auf die Leute einen viel tieferen Eindruck machen als eine Million, die man nicht greifbar sieht, die aber nichtsdestotrotz vorhanden ist“, so Angell resigniert in seinen Ausführungen. So gehörte auch er zu den vehementen Gegnern von Reparationsforderungen der Entente nach dem Ersten Weltkrieg, wie sie später 1919 in Versailles vereinbart wurden. Zu seinen Mitstreitern gehörte auch der renommierte britische Ökonom John Maynard Keynes. Dass sie mit ihren Argumenten gegen Kriegsentschädigung richtig lagen, belegte später die Entwicklung.

Was Angell am Ende bei all seinen aufschlussreichen Ausführungen zu wenig berücksichtigte, ist eine im Buch sogar genannte Anmerkung eines Kritikers: „Die Ursache des Krieges ist geistiger, nicht materieller Natur. Große Kriege entsprangen aus Rechtskonflikten, und die gefährlichsten Kriegsursachen sind die vorhandenen Gegensätze in den Begriffen Recht und Rechtlichkeit ... Gerade für sittliche Ideen sind die Menschen am ehesten bereit, Opfer zu bringen.“ *Bel*

Pionier bei der Bekämpfung der Kinderarbeit

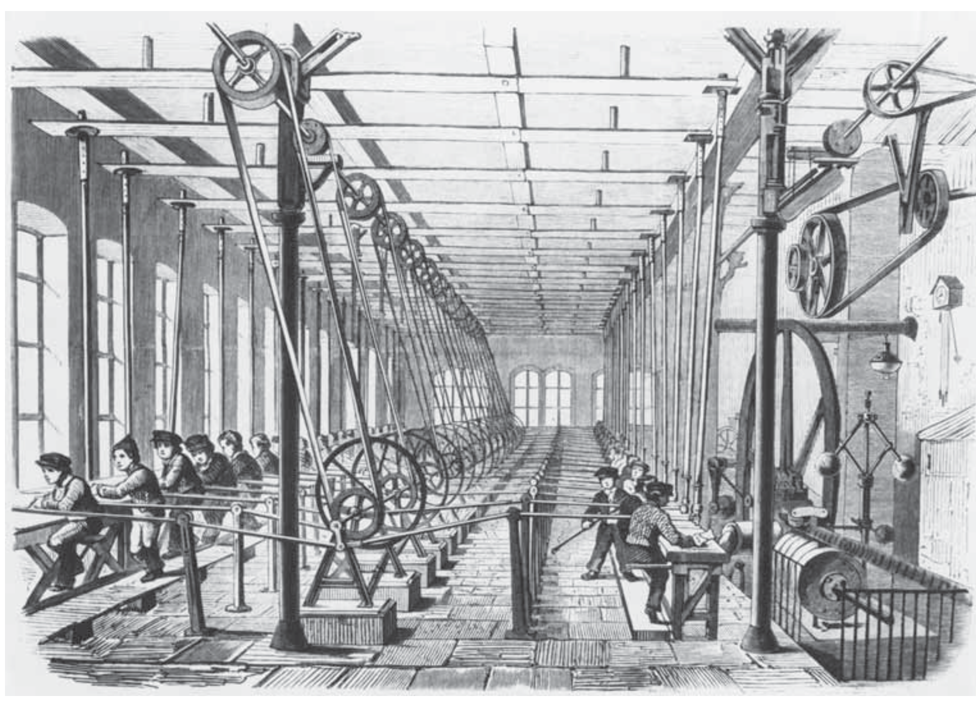
Vor 175 Jahren erließ der König von Preußen das »Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter«

Preußen war der erste deutsche Staat, der Kinderarbeit in Fabriken beschränkte. Das Preußische Regulativ vom 9. März 1839 setzte Maßstäbe im Schutz von jugendlichen Arbeitern.

Ein Vorfall erregte im Jahr 1837 die Menschen in der preußischen Provinz Rheinland. Ein zwölfjähriges Mädchen hatte versucht, sich in der Wupper zu ertränken. Die Kleine war ein sogenanntes Fabrikkind, das wie Zehntausende anderer Kinder aus ärmlichsten Verhältnissen in einer Fabrik arbeitete. Weil ihr der Fabrikbesitzer den Lohn gekürzt hatte und sie sich nicht nach Hause traute, wollte sie sich das Leben nehmen. Ein Zeitungsbericht über das Schicksal des Mädchens bewirkte, dass Kinderarbeit zum ersten Mal öffentlich debattiert wurde. Am 6. Juli desselben Jahres setzte der Rheinische Provinziallandtag das Thema Fabrikkinder auf seine Tagesordnung. Die Parlamentarier beschlossen, die Kinderarbeit einzuschränken, aber nur soweit, wie die Interessen der Industrie gewahrt blieben.

Seit Beginn der Industrialisierung wurden Kinder überall in Europa als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Die Arbeit an den Maschinen verlangte keine Muskelkraft mehr. Jungen und Mädchen schufteten in Fabriken, im Bergbau und bei der Erzverarbeitung in Pochwerken. Unter Tage erwies sich der Einsatz der Jüngsten als besonders zweckmäßig. Sie mussten sich oft unter Lebensgefahr in Schächte zwängen, die für Erwachsene zu eng waren. Kritische Stimmen gab es schon früh. Das Leid der Fabrikkinder schilderte der Direktor für öffentlichen Unterricht in der Provinz Niederrhein, Karl Friedrich August Grashoff, 1815 mit Betroffenheit: „Kinder von sechs Jahren werden bereits hinter die Maschinen gestellt, um dort selber zur Maschine zu werden. Sechs Tage lang, in jeder Woche, wenn nicht ein eintretender Feiertag eine Ausnahme macht, und auch – bei dringender Arbeit – sieben Tage und jeden Tag von früh morgens bis spät abends bewegt der Knabe in derselben Stellung dieselben Maschinen unaufhörlich zu demselben Geschäft ... Doch kann die Sache nicht bleiben, wie sie ist.“

Die Sache blieb noch Jahrzehnte lang wie sie war. Das lag nicht nur am Interesse der Unternehmer an billigen Arbeitskräften. Die Kinder erhielten ein Zehntel des üblichen Lohns für Erwachsene. Kinderarbeit galt als probates Mittel, die Kleinen zu Fleiß, Pünktlichkeit und Pflichtbewusstsein zu erziehen. Waren die Kinder noch dazu Waisen, glänzten Fabrikbesitzer in der Rolle großherzige Wohltäter. So nahm niemand daran Anstoß, wenn sie Jungen und Mädchen zwischen sechs und 14 Jahren per Zeitungsanzeige als Arbeitskräfte suchten. Allgemein wurde akzeptiert, dass der Schulunterricht mit der Arbeit in der Fabrik schlecht vereinbar war, er also unterblieb. Unternehmer versuchten, die in Preußen 1717 eingeführte Schulpflicht zu umgehen, indem sie „Fabrikschulen“ einrichteten, nichts weiter als ein Feigenblatt, denn der Unterricht war dürftig und die Kinder nach der Arbeit viel zu müde, um noch etwas lernen zu können.



Die Industrialisierung beförderte die Kinderarbeit: Deutsche Papiermühle 1858 Bild: Ullstein

Die Industrialisierung verwandelte den Agrarstaat Preußen in eine boomende Wirtschaftsnation und bescherte ihm einen beträchtlichen Bevölkerungszuwachs. Vor allem im Rheinland und in Schlesien rauchten die Schlote, ratterten die Loren in die Kohlengruben, glühten die Öfen der Stahlkocher. Entsprechend groß war der Einfluss der Fabrik- und Bergwerkbesitzer in Berlin. Das rasante Tempo des Aufschwungs sollte auf keinen Fall ausgebremst werden. Doch es gab eine noch stärkere Macht im Staat: das Militär. Im Herbst 1828 legte Generalleutnant Heinrich Wilhelm von Horn einen Landwehrgeschäftsbericht vor, der Friedrich Wilhelm III. alarmierte. Von Horn machte den König darauf aufmerksam, dass dem preußischen Heer der Nachwuchs ausging. Immer häufiger mussten die Militärärzte junge Männer in Industriegebieten als untauglich ausmustern. Die schwere Arbeit in den Fabriken hatte die Knaben krank gemacht. Sie litten an Staublunge, Augenkrankheiten, totaler Erschöpfung und Verkrüppelungen. Die Meisten konnten weder lesen noch schreiben. Friedrich Wilhelm beauftragte Kultusminister Karl vom Stein zum Altenstein und Innenminister Friedrich von Schuckmann, einen Gesetzesentwurf zur Einschränkung der Kinderarbeit vorzubereiten. Doch Kompetenzgerangel und die Lobby der Industrie verzögerten das Vorhaben über Jahre.

Die Debatte im Rheinischen Provinziallandtag zum Thema Kinderarbeit brachte die Beamten der zuständigen Ministerien endlich auf Trab. Am 9. März 1839 trat das „Preußische Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Mitarbeiter in Fabriken“ in Kraft. Es umfasste zehn Paragraphen. Die Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren in Fabriken, Bergbau, Hütten und Pochwerken wurde verboten. Das Gleiche galt für Jugendliche unter 16 Jahren, wenn sie keine dreijährige Schulzeit und Kenntnisse im Lesen und Schreiben vorweisen konnten. Minderjährige durften nicht länger als zehn Stunden täglich arbeiten, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit war untersagt. Auch die Pausenzeiten wurden festgelegt, zweimal eine Viertelstunde und eine Stunde Mittagspause, möglichst an der frischen Luft. Fabrikbesitzern drohte der königliche Erlass bei Zuwiderhandlung fünf bis 50 Taler Strafe an. Das Regulativ nahm allerdings die Jungen und Mädchen aus, die im Haushalt und in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Dennoch galt es als beispielhaft. Viele Länder auf dem europäischen Kontinent orientierten sich am Vorbild Preußens.

Sukzessive wurde der Kinderschutz in Preußen verbessert. Seit 1853 durften Kinder unter zehn Jahren nicht mehr beschäftigt werden, seit 1855 kein Kind unter zwölf Jahren. Drei Stunden Schulunterricht täglich waren Pflicht. Da Unternehmer sich oft über die Anordnungen hinwegsetzten, erschienen unangemeldet Fabrikinspektoren vor Ort. Die preußischen Bestimmungen wurden 1869 in die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes übernommen. Wie sehr die Vorreiterrolle des Deutschen Reichs weit über die Grenzen hinaus anerkannt war, bewies die Internationale Arbeitsschutzkonferenz im März 1890 in Berlin. Die Vertreter von 15 Staaten nahmen teil und diskutierten unter dem Vorsitz des preußischen Handelsministers Freiherr von Berlepsch. Ab 1904 galt das Reichsgesetz betreffend Kinderarbeit auch für gewerbliche Betriebe.

Es blieb noch viel zu tun. Im Jahr 1914 arbeiteten nach einer Erhebung der SPD-Fraktion im Reichstag etwa 1,7 Millionen Kinder in der Land- und Forstwirtschaft. Das Anwerben der Kleinen auf sogenannten Kindermärkten war ein besonders trauriges Kapitel. Jedes Frühjahr zogen Scharen von Jungen und Mädchen, manche gerade sechs Jahre alt, über die noch schneebedeckten Alpen zum Bodensee. Arme Bergbauern in Österreich und der Schweiz verdingten ihre Kinder als Mägde und Knechte auf Höfen in Oberschwaben. Erst im Spätherbst konnten die kleinen Fremdarbeiter zu ihren Familien zurückkehren. 1915 wurden die Kindermärkte verboten.

Das Preußische Regulativ ist die Grundlage des modernen Jugendarbeitsschutzgesetzes, das am 1. Oktober 1960 in Kraft trat.

Klaus J. Groth

Musterbeispiel eines Renaissancefürsten

Der machiavellistische Kardinal Albrecht von Brandenburg war einer der wichtigsten und populärsten Gegenspieler Martin Luthers



Albrecht von Brandenburg: Gemälde von Lucas Cranach d. Ä. Bild: Archiv

Wohl die meisten an Preußen und den Hohenzollern Interessierten denken bei „Albrecht von Brandenburg“ zumindest als erstes an den Hochmeister des Deutschen Ordens, der Preußens erster Herzog wurde. Darüber sollte man jedoch nicht seinen Cousin gleichen Namens vergessen, der zwar kein Herzog war, aber dafür vor einem halben Jahrtausend, am 9. März 1514, Erzbischof von Mainz und als solcher Metropolit der Kirchenprovinz Mainz, Landesherr des Erzstifts Mainz, Kurfürst und Erzkanzler des Heiligen Römischen Reiches wurde. Der schließlich ranghöchste geistliche Würdenträger des Reiches gilt als Musterbeispiel eines Renaissancefürsten. Er war begabt, gebildet, feinsinnig und kunstinteressiert, aber auch egoistisch, opportunistisch und machiavellistisch.

Der am 28. Juni 1490 in Cölln an der Spree geborene Hohenzoller war der zweite der beiden Söhne des brandenburgischen Kurfürsten Johann Cicero. Nach dem Tod des gemeinsamen Vaters 1499 regierten die beiden Brüder anfänglich gemeinsam die Markgrafschaft. In die Ära der gemeinsamen Regentschaft fällt ein bis heute bedeutendes Ereignis: die Gründung der Universität in Frankfurt an der Oder. Albrecht gründete nicht nur mit seinem Bruder die Uni, er studierte auch an ihr.

Diese Ära gemeinsamer Regentschaft endete 1513, als Ernst von Sachsen starb und Albrecht auf den dadurch frei gewordenen Stuhl des Erzbischofs von Magdeburg wechselte. Als dann im darauffolgenden Jahr der Erzbischof von Mainz starb, wurde Albrecht auch dessen Nachfolger. Dieser bischöfliche Stuhl war jedoch im wahrsten Sinne des Wortes teuer erkauft. Für Albrecht hatte bei dessen Wahl nämlich nicht nur seine Begabung, sondern auch die Zusage seines Bruders gesprochen, für die der Mainzer Kirche dadurch erwachsenden Kosten aufzukommen. Um die Zusicherung seines Bruders einhalten zu können, nahm Albrecht bei den Fuggern einen Kredit über 30000 Gulden auf, den er durch den Ablasshandel zu tilgen suchte. Ab 1517 war der Dominikanermönch und Ablassprediger Johann Tetzel in seinem Auftrage in den Bistümern Halberstadt und Magdeburg tätig. Als einer der größten Profiteure wurde Albrecht aus ureigenstem Interesse ein Verteidiger des Ablasshandels und einer der wichtigsten und populärsten Gegenspieler des Ablasshandel-Kritikers und Reformators Martin Luther. Angesichts dieser finanziellen Interessenlage erwies es sich als historisch irrelevant, dass der gebildete und feingeistige Erzbischof sich ähnlich seinem Vetter und Namensvetter an der Spitze des Deutschen Ordens durch die Reformation durchaus geistig angesprochen fühlte. Albrecht wurde zu einer Speerspitze der Gegenreformation.

> Tetzel betrieb den von Luther kritisierten Ablasshandel in Albrechts Diensten

Wenn es seinem eigenen Vorteil diente, ging der Kardinal, der er ab 1518 war, den Kampf um den rechten Glauben jedoch durchaus pragmatisch an. So erlaubte er seinen protestantischen Untertanen im Stift Magdeburg großzügig freie Religionsausübung – gegen Übernahme seiner Schulden. Dass er 1541 jedoch von seiner Residenz Moritzburg in Halle an der Saale vertrieben wurde, nahm er übel. Er riet dem Kaiser zur Gewalt gegen die Protestanten und nahm als erster Fürst im Reich den Jesuitenorden in Mainz auf. Auch der Bauernkrieg nahm ihn gegen die Reformation ein. Albrecht von Brandenburg war intelligent genug, um die Notwendigkeit von Veränderungen in seiner Kirche zu sehen, aber doch bitte keine Revolution, die seine Stellung oder auch nur seine Interessen gefährdete. So wurstelte sich Albrecht durch. Wer ihm nicht schadete und/oder stärker schien als er, mit dem versuchte er auszukommen. Aber wehe dem, für den beides nicht zutraf. Albrecht von Brandenburg starb am 24. September 1545 auf der Martinsburg zu Mainz.

Manuel Ruoff

Steuerbetrüger ans Licht der Öffentlichkeit

Zu: Moralkönigin in Erklärungsnot (Nr. 6)

Der SPD-Finanzminister Walter-Borjans (NRW) kaufte Steuer-CDs mit aus Schweizer Banken gestohlenen Daten ein. Die Spitze der SPD lehnte sich weit aus dem Fenster, verurteilte die Steuerbetrüger und erst recht die Schweizer Banken, die die Deutschen verlockt haben sollten, ihr Vermögen bei ihnen anzulegen und in Deutschland nicht zu versteuern. Steinbrück bedauerte, dass nicht, wie in alten Zeiten, Soldaten ausgeschickt werden können. Sigmar Gabriel sprach von bandenmäßiger Steuerhinterziehung, die in Deutschland mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft wird.

Es wurde und wird geflissentlich übersehen, dass rund 120 ausländisch beherrschte Banken – darunter auch deutsche – in der Schweiz über Vermögensverwaltungen mit ausländischen Privatkunden tätig sind. Ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt respektable 15 Prozent. Und nun liefern diese CDs die Daten prominenter Deutscher wie Arthur Brauner, Uli Hoeneß, Alice Schwarzer und, man staune, des SPD-Genossen und Kulturstaatsekretärs von Berlin, André Schmitz.

Es ist nachvollziehbar, warum Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit seit 2012 geschwiegen hat. Er ahnte zu Recht, wie extrem peinlich es für die SPD ist, wenn Genossen der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs überführt werden. Dies vor allem angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen.

Schmitz und die anderen Steuerhinterzieher, ja Steuerbetrüger sind Persönlichkeiten, die für ihr Tun selbst verantwortlich sind. Die Namen von Persönlichkeiten, die den Staat betrogen haben, werden bekannt werden. Strafanzeigen gegen Unbekannt werden die Informationslücken nicht aufdecken, geschweige denn stopfen.

Es ist im Interesse der politischen Transparenz, dass die Namen dieser Personen öffentlich sind. Die von der Schweiz offerierte Abgeltungssteuer hätte dies und das, was noch kommt, vermieden – Österreich und Großbritannien haben entsprechende Abkommen geschlossen. Zurzeit verhandelt Griechenland mit der Schweiz über ein solches Abkommen.

Jürg Walter Meyer, Leimen

Reinen Wein einschenken

Zu: Auch Berlin im NSU-Sumpf? (Nr. 6)

Ihr Autor spricht in seinen Ausführungen zum sogenannten „NSU-Trio“ mal wieder vom „Abtauchen“ der drei in die „Illegalität“ und übernimmt damit kritiklos die uns von „offizieller“ Seite vorgesetzte „Verschwörungstheorie“, nach der zwei junge deutsche Männer (unterstützt von einer jungen deutschen Frau) nach deren gewaltsamem Tod für zehn Morde verantwortlich gemacht werden sollten, obwohl vorher jahrelang davon gar keine Rede gewesen ist und die Polizei in Richtung Organisierte Kriminalität oder Drogenkriminalität ermittelt hatte.

Die Mär vom Nationalsozialistischen „Untergrund“ ist nicht nur im äußersten Maße hanebüchen und fragwürdig, sondern eigentlich in vielen Teilen inzwischen schon widerlegt.

Und kann man denn in Thüringen überhaupt „untertauchen“? Noch dazu, wenn man ständig überwacht wird? Abzutauchen dürfte wohl eher in Großstadt-Vierteln wie Berlin-Neukölln gelingen, wo sich jetzt schon die wirklich Illegalen aufhalten.

Es wäre schön, wenn jemand aus dem „Dönermorde-Sumpf“ den Mut hätte, uns allen – wie von Edward Snowden vorgemacht – reinen Wein einschenken und die Sache aufklären würde. Eventuell war nämlich der einzige Mord, an dem Mundlos und Böhnhardt beteiligt war, ihre eigene Ermordung.

K. Weiß, Berlin

EZB rechnet falsch

Zu: Zur Enteignung freigegeben (Nr. 6)

Dem Beitrag von Hans Heckel muss insoweit widersprochen werden, als die Berechnungen der EZB, wonach die Zyprioten beispielsweise reicher sind als die Deutschen, nicht stimmt. Zu diesem Thema hatte der Publizist Broder vorgerechnet, dass das Ferienhaus oder die Ferienwohnung deutscher Bürger in Zypern oder in Spanien nicht dem Bürger zugeordnet wurde, sondern eben Zypern oder Spanien. Speziell in Zypern überwog auch das Immobilienvermögen russischer Bürger. Die Berechnungen der EZB sind daher falsch.

Jürgen Kunz, Buchen

Aus Griechenland nichts gelernt?

Zu: Erdogan der Eroberer (Nr. 7)

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) der Türkei beträgt mit 788 Milliarden US-Dollar das 3,15-fache Griechenlands. Ein entsprechend hohes Problem handelt sich die EU mit der Aufnahme der Türkei ein. Die bisherigen Hilfspakete für Griechenland betragen (ohne künftig geplante Zahlungen) 237,3 Milliarden Euro. Das entspräche im Falle der Türkei mit dem 3,15-fachen Risiko mindestens etwa 747,5 Milliarden Euro, bei einem deutschen Anteil daran von 28 Prozent also fast 210 Milliarden Euro. Bei einem deutschen BNE von 2,569 Billionen Euro, entspräche das etwa 8,2 Prozent unseres BNP.

Nun ist eine solche Extrapolation sicher etwas abenteuerlich. Aber selbst wenn die Höhe der Zahlungen an die Türkei nur einen Bruchteil dieser Zahlen ausmachte, würde sie uns überfordern, denn es ist zu berücksichtigen, dass zum einen das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist, zum anderen, dass noch Länder, die ebenfalls unser Geld haben wollen, hinzukommen. Die Zahlungen würden uns schnell in die Insolvenz treiben – keine sehr beruhigende Aussicht!

Darüber hinaus ist zurzeit allenthalben zu lesen, dass sich die Wirtschaft der Türkei im steilen Abschwung befinde. Ist das Griechenland-Desaster wirklich noch nicht hinreichend groß, unsere Politiker von dem viel größeren der Türkei abschrecken zu lassen? Wie weit muss die Lernresistenz vorangeschritten sein, wenn man den Integrationsdrang Ankaras in die EU nicht mehr als eine sich anbahnende Katastrophe durchschauen kann oder will? In Anbetracht der türkischen Inbesitznahme unseres Landes scheint der Gedanke nicht einmal abwegig zu sein, ein solches Politikverhalten in die Nähe von Gesetzeswidrigkeit zu rücken.

Dr.-Ing. Hans-J. Kucharski, Mülheim



Bild: action press

Schlammschlacht um den Ersten Weltkrieg: Bleibt es nur ausländischen Historikern vorbehalten, unbefangen über die Kriegsursachen zu forschen, da es in Deutschland Denkverbote gibt?

Marius war Erster

Zu: „Und sie bewegt sich doch“ (Nr. 5)

Laut Lehrbuch der „Astronomischen Geographie“ von Wetzel und Mevius, erschienen 1921 im Verlag von Velhagen und Klasing, Seite 157, erfolgte die erste Entdeckung der vier Monde des Jupiters durch das Fernrohr zuerst von Simon Marius in Anspach am 29. Dezember 1609 und erst danach von Galileo Galilei in Padua am 7. Januar 1610.

Dass sich Fehler über Jahrhunderte halten, zeigt auch die Tatsache, dass Goethe als der Erstbeschreiber des Zwischenkieferknochens gilt, obwohl dieses früher durch den französischen Anatomen Félix Vicq d'Azyr erfolgte, der übrigens ein Zeitgenosse von Goethe war, jedoch nie das hohe Alter des Dichterfürsten erreichte.

Dr. Johannes Engel, St. Wendel

Affentanz um 1914

Zu: Heiße Kartoffel (Nr. 3)

Eine wirklich geniale Idee, den „Ersten Weltkrieg“ zum Unwort des Jahres zu küren – das wäre mal was gewesen! Aber trotzdem freue ich mich schon auf den Affentanz, den unsere Politiker zwecks Vermeidung einer passenden Aussage zu 1914 aufführen werden. Da muss wohl Guido Knopp nochmal ran und mit den richtigen Filmchen unser Weltbild in Ordnung bringen.

Zur Neuwahl des EU-Kommissionspräsidenten möchte ich meinen Wunschkandidaten so beschreiben: einen mit einem scharfen Verstand, mit einer fantastischen Redegabe und vor allem einer noch fantastischeren Einstellung zur EU: Ich wäre für Nigel Farage.

Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg

Hiebe für CSU

Zu: Vor dem Ansturm? (Nr. 2)

Mit geradezu hysterischen Ausfällen prügeln Vertreter der rot-grünen Presse auf die CSU ein, weil die es gewagt hat, den Sozialmissbrauch von Zuwanderern zu hinterfragen. Es ähnelt stark den rüden Attacken gegenüber Thilo Sarrazin, wie sie ständig von den Gutmenschen vom Stapel gelassen wurden.

Dass deutsche Politiker die Eurokraten in Brüssel auch noch links überholen müssen, ist ein deutliches Zeichen für schlechte Interessen-Politik gegenüber dem eigenen Volk. Es wird Zeit, dass die „Alternative für Deutschland“ in das EU-Parlament einzieht, um der Vernunft eine Stimme zu geben.

Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg

Denkverbote für Historiker

Zu: Eher Prügelknabe, denn Prinz (Nr. 3)

Es gibt nicht nur Historiker aus dem angelsächsischen Sprachraum, die Preußen gegenüber aufgeschlossen sind. Tatsächlich ist es aber so, dass an deutschen Universitäten ein hoher Konformitätsdruck herrscht, sich der vorherrschenden politischen Meinung anzupassen.

Manche der jüngeren Historiker, mit denen ich zusammen studiert habe, sind von Kindesbeinen derart durch ihre Sozialisation indoktriniert, dank unseres seit der Kulturrevolution 1968 rot-grünen Bildungssystems, dass sie die ideologische Brille gar nicht mehr abnehmen können. Deren geistige Ergüsse bewegen sich in den engen Grenzen politisch-korrekter Denkschablonen. Das Milieu dieser Leute bestätigt sich auch durchgehend selbst und duldet keinerlei Widerspruch oder wahrhaft kritisches Denken in ihren Reihen.

Ein deutscher Historiker, der das Haus Hohenzollern und das Kaiserreich neutral analysieren würde, wie es zum Beispiel der australische Historiker Christopher Clark tut, hätte einen schweren Stand unter seinen Kollegen. Er würde in wissenschaftlichen Fachzeitschriften angefeindet werden. Beliebtestes Mittel ist die gezielte Diffamierung, um sich nicht mit den vorgebrachten Argumenten beschäftigen zu müssen, wobei die Vorwürfe, ein Reaktionär, Revanchist und Militarist zu sein, noch die freundlichsten wären. Mit der Karriere wäre es dann auch schnell vorbei nach der obligatorischen Rufmordkampagne durch ideologisch festgefahrene Kollegen, die streng über die politisch vorgegebenen Grenzen wissenschaftlicher Betrachtungen wachen.

Wirkliche Freiheit im Denken und Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Untersuchungen sind nicht erwünscht. Bestes Beispiel hierfür ist der Umgang mit dem Historiker Ernst Nolte, der 1986 den Historikerstreit auslöste. In dessen Verlauf setze sich der linksideologische Mob in pseudointellektuellem Gewand unter Führung von Habermas leider durch. Auch wenn Nolte ein paar namhafte Unterstützer hatte, so war es nicht die Mehrheit und er geriet zunehmend in Isolation. Seitdem bestimmen Ideologen in der deutschen Geschichtswissenschaft, was gedacht und gesagt werden darf. Wer sich nicht anpasst, endet wie Nolte, der als mahnendes Beispiel fungiert.

Mein Studium habe ich im Hauptfach Geschichte abgeschlossen. Ich hatte das Glück, mein Examen unter einem ideologisch nicht festgefahrenen Professor machen zu können, und habe sehr gut bestanden. Dennoch arbeite ich heute in der freien Wirtschaft, da eine Zukunft im heutigen Wissenschaftsbetrieb nicht möglich ist, wenn man den Anspruch verfolgt, Wissenschaft seriös und ohne politisch vorgegebene Denkverbote betreiben zu wollen. Nach wie vor ist Geschichte jedoch meine Leidenschaft.

Kai Speierer, Berlin

Geldvernichtung

Zu: Massenenteignungen als Lösung (Nr. 2)

Die Massenenteignung findet schon lange statt. Alleine wenn ich an Target 2 denke, gehen dem Staat 800 Milliarden Euro verloren. Oder glaubt einer daran, dass diese Forderung noch durchsetzbar ist? Weitere Zigmilliarden gehen für die Euro-Rettung drauf, weitere 631,7 Milliarden Entwendungen aus der Rentenversicherung für staatliche Aufgaben, weitere Milliarden für den Frieden am Hindukusch, weitere 750 Milliarden für den Bankenrettung und so fort.

Rüdiger Röthke, Berlin

Umerzieher laufen zur Höchstform auf

Zu: Heiße Kartoffel (Nr. 4)

Das begonnene Jahr 2014 kann einem schon den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Soviel Gedenken auf einmal: Beginn von 100 Jahren Erster Weltkrieg und 75 Jahren Zweiter Weltkrieg. Ein riesiger Schuldvulkan wird ausbrechen und seine verbalen Aschewolken werden sämtliche nationalen Gefühle unter sich begraben.

Garantiert sind schon Bataillone von Schuldsuchern in ganz Europa unterwegs, um schuldfähiges Material, Archäologen gleich, auszugraben und auszuwerten. Und die engsten Vertrauten unseres bundespräsidialen „Gaucklers“ schreiben am Drehbuch des Theaterstückes der nie erlöschenden Schuld. Die unterschiedlichsten Akte dieses Stückes werden dann in ganz Europa uraufgeführt, und der Hauptdarsteller dürfte in den Massenmedien enthusiastisch gefeiert werden.

Ja liebe Leser der *PAZ*, wir werden einiges erdulden müssen. Es gilt jetzt, in den Familienarchiven zu forschen, um Mitschuldige zu entdecken, das entdeckte Material zu veröffentlichen und sich für die Urgroßeltern zu schämen. Irgendein Vorfahre in der Uniform des Kaiserreiches oder in Naziuniform ist doch in jeder Familie aufzutreiben.

Und da bekanntlich höchst offiziell alle Soldaten Mörder sind, ist zumindest in 95 Prozent aller deutschen Familien ein Mörder, wenn nicht sogar ein Massenmörder zu finden. Und wehe, es sind Träger von Orden wie „Pour le Mérite“, Eisernes Kreuz 1 oder Ritterkreuzträger dabei. Ein öffentliches Schreddern dieser unseligen Relikte sollte im Anschluss an jede Betroffenheitsrede obligatorisch werden.

Bilder dieser verbrecherischen Vorfahren müssen dann auch von den Kindern in den Schulunterricht mitgenommen werden, damit sie dort anhand dieser Dokumente begreifen, welche niemals endende Schuld auch in ihnen steckt. Und in jeder Familie wird darüber hinaus zu prüfen sein, ob sie nicht in einer Straße wohnen, die nach einem Menschen mit schuldhafter Vergangenheit benannt ist. Unsere Umerzieher und Gehirnwäscher werden jedenfalls in diesem Jahr zur Höchstform auflaufen.

Peter Schumacher, Melsungen

Von Preußen Schreiben lernen

Zu: Ideologen gegen Kinder (Nr. 3)

Die *PAZ*-Redakteurin schildert diese politisch aufgeladene Schande um Rechtschreibdefizite von Grundschülern umfassend richtig in der jetzigen Zeit. Bravo!

Aus der Vorzeit und zu den Folgen möchte ich aus eigener Erfahrung einiges anmerken: 1966 hatten die 68er in NRW die Grund- und Hauptschulen schon weitgehend erobert. Hier wurde meinen Kindern beigebracht, dass sie da genügend lernen könnten und so nicht verblöden würden wie ihr Vater auf dem Gymnasium.

Trotzdem gelang es mir, eine Tochter zu überreden, wenigstens eine Mittelschule zu absolvieren. Ein Sohn machte das auch widerstrebend. Meine Jüngste war für eine weiterführende Schule „nicht geeignet“ und schloss ihre Oberschule ohne „Ehrenrunde“ mit dem Abitur ohne Verblödung ab. Mein ältester Sohn war nachhaltig schulgeschädigt und musste sich mühselig weiterbilden.

Dieses gelingt nur wenigen, und so haben wir einen Mangel an Facharbeitern auf fast allen Gebieten, verstärkt durch zu niedrige Geburtenraten. Deshalb brauchen wir bildungsfähige Zuwanderer. Probleme bereiten noch Arbeitsunwillige und -unfähige auch unter uns Eingeborenen.

Preußen hatte Zuwanderer eingeladen – mit großem Erfolg. Diese „Beutepreußen“ wurden bald glühende Patrioten und an Königsgeburtstagen schrien sie begeistert sogar auf dem falschen Fuß.

Heinz-Dietrich Koske, Köln

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 8. März 2014

MELDUNGEN

Feddersens Villa restauriert

Allenstein – Der ehemalige Wohnsitz des Allensteiner Architekten Thomas August Feddersen (1881–1947) in der Moltkestraße ist restauriert worden. Die prächtige Villa hatte sich über die Zeiten trotz zahlreicher Änderungen innen wie außen ihren Stil bewahrt. Daran konnte jetzt angeknüpft werden. Die gründlichen Renovierungsarbeiten umfassten sogar den Rückbau einer nachträglich errichteten Umzäunung und deren Ersetzung durch einen niedrigeren Lattenzaun, wie er dort früher vorhanden war. Noch vor wenigen Jahren war Thomas August Feddersen nur wenigen Polen bekannt. Zu diesen wenigen gehörten Kunsthistoriker wie Malgorzata Jackiewicz-Garniec, die Direktorin der Bildergalerie BWA, oder Andrzej Rzempołuch vom Allensteiner Museum sowie heimatkundliche Experten wie Jan Chlosta oder Rafał Betkowski. Der Durchschnittsbürger hingegen wusste nicht, dass Feddersen beispielweise das städtische Theater erbaut hat. Eine gravierende Wende in der Wahrnehmung brachte erst die Entscheidung, das Schauspielhaus vollends zu sanieren. Mit der etwa drei Jahre lang dauernden Sanierung ging eine Neuentdeckung des deutschen Architekten Thomas August Feddersen einher. Mehr noch, man entdeckte zugleich seine anderen architektonischen Werke in der Stadt, wie etwa die Franziskanerkirche samt der Klosteranlage, die Marienkirche oder die – seit Jahren baufällige – Industriemühle am Hauptbahnhof. Den Kunstliebhabern gelang es, dass in verschiedenen Medien immer häufiger über Feddersens Leistungen und Verdienste berichtet wurde. In der Folge konnte auch unter den zuständigen Beamten die Idee durchgesetzt werden, seinen Wohnsitz in der Moltkestraße aus dem Dornröschenschlaf zu holen. *G.S.*

Kleinbahn hat neuen Besitzer

Lyck – Das Lycker Historische Museum hat vom Zentrum für Sport und Erholung die einzige Kleinbahn Masurens übernommen. Der Direktor des Museums, Kazimierz Bogusz, hat versichert, dass keiner der neun Mitarbeiter der Kleinbahn seine Arbeit verlieren werde, und der Zuschuss der Stadt der gleiche bleiben werde wie bei dem vorherigen Besitzer. Die Stadt hat die Übertragung der Kleinbahn an das Museum beschlossen, weil letzteres dort ein Zentrum für Eisenbahn-Wissenschaft eröffnen will. Eine der Attraktionen soll eine zur Hälfte aufgeschnittene Lokomotive werden. Die Museumsleute wollen ein neues Bahnhofs-Gebäude bauen, in dem kulturelle Veranstaltungen stattfinden und eine ständige Ausstellung zu sehen sein sollen. Im Sommer wird die Kleinbahn auch unter ihrem neuen Besitzer wieder Passagiere auf der 15 Kilometer langen Trasse von Lyck nach Vierbrücken befördern. Die Lycker Kleinbahn verkehrt seit dem Jahre 1917. Im Jahre 1992 wurde sie unter Denkmalschutz gestellt. *PAZ*

Museum oder Jugendkulturzentrum?

Königsberger Gebietsregierung ringt mit dem Pächter um die Zukunft des Wrangelturms

Im Zentrum von Königsberg befindet sich eines der bedeutendsten Bauwerke der Königsberger Stadtbefestigung: der Wrangelturm. Seit Jahren an eine Privatfirma verpachtet, strebt die Gebietsregierung nun danach, den Pachtvertrag vorzeitig zu kündigen, um dort ein Museum einzurichten. Doch dagegen wehrt sich eine Bürgerinitiative, die den Turm lieber als Zentrum für Jugendkultur nutzen möchte.



Fortifikationsanlage an der Westseite des Obersees: Der Wrangelturm Bild: Tschernyschew

Ende vergangenen Jahres beschloss die staatliche Denkmalschutzbehörde, gegen den Pächter des Wrangelturms, die Firma „Art und K" zu klagen, um den auf 49 Jahre geschlossenen Pachtvertrag vorzeitig aufzulösen. Als Grund wurde angegeben, dass der Pächter nicht seiner Verpflichtung nachgekommen sei, das Denkmal zu unterhalten. Der Prozess läuft noch.

Gouverneur Nikolaj Zukanow will sich dafür einsetzen, dass nach der Beendigung des Pachtverhältnisses im Wrangelturm ein Museum eingerichtet wird: „Wenn das Gerichtsverfahren beendet ist, werden wir eine neue Verwendung für ihn (den Wrangelturm) finden. Wahrscheinlich wird er der Ort für ein Museum sein." Dabei könne der Wrangelturm in Zukunft auch weiter als Veranstaltungsort für Konzerte dienen. „Wir müssen unsere Denkmäler in Ordnung bringen. Der Wrangelturm ist eines der bedeutenden Objekte, mit dem wir in Königsberg arbeiten können", sagte der Gouverneur.

Im November 2013 hatte sich eine Bürgerinitiative gebildet, die gegen die vorzeitige Vertragsbeendigung protestierte. Sie sammelte 1500 Unterschriften. In einem Brief an Gouverneur und Gebietsregierung erklärte sie, dass der Pächter viel für das kulturelle Leben der Stadt geleistet habe, indem er über einen langen Zeitraum Künstlergruppen kostenlos eine Plattform für Jugendfestivals und Konzerte geboten und dabei stets die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewahrt habe.

Nach der Erklärung des Gouverneurs organisierte die Bürgerinitiative einen „Flash-Mob" (Massenauflauf) beim Wrangelturm, an dem sich vor allem Musiker und Künstler beteiligten. Unter dem Motto „Das ist unsere Welt! Das ist unser Haus!" protestierten sie gegen die Pläne der Gebietsregierung, den Pachtvertrag mit „Art und K" aufzulösen. Die Organisatoren des Flash-Mobs sind überzeugt, dass der Pächter das Architekturdenkmal aus seinem dunklen Dasein herausholen und es zu einem der Kulturzentren der Stadt für die Jugend umgestalten könnte. Sie verwiesen darauf, dass das Gelände schon jetzt von Zeit zu Zeit als Ort für Wohltätigkeitsveranstaltungen genutzt werde. Außerdem treten beim Wrangelturm immer wieder Musiker aus der Region und aus dem Ausland auf.

Bürgerinitiative unterstützt Pächter

Nach Aussagen von Rockmusikern, die sich bei ihren Auftritten dafür einsetzten, dass der Vertrag mit „Art und K" bestehen bleibt, hat der Pächter schon seit einiger Zeit Maßnahmen zum Erhalt des Gebäudes eingeleitet. Zum Beispiel wurden Elektroleitungen neu verlegt, das Drainagesystem repariert, die Kanalisation wiedererrichtet, der Graben um dem Turm wurde gesäubert und das Dach in Ordnung gebracht.

Welches Schicksal dem Wrangelturm beschieden ist, werden die kommenden Monate zeigen. Der Turm ist nach dem Generalfeldmarschall Friedrich Graf von Wrangel benannt, der im Jahr 1809 als Kommandant des Kürassier-Regiments eingesetzt war, das ganz in der Nähe des Ortes stationiert war, an dem später das Festungsgebäude errichtet wurde. Der Wrangelturm wurde 1843 als ein Element des Festungsrings gebaut. Bis 1945 hatte er in keiner Kriegshandlung eine Rolle gespielt. Während des Sturms auf Königsberg wurde er durch die deutschen Verteidiger genutzt und durch Kampfhandlungen erheblich beschädigt. Nachdem er lange Zeit nicht genutzt worden war, verpachtete die Stadt 1996 den Wrangelturm schließlich dem Unternehmen „Art und K". Auf dem dazugehörigen Gelände gibt es ein Antiquariat und ein Café.

Jurij Tschernyschew

Der Namensgeber des Wrangelturms

Im Gegensatz etwa zu seinem Landsmann und Zeitgenossen Helmuth von Moltke war Friedrich von Wrangel weniger ein intellektueller Stratege als ein schneidiger Frontoffizier mit kernigem Berliner Humor. In seinen späten Jahren wurde er sogar als „Papa Wrangel" zum Original. Man sollte ihn jedoch nicht unterschätzen. So werden ihm Schlauheit, Verschlagenheit und schauspielerisches Talent nachgesagt. Der Verdacht liegt nahe, dass er durchaus bewusst an seinem Image des „Papa Wrangel" gearbeitet hat, um die Akzeptanz seines militärischen Eingreifens in die 48er Revolution zu erhöhen. Andererseits setzte er sich mit seiner Volkstümlichkeit, zu der auch ein grammatikalisch schiefes Deutsch gehörte, dem Vorwurf aus, sich nicht immer standesgemäß verhalten zu haben. Schließlich war der Generalfeldmarschall zeitweise der ranghöchste Angehörige des preußischen Heeres nach dem König.

Vor 230 Jahren, am 13. April 1784, kam der Sohn eines Regimentskommandeurs in Stettin zur Welt. Bereits als Zwölfjähriger ging er als Junker zu den Dragonern. Als Offizier nahm er am Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 teil. Für seine Kühnheit und Entschlossenheit wurde er mit dem „Pour le Mérite" ausgezeichnet.

Nach dem Friedensschluss kam er zu den Kürassieren nach Ostpreußen. Am Russlandfeldzug brauchte er nicht teilzunehmen. Vielmehr wurde er mit seiner Escadron beim Kriegsausbruch nach Schlesien verlegt, von wo er erst in das Feld einrückte, als Preußen bereits Russlands Verbündeter geworden war. In den Befreiungskriegen diente er unter „Marschall Vorwärts" Gebhard Leberecht von Blücher.

Ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, machte er nach dem Friedensschluss einen Abstecher nach London, wo er während einer Parlamentssitzung zu der Überzeugung gelangte, dass der Konstitutionalismus für Preußen nichts sei. Als Regimentskommandeur wurde er nach Westpreußen versetzt. 1821 wurde ihm eine Kavalleriebrigade in Posen unterstellt. 1834 ging er als Divisionskommandeur nach Münster, wo er 1837 Unruhen niederschlug. 1841 wurde er kommandierender General des I. Armeekorps in Königsberg. 1842 wechselte er auf den gleichen Posten beim II. Armeekorps in Stettin.



Friedrich von Wrangel Bild: Archiv

Nach dem Ausbruch des Schleswig-Holsteinischen Krieges 1848 erhielt Wrangel den Oberbefehl über das Kontingent des Deutschen Bundes. Nach der vorläufigen Beendigung der Feindseligkeiten durch den noch im selben Jahr geschlossenen Waffenstillstand von Malmö erhielt er den Oberbefehl über die preußischen Truppen in den Marken. Mit letzteren marschierte er im November 1848 in die Hauptstadt und schlug dort die Revolution unblutig nieder. Er entmachtete die Bürgerwehr, löste die Versammlung der Volksvertreter im Schauspielhaus auf und verhängte über Berlin das Kriegsrecht.

Anschließend wurde Wrangel vom König vielfältig geehrt. Er wurde Träger des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler sowie des Reichspaniers, Ehrenbürger Berlins und Generalfeldmarschall. 1859 bat der 75-Jährige um seinen Abschied. Dieser wurde ihm aber nicht gewährt. Vielmehr wurde er 1864, als es im Ersten Einigungskrieg erneut gegen Dänemark ging, zum Oberbefehlshaber des preußisch-österreichischen Kontingentes berufen. Der 80-Jährige war aber durch die komplexen Planungen des genialen Generalstabschefs Moltke überfordert, so dass ihm noch während des Krieges der Oberbefehl taktvoll entzogen wurde. Dass Wrangel keineswegs in Ungnade gefallen war, beweist neben seiner Erhebung in den Grafenstand die Tatsache, dass sein König es sich nicht nehmen ließ, ihm nach seinem Tod am 1. November 1877 die letzte Ehre zu erweisen. *M.R.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist schon erstaunlich, welche Erinnerungen plötzlich aus der Vergangenheit auftauchen, wenn man als Zeitzeuge gefragt wird. So ist es Frau **Roswitha Kulikowski** aus Hemmingen ergangen, als sie in der Folge 3 der *PAZ* die Aufforderung „Zeitzeugen gesucht" las, die sich auf Erlebnisberichte aus Allenstein bezog. Und da fielen ihr doch viele Ereignisse ein, von denen ihre Großeltern **Saßnick** berichtet hatten, denn Großvater **Paul** wurde im Jahr 1907 nach Allenstein versetzt. Er war Angestellter der Bank der Ostpreußischen Landschaft und bekam den Auftrag, in Allenstein eine Filiale einzurichten. Während Paul Saßnick sich um ostpreußische Gutshäuser und Kunden kümmerte, führte seine Frau ein geselliges Leben, an das sie sich gerne erinnerte, wie sie ihrer Enkeltochter erzählte. Vor allem der Bericht von einem Kostümfest blieb Roswitha Kulikowski unvergessen, denn das muss für Allenstein ein besonderes Ereignis gewesen sein. Da die Wohnung, die Saßnicks über der Bank bewohnten, zehn Zimmer hatte, von denen einige kaum benutzt wurden, kam Großmutter Saßnick auf die Idee, sich von einem Berliner Theater Kulissen kommen zu lassen, mit denen die Räume in eine Traumlandschaft verwandelt wurden. Die Enkelin konnte sich das kaum vorstellen, vielleicht zweifelte sie sogar an den Berichten ihrer Großmutter, bis sie als erwachsene Frau völlig unerwartet eine Bestätigung erhielt. Frau Kulikowski war an ihrem damaligen Arbeitsplatz mit **Eberhard G.** ins Gespräch gekommen, in dem ihr neuer Kollege erwähnte, dass er aus Allenstein stamme. Frau Kulikowski wurde hellhörig und erzählte, dass ihr Vater **Siegfried** als Sohn des Bankdirektors Saßnick in Allenstein zur Schule gegangen sei. Der Kollege stutzte: Den Namen habe er doch schon einmal gehört, seine Mutter habe doch in einer Bank gearbeitet. „Er erkundigte sich bei seiner Mutter und kam dann strahlend ins Büro", berichtet Frau Kulikowski. „Er erzählte mir, dass seine Mutter tatsächlich in der Bank der Ostpreußischen Landschaft gearbeitet hatte. Diese Stellung hätte sie Paul Saßnick zu verdanken gehabt, denn als ihr Ehemann umgekommen sei, hätte er sofort der jungen Witwe geholfen und sie bei der Bank angestellt. Nun hatte aber seine Mutter für den kleinen Eberhard manchmal keine Betreuung, und da wurde er einfach nach oben zu Frau Saßnick gebracht. Ja, mein Kollege erinnerte sich auch daran, dass er oft auf dem Schoß von Großmutter Saßnick gesessen hätte, wenn sie ihm Märchen vorlas." Und wie in einem richtigen Märchen hieß es auch bei dieser kleinen Geschichte: Ende gut – alles gut! Denn damals lebten Frau Kulikowskis Großeltern noch und Eberhards Mutter konnte bei einem Besuch in Hannover mit ihnen die Erinnerungen an die gemeinsame Allensteiner Zeit auffrischen, auch an das Kostümfest in den Theaterkulissen. Auf dem es sehr fröhlich zugegangen sein muss, denn Frau G. erinnerte sich, dass sie auf einen der Kulissenbäume geklettert und lauthals gejodelt hatte! Und das in Allenstein.



Erklang im Königsberger Tiergarten: Erich Börschels Spatzenkonzert Bild: Pawlik

Diese heitere Erinnerung, die uns Frau Kulikowski als Ausklang zur Faschingszeit übermittelte, war allerdings nicht der eigentliche Anlass, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden. Aus einem Nachlass hat Frau Kulikowski einen Bericht über das Königsberger Neue Schauspielhaus erhalten. Zusammengestellt **von Hans-Werner Engel**, Hamburg. Da dieser in den 30er Jahren ein Schüler-Abo im Schauspielhaus hatte, sammelte er die Programme, stellte sie liebevoll zusammen und ergänzte sie mit eigenen Berichten. In der 26 Seiten umfassenden Dokumentation sind auch Preislisten und viele Geschäftsanzeigen enthalten. Auch zwei Festzeitschriften „100 Jahre Königsberger Ruderclub 1889–1989" befanden sich in dem Nachlass. „Wem kann ich damit eine Freude machen?", fragt Frau Roswitha Kulikowski. Diese Frage geht mit Sicherheit nicht ins Leere, denn sie dürften sehr schnell ambitionierte Leser finden. (Roswitha Kulikowski, Arnumer Straße 28 in 30966 Hemmingen, OT Harkenbleck, Telefon 05101/2530.)

Auch Frau **Inge-Lore Gratias** hat etwas anzubieten, denn als sie jetzt – lange Zeit nach ihrem Umzug – heranging, den Inhalt der noch unausgepackten Kisten und Kartons zu sichten, fand sie ein Buch aus dem Tilsiter Holzner-Verlag, von dem sie glaubte, dass es einmal in unserer Kolumne gesucht wurde. Es handelt sich um den Roman „Der Fischmeister" von **Erich Karschies**, der in den 30er Jahren sehr bekannt war. Natürlich habe ich ihn damals auch gelesen, denn der rührige Verleger Holzner baute in Tilsit einen Verlag auf, der sich vor allem der heimischen Literatur annahm und gerade jungen Autoren die Chance bot, ihre Werke zu veröffentlichen. So erschienen auch meine ersten fünf Bücher in diesem Tilsiter Verlag. Holzner war kein Ostpreuße, aber ihm war bewusst, welch ein Erzählerpotenzial in dem Land rund um das Kurische Haff vorhanden war, und hat dies voll ausgeschöpft, wie das Verlagsprogramm mit seiner breiten Palette von Romanen, Novellen und Naturschilderungen bewies. „Der Fischmeister" war eines seiner Hauptobjekte, und so ist es kein Wunder, dass das von Frau Gratias in ihrer Bücherkiste aufgefundene Exemplar aus der fünften Auflage stammt. Es ist zwar in keinem guten Zustand, aber das dürfte interessierte Leser nicht stören. Frau Gratias ist jedenfalls bereit, es an jemanden aus unserem Familienkreis abzugeben. (Inge-Lore Gratias, Ammendorfer Weg 36 in 06128 Halle/Saale.)

Aber auch in ihrem Fall ist der Hauptgrund ihres Schreibens an unsere Ostpreußische Familie ein anderer, denn ihr Name ist aufmerksamen Leserinnen und Lesern schon in der *PAZ* Folge 8 begegnet. Dort hatten wir ihren Wunsch nach dem vollständigen Text des Kinderliedes „Schornsteinfeger ging spazier'n" veröffentlicht, das uns unbekannt war und sich trotz emsiger Suche nicht finden ließ. Nun, es hat sich eingefunden, und Frau Gratias kann glücklich berichten: „Am Freitag kam die *PAZ*, und schon am nächsten Tag traf ein großformatiger, inhaltsreicher Brief aus Witten ein. Die liebenswürdige Absenderin sandte – überaus gründlich – nicht nur die mir fehlenden sechs Strophen des langen Liedes, sondern auch verschiedene andere Schornsteinfegerlieder und sogar Sprichwörter, die sich mit diesem Beruf befassen." Dieser spielte auch in der Familiengeschichte von Inge-Lore Gratias eine Rolle, deshalb auch ihr Interesse an diesem Kinderlied. „Mein Onkel **Philipp** war Schornsteinfegermeister in Königsberg. Einmal wurde er bei einem dort ausgetragenen Schachturnier Sieger. Seine Liebesgeschichte empfand ich als junges Mädchen als sehr romantisch, denn er war aus dem Ruhrgebiet nach Königsberg gekommen, weil er nur eine ostpreußische Marjell zur Frau haben wollte. Als er die 20-jährige **Margarete** kennen lernte, war es die große Liebe. Sie heirateten und bekamen von 1928 bis 1942 vier Kinder. Als Schornsteinfegermeister wurde Onkel Philipp nicht eingezogen. Er blieb in Königsberg bis zum grausamen Ende im April 1945." So verbindet sich, wie bei den meisten Fragen an unsere Ostpreußische Familie, auch mit dieser eine wahre Geschichte aus der Heimat.

Und auch für Frau **Christa Jedamski** aus Eschborn drehte sich das Rad der Zeit zurück, als sie in der *PAZ* Folge 7 das Foto von dem Mende-Radio fand, das sich noch immer im Besitz von Herrn **Alfred Görlitz** befindet und voll funktioniert. Sofort suchte sie in der „Speisekammer der Erinnerung" nach noch vorhandenen Konserven, und sie fand jede Menge, wie sie schreibt:

„Wie oft habe ich vor diesem Radio als Kind gesessen und mit ungeheurer Spannung die Kinderstunde vom Reichssender Königsberg gehört. Alles um mich herum hatte ich dann vergessen. Damals war mein größter Wunsch, einmal dabei sein zu können. Da wir oft in Königsberg zu Besuch bei Verwandten waren, auch weil mein Vater geschäftliche Dinge zu erledigen hatte, durfte ich meine Eltern begleiten. Was war das für eine aufregende Zeit, ich konnte nicht genug davon bekommen. So durfte ich auch einmal das Rundfunkgebäude von innen betrachten, für mich als Achtjährige sehr ehrenvoll! Im Tiergarten gab es an einem Sonntag ein Konzert mit **Erich Börschel**, natürlich wurde das Spatzenkonzert gespielt, es ist in ewiger Erinnerung geblieben! Vielen Dank deshalb für den Bericht über den Sender Königsberg. Dank der Dokumentation von Ruth Börschel weiß ich jetzt, dass aus dem Königsberger Sender bis Anfang April noch gesendet wurde. Ich weiß noch genau, wie gebannt die Familie vor dem Mende-Radio gesessen und die neuesten Wehrmachtsberichte abgehört hat, um zu erfahren, wie weit die Russen schon vorgerückt waren. Die Frontlinie war noch weit weg von Mohrungen, jedenfalls waren es Nachrichten, die uns ins große Unheil stürzten. Vom Sender kamen noch beruhigende Nachrichten, als die Russen schon bei uns die Türen aufbrachen und uns mit vorgehaltenen Gewehren aus dem Haus trieben. Der Sender erzählte immer noch, dass wir siegen werden, und Zarah Leander sang das Lied: Davon geht die Welt nicht unter ist der Himmel auch grau ... Ich war traurig wegen all der Dinge, die ich nicht begreifen konnte, und das Leid danach war einfach schrecklich, demütigend, und man konnte es niemals abwaschen. Auch konnte ich niemanden mehr fragen: Wie war so etwas möglich, wie war das eigentlich, wie hing das alles zusammen? Somit bin ich immer froh, wenn ich aus damaliger Zeit etwas erfahren kann. Deshalb wünsche ich mir immer wieder neue Erkenntnisse aus dem *Ostpreußenblatt*!"

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Und die werden wie Ihnen dank unserer Leserschaft auch weiterhin vermitteln, liebe Frau Christa Jedamski, denn der Leitstern, unter dem unsere Ostpreußische Familie einmal ins Leben gerufen wurde, steht noch heute: Du sollst nicht alleine sein! Auch nicht in der Erinnerung!

Allerdings können wir als Wochenzeitung nicht allen Vorstellungen gerecht werden, die manche Leser hegen. So hat der Börschel-Bericht **Herrn Alfred Meyer** aus Hamburg angeregt, uns den Vorschlag zu unterbreiten, die Geschichte der Rundfunkorchester aller ehemaligen Reichssender zu bringen. Er nennt da einige Namen wie **Otto Dobrindt**, der das Orchester des Deutschlandsenders auch während der sowjetischen Besatzung leitete. Oder das Orchester des Reichssenders Leipzig, das unter seinem Leiter **Hans Bund** auch zu DDR-Zeiten spielte, dann in den 50er Jahren mit der gesamten Besetzung in den Westen floh und beim WDR landete. Hans Bund hat durch seine Arrangements aus der Musik wahre Gemälde gemacht, schreibt Herr Meyer, der schon vor langer Zeit nach diesen Schallplatten suchte und auch den WDR in Köln anschrieb, aber leider keine Antwort erhielt. Herr Meyer listet noch weitere Rundfunkorchester auf, aber das Thema würde unseren Rahmen sprengen. Wir müssen uns jedenfalls hier auf unsere eigene Aufgabe besinnen, und in die fügt sich eine kleine Frage ein, die sich aus Herrn Meyers Schreiben ergibt: Ist jemand vielleicht noch im Besitz einer Schallplatte mit Aufnahmen vom Orchester Hans Bund? (Alfred Meyer, Freesienweg 41 in 22395 Hamburg, Telefon 040/6015732.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Hände voller Veilchen für Agnes Miegel

Erinnerungen an einen besonderen Geburtstag der Dichterin

Irgendwie kommen wir nicht ganz mit diesem Spätwinter zurecht, der ein Frühlenz ist, obwohl wir dankbar sind für die unerwarteten Sonnenstunden und die reduzierten Heizkosten. „Der Amsel erstes zärtliches Singen" war schon im Februar zu vernehmen, doch von rieselnden, sprudelnden Tauwassern" keine Spur, denn es hatte ja kaum Schnee gegeben. Auch nicht in unserer Heimat – und in Erinnerung an den späten, aber heftigen Frühlingseinbruch, der ja in Ostpreußen geradezu ein Naturereignis war, lassen wir uns gerne mit Agnes Miegels Gedicht „Frühling", aus dem die Zeilen stammen, in diese alten Zeiten zurückführen. Aber auch früher gab es milde Spätwinter selbst in Ostpreußen. Einen unerwarteten Frühlingseinbruch kann ich noch auf den Tag genau benennen. Er blieb in der Erinnerung, weil er sich später mit einem anderen für mich wichtigen Datum verband: Das erste Veilchen fand ich im noch arg „verhubberten" Königsberg bereits an einem 9. März, und an solch einem frühen Märztag wurde die Dichterin Agnes Miegel vor nunmehr 135 Jahren in Königsberg geboren.

Es muss in der Mitte der 20er Jahre gewesen sein, als ich auf meinem angestammten Veilchensuchplatz, dem Litauer Wall in Königsberg, das erste blaue Knospenköpfchen entdeckte. Ich wollte es kaum glauben, denn an einem 9. März hatte ich noch nie ein Veilchen gefunden. Die versteckt im Windschatten der Gebüsche in den damals noch wilden Wallanlagen am Königstor wachsenden Pflänzchen warteten bescheiden, bis sie ihre ersten Knospen öffnen durften, und das war frühestens Ende März/Anfang April der Fall. Für mich war es ein heiß ersehnter Stichtag, denn nun war es sicht- und beweisbar Frühling und ich durfte endlich die grässlichen Wollstrümpfe ausziehen. Gegen das erste Veilchen vom Litauer Wall gab es auch für Muttchen keine stichhaltigen Gegenargumente.

Damals brachte ich dieses Datum, das sich so fest in mein Gedächtnis eingrub, noch nicht mit Agnes Miegels Geburtstag in Verbindung. Das kam erst sehr viel später, als ich als junge Autorin die Dichterin in ihrer Wohnung in der Hornstraße besuchte. Das war am 9. März 1936. Ich benutzte die Gelegenheit, ihr mein erstes schriftstellerisches Produkt, ein plattdeutsches Märchenbuch, zu überreichen. Zu mehr kam es auch kaum, denn in der kleinen Wohnung herrschte eine drangvolle Enge, Gratulant schob sich an Gratulant, und nur dem strategischen Geschick der energischen Elise, ihrer lebenslangen, treuen Begleiterin, war es zu verdanken, dass jeder Besucher wenigstens ein paar Worte mit der Dichterin wechseln konnte. Ihre warme Stimme mit dem weichen Tonfall der Heimat behielt auch in dem Stimmengewirr der wechselnden Gratulanten aller Jahrgänge die Dominanz.


An Agnes Miegels altem Wohnhaus in der Hornstraße: Gedenktafel für die „Mutter Ostpreußen" Bild: privat

Es war damals der erste von vielen Besuchen bei ihr in der Hornstraße, nicht nur am 9. März aber doch immer an diesem Tag. Und immer brachte ich ihr einen Strauß lilafarbener Blumen mit – nein, es waren keine Veilchen sondern violette Tulpen, denn das waren ihre Lieblingsblumen. Und mit denen habe ich ihr dann auch später, als sie nach der Flucht über See und der dänischen Internierung endlich Ruhe auf deutschem Boden fand, auf ihrem Altersitz in Bad Nenndorf gratulieren können.

Aber einmal sind es doch Veilchen gewesen, und damit erhält für mich der 9. März als Stichtag für den Frühlingsanfang eine neue Variante, denn diesmal fügen sich beide so unterschiedlichen Ereignisse wunderbar zusammen. Es war in der zweiten Märzwoche des Jahres 1948, als ich die Familie meines Bruders in einem bei Bad Nenndorf gelegenen Dorf besuchte. Ich war in der Lüneburger Heide gelandet und hatte einige Gläser Rhabarbermarmelade im Gepäck – mehr sauer als süß und auch sauer verdient, denn der Rhabarber wurde in Akkordarbeit auf den Feldern gezogen. Meine Schwägerin Hilde berichtete mir, dass Agnes Miegel auf dem nahen Schloss Apelern bei dem Schlossherrn, dem Baron von Münchhausen, eine vorläufige Bleibe gefunden habe. Mein erster Gedanke: Jetzt kann ich ihr wieder zum Geburtstag gratulieren! Aber woher Blumen nehmen? An Tulpen war überhaupt nicht zu denken, schon gar nicht an lilafarbene. Trotzdem marschierter wir los, mit einem Glas Rhabarbermarmelade als Geburtstagsgabe. Es war ein milder Märztag, auf dem Deister lag kein Schnee mehr und dann geschah es, kurz vor Apelern: Auf dem besonnten Hang einer kleinen Anhöhe leuchtete es veilchenblau, und es waren auch Veilchen, und mir fiel die Stelle aus Agnes Miegels Gedicht „Heimweh" ein: „Und blaue Veilchen blühten auf allen Hügeln bis zur See ..." Hier gab es keinen See und nur einen kleinen Hügel, aber Veilchen in solcher Fülle, wie ich sie wild wachsend noch nie gesehen hatte. Wir pflückten ganze Hände voll, banden sie zu Sträußen und tanzten vor Freude auf unserem letzten Wegabschnitt nach Apelern, wo wir die Dichterin fröstelnd in ihrem noch winterliche Kälte ausströmenden Zimmer über dem Schlossgraben fanden. Ihr Lächeln über diesen Veilchenregen, der so jäh den Frühling in den kalten Raum brachte, blieb ebenso in Erinnerung wie Elises freudiger Griff nach der Rhabarbermarmelade. Alles noch aus der Erinnerung abrufbar und als kleines Gedenken an die Dichterin gedacht, deren 50. Todestag sich am 26. September jähren wird. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Walterkewitz, Erna, geb. **Klinger**, aus Tauern, Kreis Ebenrode, am 12. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bremm, Elfriede, geb. **Daginnus**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 13. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März
Lamottke, Ella, geb. **Adam** aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 14. März
Murach, Ida, geb. **Olomski**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 11. März
Saborowski, Frieda, geb. **Bobel**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Blaukat, Ursula, geb. **Zantop**, aus Radnicken, Kreis Samland, am 14. März
Bury, Erna, geb. **Niklaus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. März
Jelonnek, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 9. März
Schmidtke, Hildegard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Berghoff, Elisabeth, geb. **Kuschinski**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. März
Enskat, Herbert, aus Ebenrode, am 12. März
Jarsetz, Dora, geb. **Kerstrupp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. März
Sagromski, Lydia, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 14. März
Westphal, Walter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. März
Willumeit, Erna, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. März
Ziemer, Margarete, geb. **Pawellek**, aus Geißlingen, Kreis Ortelsburg, am 13. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hoppe, Erich, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. März
Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März
Maring, Willi, fr. **Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Mews, Käthe, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Lyck
Reiber, Lisbeth, geb. **Lindenau**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 14. März
Schönfeld, Lieselotte, geb. **Pietzka**, verw. **Marowski**, aus dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Gr. Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März
Selleneit, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. März
Wach, Hildegard, geb. **Sczuplinski**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. März
Werner, Helene, geb. **Laube**, aus Rohren, Kreis Elchniederung, am 10. März
Wlost, Otto, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andrick, Paul, aus Neidenburg, am 14. März
Bogs, Erika, geb. **Pfeiffer**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 14. März
Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Elmer, Margarete, geb. **Koenen**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 13. März
Emmrich, Erika, geb. **Wittkowski**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Gaudi, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März
Jonigkeit, Walter, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 10. März
Preuschoff, Gertrud, geb. **Kather**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 8. März
Ragoss, Susanne, geb. **Goetzke**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 14. März
Rikeit, Helene, geb. **Motzkus**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 12. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Thiemicke, Martha, geb. **Kruppa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 10. März
Wendt, Elfriede, geb. **Bublitz**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Zientarra, Gerda, geb. **Grodde**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alex, Siegfried, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 8. März
Barbulla, Gertrud, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 11. März
Dieperink, Hildegard, geb. **Konietzky**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. März
Kapteina, Heinz-Rich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Köhler, Anita, geb. **Bogdahn**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 13. März
Kunze, Hildegard, geb. **Rasokat**, aus Großschollen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März
Schneller, Hans-Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 12. März
Wolter, Siegfried, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 13. März
Thetmeyer, Karl, aus Bartztal, Kreis Ebenrode, am 14. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beyer, Waltraut, geb. **Lau**, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, am 11. März
Buddrus, Dieter, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Engber, Charlotte, geb. **Mannke**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 14. März
Franckenstein, Ludwig, aus Niederhof, Kreis Neidenburg, am 10. März
Fuhrmann, Maria, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. März
Giering, Hildegard, geb. **Naujoks**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 9. März
Glang, Rudi, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, am 12. März
Gruhl, Inge, geb. **Sprengel**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 11. März
Grzybowski, Helga, geb. **Kulschewski**, aus Anglitten, Kreis Lyck, am 13. März
Jenkins, Anneliese, geb. **Burkandt**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 9. März
Jorzik, Walter, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 8. März
Kischnick, Horst, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 12. März
Kloß, Winfried, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. März
Kullmann, Ingrid, geb. **Noetzel**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 13. März
Linka, Walter, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Lorenz, Kurt, aus Ortelsburg, am 13. März
Markgraf, Elma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 10. März
Mehr, Ursula, geb. **Kneis**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 8. März
Milewski, Anni, geb. **Schalmann**, aus Peyse, Kreis Samland, am 11. März
Moranz, Alfons, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Niepelt, Ruth, geb. **Wippich**, aus Lyck, Fligges Garten, am 9. März
Passig, Ruth, geb. **Stepputtis**, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 14. März
Paulun, Robert, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 13. März
Piachnow, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Backeln, Kreis Samland, am 14. März
Saß, Eva, geb. **Krebsties**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 13. März
Sindermann, Elenore, geb. **Prapolinat**, aus Rauschmunde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Pyko, Heinz, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 13. März
Raabe, Dietrich, aus Lyck, Morgenstraße, am 9. März
Roeder, Margarete, aus Milucken, Kreis Lyck, am 9. März
Sandner, Elfriede, geb. **Zellmann**, aus Neidenburg, am 10. März
Schuirmann, Charlotte, geb. **Adam**, aus Marienburg, am 14. März
Skibowski, Elisabeth, geb. **Dittrich**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 8. März
Steinke, Anneliese, geb. **Kirschnick**, aus Sorthenen, Kreis Samland, am 14. März
Szepanek, Kurt, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 14. März
Wegner, Hildegard, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 13. März
Will, Helga, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Altrock, Günther, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 10. März
Augustin, Horst, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 8. März
Baumgart, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. März
Ceranski, Wolfgang, aus Lyck, am 10. März
Grzesny, Günther, aus Anhaltsberg, Kreis Ortelsburg, am 8. März
Hammerschmidt, Christel, geb. **Hammer**, aus Bersbruden, Kreis Ebenrode, am 13. März
Hoffmann, Herbert, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 13. März
Hoppe, Bruno, aus Wehlau, am 12. März
Jastremski, Arnold, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 11. März
Koschmann, Helmut, aus Seerappen, Kreis Samland, am 11. März
Kowalzik, Gertraud, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 11. März
Kudlick, Wolfgang, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. März
Langner, Horst, aus Rodau, Perkuiken, Kreis Wehlau, am 14. März
Lasarzik, Heinz, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 10. März
Maschke, Anni, geb. **Schiemann**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 14. März
Matthies, Gertraud, geb. **Kristofiak**, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Passlack, Wolfgang, aus Königsberg/Preußen, am 13. März
Paulson, Adolf, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 8. März
Piepke, Inge, geb. **Staats**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 8. März
Pomian, Manfred, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 11. März
Preuß, Edeltraut, geb. **Lau**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 11. März
Radtke, Gerhard, aus Kleinruden, Kreis Schloßberg, am 12. März

Rimkus, Kurt, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 12. März
Voigtländer, Ingrid, geb. **Schidlowsky**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. März
Winkler, Erika, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 11. März
Wittschorek, Hubertus, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 10. März
Zuehlke, Christel, geb. **Weituschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 13. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Billich, Erika, geb. **Laubrinius**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 8. März
Fischer, Traute, geb. **Lischewski**, aus Jürkendorf/Haselau, Kreis Heiligenbeil und Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Froese, Gerhard, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 9. März
Gadomski, Lothar, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Kairies, Ulrich, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 9. März
Lorre, Helga, geb. **Traven**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 8. März
Manneck, Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. März
Markowski, Adalbert, aus Allenstein, Sensburger Straße 11, am 1. März

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. März, 16.30 Uhr, HR: Papst Franziskus. Doku, D 2014.
SONNABEND, 8. März, 20.05 Uhr, N-TV: Heinrich VIII. Der Tyrannen-König.
SONNABEND, 8. März, 22.30 Uhr, Phoenix: Churchills größtes Spiel. Doku.
SONNTAG, 9. März, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 9. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 90 Jahren: Der Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour geboren.
SONNTAG, 9. März, 20.15 Uhr, SWR: Das Erbe der Zaren in Württemberg. Über die russische Romanow-Dynastie und ihre familiären Verflechtungen mit dem einstigen württembergischen Herrscherhaus. Doku.
SONNTAG, 9. März, 22.15 Uhr, Arte: Kismet – Emanzipation auf Türkisch. Doku über die türkischen Seifenopfern, die das alte Frauenbild verändern.
MONTAG, 10. März, 20.15 Uhr, 3sat: Die Schweizer (1+2/4). Doku über die Entstehung der Schweiz.
MONTAG, 10. März, 20.15 Uhr, WDR: Der Pflegecheck. Was kommt auf Angehörige zu, wenn jemand plötzlich zum Pflegefall wird. Reportage.
MONTAG, 10. März, 20.15 Uhr, BR: Krankenhauskeime: Haben wir kapituliert? Reportage.
DIENSTAG, 11. März, 13.15 Uhr, 3sat: **Zwischen Königsberg und Rominter Heide.** – 14 Uhr: **Taxi nach Königsberg. Fahrt in die verlorene Heimat.** – 14.30 Uhr: **Der Himmel über Pommern.**
DIENSTAG, 11. März, 15.25 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. Jalta-Konferenz 1945..
DIENSTAG, 11. März, 20.15 Uhr, ZDF: Wie gut ist sanfte Medizin? Doku.
DIENSTAG, 11. März, 22.25 Uhr, 3sat: Die Schweiz – ein Land für die Reichen. Doku, Schweiz 2013.
DIENSTAG, 11. März, 22.45 Uhr, RBB: Luise – Königin der Herzen.
MITTWOCH, 12. März, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Buchstadt Leipzig. Messestadt ja, aber sonst?
MITTWOCH, 12. März, 20.15 Uhr, 3sat: Die Schweizer (3+4/4). Doku.
MITTWOCH, 12. März, 20.45 Uhr, MDR: Flucht in die Sicherheit? Flüchtlings-Situation in Mitteldeutschland.
DONNERSTAG, 13. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 150 Jahren: Der russische Maler Alexej von Jawlensky geboren.
DONNERSTAG, 13. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Sowjetarmee geheim. Doku.
DONNERSTAG, 13. März, Arte: Die Fremde. Drama um eine Deutschtürkin, die ihre Familie bis aufs Blut reizt. D 2010.
FREITAG, 14. März, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Vor 40 Jahren: Die Bunderepublik und die DDR vereinbaren die Einrichtung Ständiger Vertretungen.
FREITAG, 14. März, 10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Lebenszeit. Weniger besitzen. Was wir zum Leben wirklich brauchen.
FREITAG, 14. März, 3sat: Der Schweine-Baron. Doku über Adriaan Straathoff, der als größter Schweinefleischproduzent Europas gilt.
FREITAG, 14. März, 21.15 Uhr, NDR: Wut im Bauch. Jugend auf der schiefen Bahn.
FREITAG, 14. März, 22 Uhr, Arte: Die Saatgut-Retter. Wie Umwelt und Verbraucher leiden, wenn Konzerne bestimmten, was angepflanzt wird. Reportage.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Meiser, Ursula, geb. **Aßmann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 14. März

Peper, Karl-Heinz, aus Rossitten, Kreis Samland, am 8. März

Podleck, Marion, geb. **Lucas**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 10. März

Rude, Edelgard, geb. **Müller**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 11. März

Rutz, Margot, geb. **Wachsmuth**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. März

Voß, Helmut, aus Grünwalde, Kreis Heiligenbeil, am 11. März

Warnke, Helmuth, aus Ortelsburg, am 13. März

Westphal, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau und Neuhäuser, Kreis Samland, am 8. März



Wernke, Alfred, aus Stallupönen, Kreis Ebenrode, und Frau Otti, geborene Reode, aus Satershausen/Göttingen, am 8. März

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen

Baden-Württemberg



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 26. März, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Erster Vortrag aus der Reihe der Wintervorträge 2014. Referent Dipl.-Geogr. Rolf Siemon, Hann. Münden, spricht über „Georg Forster (1754–1794), Naturforscher, Weltreisender, Schriftsteller und Revolutionär aus dem Danziger Werder“. (Powerpoint-Präsentation.

Buchen – Busfahrt zum Deutschlandtreffen – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in seinem sehr guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter der Telefonnummer (06281) 8137 anrufen.

Sonnabend, 8. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Reichsadler: Rosemarie Schuran berichtet über ein heute noch interessantes Thema: „Aus der Arbeit des kirchlichen Suchdienstes nach 1945“. Frau Schuran kommt aus Stuttgart.

Mittwoch, 19. März: Ein Nachmittag bei der Firma Adler in Haibach mit der Sängerin Cindy (bekannt von Cindy und Bert) und mit Modenschau bei Kaffee und Kuchen. Informationen unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Stuttgart – Dienstag, 11. März, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Gr. Saal, Schloßstraße 92: Gemeinsame Veranstaltung der Frauengruppe und der Kreisgruppe. Thema: „Frühlingszeit und Osterzeit“. Mit Gesang, Gedichten und Geschichten begrüßen die Teilnehmer den Frühling. Mit Filmvorführung. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 15. März, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 12. März, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. „Und die Meere rauschen den Choral der Zeit, Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit“ (Dritte Strophe des Ostpreußenliedes. Ein Nachmittag, der der geliebten, unvergessenen Heimat gewidmet ist. „Vom ostpreußischen Volkstum“ (1. Teil) und dem deftigen Humor dieser Menschen. Diesmal geht es um „Lorbaß und Marjellchen“ (2. Teil).

Bayern



Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 21. März, 19 Uhr, Gasthof Hotel Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen „Pommersche Kartoffelsupp“. Anschließend Vortrag von Edith Richter über „Ernst Moritz Arndt – Leben und Werk“.

Ansbach – Sonnabend, 15. März, 15 Uhr, Orangerie: „Meine Heimatstadt Danzig“. Rafael Glabikowski (25) erzählt von der Stadt und der Deutschen Gruppe.

Bamberg – Mittwoch, 19. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit Jahreshauptversammlung.

Hof – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatsversammlung. – Das Programm der Ostpreußenreise ist ausgearbeitet. „Masuren – Kreis Deutsch-Eylau – Danzig“ vom 10. bis 17. Juni (in der Woche nach Pfingsten). Gäste sind herzlich willkommen. Reiseleiter: Christian Joachim, Schleizer Straße 4, 95111 Rehau, Telefon (09283) 9416.

Ingolstadt – Sonntag, 16. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchener Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 18. März, 14 Uhr, Insel: Frühlingsfest mit Rückblick. Video Wolfgang.

München – Freitag, 14. März, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 15. März, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5: „Der Heimat Mutterlaut“, CD mit Willy Rosenau. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Berlin



Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



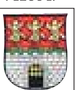
Mohrungen – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Sportkasino Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursula Dronsek, Telefon 2164338.



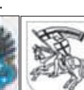
Rastenburg – Sonntag, 9. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Frauengruppe – Mittwoch, 12. März, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Vortrag über Patientenverfügung. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



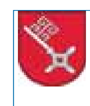
Pillkallen/Schloßberg – Donnerstag, 20. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.





Königsberg/Samland/Labiau – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Bremen



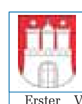
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Die Gruppe hat eine gemeinsame Drei-Tagesfahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 16. bis 18. Mai mit „JWD-Busreisen“ vorbereitet und 36 Betten in innerstädtischen Hotelzimmern reservieren lassen. Da eventuell nicht benötigte Zimmer nur bis zum 4. April abbestellt werden können, ist der 4. April auch der Anmeldeschluss für die Busfahrt. Anmeldungen werden daher baldmöglichst direkt bei JWD-Busreisen erbeten (Frau Venderbosch, Telefon 4854633). Es sind noch folgende Zimmerkategorien im zentral gelegenen Novostar Hotel Kassel Zwei-Sterne-Garni: DZ (Standard): 169 Euro (5x Nichtraucher und 1x Raucher), DZ (Komfort): 176 Euro (4x Nichtraucher und 2x Raucher). Die Busfahrt hin und zurück ab Bremen ist im Preis eingeschlossen sowie die Transfers in Kassel, ebenso der Eintritt zum Deutschlandtreffen. Die Mitfahrt ohne Hotelübernachtung kostet 59 Euro einschließlich Eintritt.

Bremerhaven (Elbing) – Gemeinsame Busfahrt mit der Gruppe Bremen-Nord vom 17. bis 19. Mai. 6.30 Uhr Abholung Bremerhaven Hauptbahnhof, kostenloser Transfer nach Bremen, dort Zustieg der Bremer Gruppe, Fahrt Richtung Kassel. Leistungen: Fahrt mit modernem Reisebus, zwei Übernachtungen mit Frühstück im Vier-Sterne-Hotel Ramadan Kassel, City Center, DZ mit Bad oder Dusche/WC, Stadtrundfahrt Kassel am 19. Mai (zirka zwei Stunden), Transfer zum Messegelände, Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Preis: 219 Euro im Doppelzimmer 40 Euro Einzelzimmer-Zuschlag. Anmeldung bei Walter Schröder, Bremen-Nord, Telefon (0421) 483424, oder Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Freitag, 28. März, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Kulturnachmittag mit Filmvorführung.

Hamburg



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke): Delegiertenversammlung.

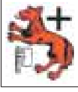
BEZIRKSGRUPPE

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 31. März, 15 Uhr Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle“, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Landsmann Siegfried Grawitter hält einen Vortrag über die Landwirtschaft im alten Ostpreußen mit dem Titel „Im Märzen der Bauer“. Im Anschluss sprechen wir über Ostern in der Heimat.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 29, März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs- Center Quarree, Pkw-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann 5 Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Montag, 22. März bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh“ wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e. V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt fünf Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 21. März erbeten.

Fahrt zum Deutschlandtreffen – Die Kreisgruppe Heiligenbeil fährt zum Deutschlandtreffen der LO am 17. und 18. Mai in Kassel. Anmeldung und Auskunft unter Telefon (040) 53254950 ab 18 Uhr. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, zwei Übernachtungen, zweimal Frühstücksbuffet, zweimal Abendessen (Drei-Gang-Menü), geführte Stadtrundfahrt, Transfer zu den Messehallen an beiden Tagen. Preis pro Person im Doppelzimmer 196 Euro, Einzelzimmerzuschlag 30 Euro. Empfohlen wird eine Reiserücktrittsversicherung. Reisebeginn ist der 16. Mai. Abfahrtsorte: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, ZOB Hamburg ab 8.30 Uhr.



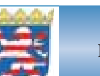
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 15. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 574: Das Frühlingsfest der Gruppen beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Danach soll mit fröhlichen Liedern der Frühling begrüßt werden. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Hessen



Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel spricht Karl Lask über ein Thema aus seinem Leben.

Wetzlar – Montag, 10. März, 18.30 Uhr, Wetzlarer Grillstuben: Die Gruppe trifft sich zum Grützwurstessen mit Beiträgen von Friederike Preuß und Karla Weyland über heimatliche Spezialitäten und Bräuche beim Essen und Trinken.

Wiesbaden – Dienstag, 11. März, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Mit Liedern durch das ganze Jahr.

Sonnabend, 15. März, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. „Westpreußen: Land an der Weichsel“. Lichtbildervortrag von Dieter Schetat. Zuvor Beisammensein bei Kaffee und Kuchen.

Donnerstag, 20. März, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Karte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 13. März bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

Bericht: Zum „Närrischen Nachmittag mit Kreppelkaffee“ konnte die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa eine gut aufgelegte Narrenschar begrüßen, die das Musikduo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal mit Schlagern aus den 1920er Jahren so richtig in Stimmung brachte. Alle Büttenredner kamen aus den eigenen Reihen. Lieselotte Paul las aus Fritzchens Schulaufsätzen über dessen Vorstellung vom Paradies und von einem „Ausfluch inne Friehluft von Methgethen“. Die Lacher auf ihrer Seite hatte Margitta Krafzcyk, als sie über alternde Männer philosophierte und ihnen den Rat gab: „Genießt noch eure Tage froh, bescheiden wird man sowieso.“

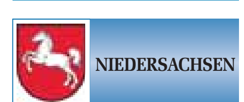
In einem weiteren Vortrag machte Krafzcyk sich so ihre närrischen Gedanken ums Kochen für Gäste mit allerlei Eigenarten. Zwischendurch sorgten flotte Stimmungslieder zum Mitsingen und Schunkeln für Heiterkeit und Frohsinn. Gern ließ sich das Publikum auch zum gemeinsamen „Rundgesang“ mitreißen, der rege Handbewegungen der Narren erforderte, weil dessen kreisförmiger Text nur durch wiederholtes Drehen des Blattes lesbar wurde.

Von einer „masurischen Diät“ erzählte Christa Gintaut. Dabei blieb die Frage offen: Diät, vor oder nach den Mahlzeiten? Der Fastnachtsroutinier Hans-Georg Budau widmete sich ausgiebig dem Thema Sport und meinte: „Dem einz'gen Sport, wo ich betreibe: wenn mir wo juckt, denn kratz ich mir.“

Zu den Höhenpunkten des Nachmittags zählte auch der Auftritt von Helga Kukwa und Lieselotte Paul in ihrem mytho-un-logischen Zwiegespräch Schiller/Schaller, das mit viel Applaus bedacht wurde, wie auch der Beitrag vom „Knospenball im Grienen Hecht“, wo man sich die Sohlen „durchscherbelte“. Mit ihren Versen vom Bärenfang lud schließlich Lieselotte Paul die gesamte Narrenschar am Ende des zweistündigen Programms zum Verkosten des masurischen Nationalgetränks ein.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonntag, 23. März: Theaterfahrt zur Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird „Die Möwe, ein Drama von Anton Tschechow“, das auf dem Lande im zaristischen Russland spielt. 13 Uhr Busabfahrt Stade, 13.30 Uhr Horneburg, 13.40 Uhr Buxtehude, Stader Straße, 14 Uhr Neu-Wulmstorf, B 73. Einsteigepunkte zwischen Stade und Buxtehude mit genauer Uhrzeit werden bei der Anmeldung angesagt. Die Kosten für Busfahrt, Kaffeegedeck und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Anmeldung bitte bis zum 15. März.

Göttingen – Sonnabend, 8. März, 14.30 Uhr, Gasthaus Zur Linde, Geismar: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss findet das traditionelle Grützwurstessen statt. – Die Kreisgruppe bietet zwei Fahrten am 17. und 18. Mai zum großen Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel an. Anmeldungen bitte bis zum 8. März an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Hannover – Freitag, 14. März, 14.30 Uhr, Juttas Kaffeestübchen (Ihmeblick): Jahreshauptversammlung.

Helmstedt – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Monatstreffen der Gruppe.

Hildesheim – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Treffen der Heimatfreunde. Rüdiger Epp berichtet über Nissen-Hütten, die nach der Vertreibung als Notunterkünfte dienten.

Holzminden – Freitag, 14. März, 15.30 Uhr, Felsenkeller: Vortrag von Pastor i.R. Günther Grigoleit über die Farbe Rot.

Oldenburg – Mittwoch, 12. März, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Beim nächsten Treffen berichtet Günter Uschtrin über dir Frage: „Wo liegt Coadjuthen? Im Memelland“! Er führt die Teilnehmer durch das memelländische Grenzdorf um einen Marktflecken mit seiner über 500-jährigen Geschichte, das einmal seine Heimat war. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Bericht: Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen beschäftigte sich an ihrem Nachmittag im Februar mit Elbing-Ellerwald. Der gebürtige Ellerwalder Werner Siemund, heute Delmenhorst, zeigte in einem Bildervortrag die besondere Struktur der Dörfer Ellerwald I-V, ein ehemaliges Weidegelände westlich von Elbing, das zu Siedlungszwecken in lange Triften eingeteilt wurde, wobei jede Trift ein eigenes Dorf wurde.

Anschaulich zeigte Siemund die dörflichen Strukturen von früher zu deutscher Zeit auf, während heute eine Autoschnellstraße in Verlängerung einer neuen Nogatbrücke den Strom der Zeit durch das Dorf rauschen lässt. Beide Zeiten belegte er mit vielen Fotos. Die gut besuchte Veranstaltung schloss mit dem Ostpreußen- und Westpreußenlied und mehreren Volksliedern.

Osnabrück – Die Kreisgruppe plant eine Fahrt zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Dienstag, 20. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel, ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart“ – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schifffahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen. – Dienstag, 11. März, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 21. März, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 22. März, 11 Uhr, Parkhotel (Altes Gasthaus Kampmeyer): Jahreshauptversammlung mit Grützwurst-Essen. Anmeldung bis 10. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646, erbeten.

Rinteln – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Dr. Hans-Walter-Butschke, Lemgo, spricht über „Wolf, Luchs und Wildkatze – Raubwild in Ostpreußen“. – Informationen zu den weiteren geplanten Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 15. März, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute aus Ostpreußen, Danzig und Westpreußen, aber auch Pommern, Schlesier und Sudetendeutsche mit Angehörigen sowie alle Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Ehrengast ist Pfarrer Philip Kiril Prinz von Preußen, ältester Urenkel des letzten deutschen Kaisers. Eine weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet nimmt der russische „Kant-Chor Gumbinnen“ auf sich, um in Anklam dabei zu sein, während das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam ein buntes Volkstanzprogramm vorbereitet hat. Beide Ensembles verbindet ein Jubiläum – sie sind gerade einmal 40 Jahre jung. Das Heimattreffen wird vom Posaunenchor Friedrich-Bansin festlich umrahmt. Wie immer ist dabei für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 600 bis 700 Besucher. Für die Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 16 bis 18. Mai sind noch Anmeldungen möglich.

Busreisen 2014 – Von Mecklenburg-Vorpommern werden dieses Jahr folgende Fahrten in den Osten unternommen: Danzig, 1. bis 4. Mai; Königsberg, 28. Mai bis 3. Juni; Stolp, 7. bis 10. Juni; Osterode, 16. Bis 22. Juni; Karlsbad 27. Juni bis 1. Juli; Lötzen 7. bis 13. Juli; Breslau – Krakau 24. bis 30. Juli; Königsberg 6. bis 12. August; Stettin 29. bis 31. August und Memel – Reval (Tallinn) – Riga 9. bis 20. September. Diese letzte Reise geht ab Kiel mit der Fähre nach Memel und zurück. Die Busse werden ab Rostock, Stralsund und Anklam beziehungsweise Neubrandenburg eingesetzt. Nähere Informationen und Programm sind erhältlich bei Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe findet am 15. März wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns ganz besonders, dass wir Hans Heckel von der *PAZ* und Herrn Eifler, beide vielen bekannt, für Vorträge gewinnen konnten. Frau Dr. Beutner erinnert an Agnes Miegel zu deren 50. Todestag.

Bielefeld – Donnerstag, 13. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Sonnabend, 15 März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Die Gruppe führt ihre Jahreshauptversammlung durch. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten, da unter anderem Nachwahlen anstehen. Außerdem gibt es einen Rückblick auf 2013, beziehungsweise einen Ausblick auf ein hoffentlich erfolgreiches Jahr 2014. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch.

Detmold – Mittwoch, 19. März, 15 Uhr, Stadthalle, Kleiner Festsaal: Frühjahrsveranstaltung der Kreisgruppe. Im Mittelpunkt stehen die Jahreshauptversammlung mit Tätigkeitsbericht und der Vortrag „Heimatliches Brauchtum zum Osterfest“ von Ekkehard Schlicht, Bad Salzuflen. Alle Ostpreußen und Freunde sind herzlich eingeladen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Donnerstag, 13. März, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Donnerstag, 20. März, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Konferenzraum: Frühling in Schlesien mit dem Männerchor MGV Duisburg-Buchholz 1858.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. –– Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. März, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe. – Sonntag, 23. März, 15 Uhr, Brauhaus, Unter den Ulmen: Jahreshauptversammlung. Anträge und Wahlvorschläge bitte bis zum 17. März einreichen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872.

Köln – Am Dienstag, den 18. März trifft sich die Ostpreußenrunde um 14.30 Uhr im Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43, zur monatlichen Versammlung. Es wird noch darauf hingewiesen, dass eine vor Kurzem von G. Donder veröffentlichte Erzählung „Gustav oder wie ein Mann seine Scholle in Masuren fand“ noch zu haben ist. In der Niederschrift erfährt man, was sich im Kreis Lyck, oder auch in Masuren, in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zugetragen hatte. Ein besonderes Augenmerk wirft der Autor auf den 35-jährigen Gustav, der auf der Suche nach einer neuen Existenz, auf einen mitten in den Feldern gelegenen Hof stößt. Unerwartet schnell tritt in sein Leben eine Wende ein. Außerdem erfährt der Leser viel, nicht nur über den Alltag, sondern auch über Schicksale, die sich zu dieser Zeit abspielten. Kriminelles nicht ausgeschlossen. Näheres unter: Tel. (0221) 712 35 72.

Lüdenscheid – Sonnabend, 22. März, 15 Uhr, Haus der Landsmannschaften, Sauerfelderstraße 27: Jahreshauptversammlung mit Wahlen und Grützwurstessen. Anmeldungen bis zum 15. März bei Jutta Scholz, Telefon (02351) 14548, und Rosemarie Biallas, Telefon (02351) 40720. – Die Lüdenscheider Gruppe fährt mit Gästen aus Iserlohn und Unna vom 17. Bis 19. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 11. März, 15 Uhr, Handelshof: Jahreshauptversammlung mit Geschäfts- und Kassenbericht des Jahres 2013 und einem Referat des Vorsitzenden. Den Abschluss bildet traditionell das Königsberger-Klops-Essen.

Wesel – Sonnabend, 8. März, 10 Uhr, Niederrheinhalle, Parkettsaal: Vorbereitung auf die 60-Jahrfeier der Gruppe, die in einem Festakt begangen wird. Auskunft erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 17. März, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Romantisches Masuren, Land der tausend Seen.

Wuppertal – Sonnabend, 8. März, 14 Uhr, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Ostpreußenrunde. Dr. Rothe berichtet Aktuelles über Nord-Ostpreußen. – Vom 16. bis 19. Mai fährt die Gruppe gemeinsam mit den Landsleuten aus Hemer nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Die Fahrt erfolgt in einem modernen Reisebus Für den An- und Abreisetag werden Besichtigungen wie die Wewelsburg bei Büren oder ein Abstecher zum Edersee angeboten. Die Teilnehmer freuen sich schon auf die einzigartige Stimmung, die immer bei den Treffen herrscht und natürlich auf die Großkundgebung, die vielen Kulturveranstaltungen und die interessanten Informationsstände. Es sind noch einige Plätze frei. Informationen und Anmeldung unter Telefon (0202) 4698257 oder (0202) 500077. – Am 4. Mai startet eine Tagesfahrt nach Werl zum Ermländertreffen, dazu auch Informationen unter den genannten Telefonnummern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

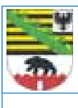
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag. Es wird der Film „Sommer in Ostpreußen 1942“ gezeigt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

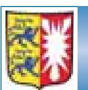
Chemnitz – Der Landesvorstand möchte alle interessierte Bürger ab 9.30 Uhr zum beginnenden Gottesdienst um 10 Uhr eingeladen. Dieser Gottesdienst wird Pfarrer in Rente Klaus Florin halten und er wird an der Orgel von Werner Peter Seiferth und dem Gemeinde Posaunenchor unterstützt. Im Anschluss wird Alexander Dierks ein Referat über Ostpreußen „gestern-heute-morgen“ aus weltlicher Sicht halten. Danach wird Pfarrer i.R. Klaus Plorin ein Referat aus der kirchlichen Sicht über Ostpreußen „gestern-heute-morgen“ halten. Am Nachmittag wird Werner P. Seiferth uns in seinem Referat „Auf die Spuren von Richard Wagner in Ostpreußen“ führen. Ein kleines Kulturprogramm wird dann der Kindergarten der St. Matthäus Gemeinde auf führen. Und zum Schluss wird uns Hubertus Unfried zur Entstehung unser Stiftung „Erinnerung und Begegnung“ einige Ausführungen machen. Das Schlusswort wird der Landesvorsitzende Alexander Schulz gegen 17 Uhr halten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Sonntag, 9. März, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Wir begrüßen den Frühling. „Einst in der Heimat – jetzt hier“. – Dienstag, 11. März, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 28. März, 15 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg auf Fehmarn –Dienstag, 11. März, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Landsmannschaft feiert Karneval. Lustige Geschichten, Lieder, die Brigitte Asbahr musikalisch auf ihrem Akkordeon begleiten wird, sollen an diesem Nachmittag die Mitglieder und Gäste unterhalten.

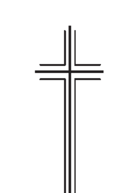
Flensburg – Freitag, 21. März, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kiel-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Der Herr ist mein Licht und mein Heil:
vor wem soll't ich mich fürchten?
Der Herr ist meines Lebens Schutzwehr:
vor wem sollte mir bangen?
Psalm 27: 1,2

Im Vertrauen auf Gott ist unser Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa und Bruder



Erich Paul Wissemborski

*3. Januar 1927 † 19. Februar 2014

heimgegangen in Gottes Reich.

In Dankbarkeit nehmen Abschied:
Hartmut Wissemborski und Brigitte
Rüdiger und Mena Wissemborski
Klaus Wissemborski
Katja, Alex und Leonard Dechent
Gertrud Glombowski
und alle Angehörigen

Bodenheim, Thüringer Straße 29

Die Beerdigung fand am Freitag, 28. Februar 2014, um 14.00 Uhr von der Trauerhalle in Bodenheim aus statt; anschließend war der Gedenkgottesdienst in der evangelischen Kirche.



Meine Zeit steht in deinen Händen.
(Psalm 31,16)

Lothar Walden

aus Schareiken, Kreis Treuburg
*10.12.1920 † 24.2.2014

In stiller Trauer nehmen wir Abschied
Heinrich Walden
Gudrun Sudmeyer
Katja Wrede
Inge Bärthel geb. Walden
und Hilmar Bärthel
Wolfgang Bärthel
Familie Ewert

Traueranschrift:
Heinrich Walden, Hauptstraße 42, 29342 Wienhausen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

seng: Kaffeerunde. Vortrag mit Bildern zum Thema „Flensburg-Mürwik aus alter Zeit“. Referentin Frau Mikolejewicz. Anmeldung bei H. und W. Brandes, Telefon (0461) 74816.

Neumünster – Mittwoch, 12. März, ab 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Die Gruppe trifft sich zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes. Anschließend folgt der gemütliche Teil.

Pinneberg – Sonntag, 9. März, 16 Uhr, Restaurant Mondea, Mühlenstraße 70 d: Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesen und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 16. März 2013. 5. Bericht der 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten im vergangenen Jahr. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstands. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2014. 9. Neuwahlen des Vorstands, zuvor Wahl eines Wahlleiters. Zur Wahl stehen: 2. Vorsitzender für zwei Jahre, ein Kassenprüfer für zwei Jahre, zwei Beisitzer für ein Jahr. 10. Ehrungen. 11. Anträge, bitte bis drei Tage vorher in schriftlicher Form. 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2014. Ende des offiziellen Teils. Kleine Pause und Vorlesen einer wahren Geschichte. Um zirka 18 Uhr: Gemeinsames Essen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten, da sonst eine neue Versammlung einberufen werden muss.

Schönwalde am Bungsberg – Donnertag, 20. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. März, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Lichtbildvortrag von Herrn Hamm zum Thema „Ostpreußen“.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Kreisvertreter begeht runden Geburtstag

Für seine Heimat Ostpreußen, insbesondere für den Kreis Angerburg, hat sich der Jubilar Kurt-Werner Sadowski schon seit mehr als fünfzig Jahren ehrenamtlich eingesetzt, und er tut es nach wie vor mit einem unglaublichen Engagement.

Geboren wurde Sadowski am 4. März 1934 in Insterburg. Bis zur Flucht am 23. Oktober 1944 lebte er in seinem Elternhaus in Benkheim, Kreis Angerburg. Auf der Flucht führte ihn, zusammen mit seiner Mutter, der Weg zunächst nach Heilsberg. Von dort aus ging im Winter 1945 die Flucht weiter über das Haff nach Westdeutschland, nach Barme, jetzt Dörverden. Nun wurde Niedersachsen Ausgangspunkt für den weiteren Lebensweg von Sadowski. Nach Gymnasium und Fachschule erlernte er den Beruf des Industriekaufmanns. Von 1961 bis Juni 1964 war er Bürgermeister und Gemeindedirektor in Barme/Dörverden. Am 1. Juli 1964 erfolgte der Wechsel in den Bremischen Verwaltungsdienst. Jetzt wurde die Freie und Hansestadt Bremen ein weiterer Ort auf dem Lebensweg des Jubilars. Doch nicht nur beruflich ergab sich eine Veränderung in seinem Leben, eine Frau Namens Ruth kreuzte seinen Weg. Und diese besagte Frau steht ihm seit mehr als vierzig Jahren bei all seinen Aufgaben zur Seite.

Neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter für Personal und Haushalt in einer Behörde im Geschäftsbereich des Senators für Bauwesen hat Sadowski seine ehemalige Wirkungsstätte in Barme/Dörverden nicht vergessen. Nachdem er Gründungsmitglied des Vereins S.C. „Weser“ Barme e.V. 1964 war, erfolgte prompt die Wahl zum 1. Vorsitzenden. Ein Ehrenamt, das er bis 1987 ausübte und dann zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Doch nicht nur ein Amt ausüben, sondern in diesem Falle selbst sportlich zu sein, das tut Sadowski bis heute. Sooft es die Zeit erlaubt, geht er in Barme/Dörverden zum Tischtennis, ein Anliegen und Ausgleich. Dieser Ausgleich ist nur zu verständlich, wenn man weiß, wie sehr sich Sadowski für seine Heimat einsetzt. Seit dem 15. Juni 1958 gehört er zu der jüngeren Generation der Angerburger, die sich zur Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft bereit erklärten. Seit 1963 gehört er dem Kreistag (Delegiertenversammlung) an. Von dem Zeitpunkt an ging es kontinuierlich weiter. Am 20. Juni 1981 erfolgte die Wahl in den Kreisausschuss. Stellvertretender Kreisvertreter wurde er am 11. September 1993. Und schließlich erfolgte am 15. September 2001 die Wahl zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Angerburg. Seit 1982 ist er zudem auch Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Bremen. Dem Vorstand gehörte er seit 1998, zunächst als Beisitzer, an und seit 1999 war er auch für die Kassengeschäfte zuständig. Für seine Arbeit für Ostpreußen wurde er am 29. November 2003 mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Eine Zeit später folgte das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft.

LO zeichnete ihn mit goldenem Ehrenzeichen aus

Als Sadowski zum Kreisvertreter gewählt wurde, da konnte er nicht ahnen, welche Veränderungen der Kreisgemeinschaft Angerburg bevorstanden. In seiner ruhigen, umsichtigen Art hat er die Kreisgemeinschaft durch schwierige Zeiten gebracht. Stets war und ist er bemüht einen guten Kontakt zu unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zu halten. Ebenso ist es ihm ein ganz wichtiges Anliegen die Verbindung zum Heimatkreis zu pflegen, dazu gehören die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft Mauersee und der Kontakt zu den dortigen Behörden und Schulen. Auch Erhalt und Pflege ehemaliger deutscher Friedhöfe, um einen Ort des Erinnerns und Gedenkens zu wahren, hat große Priorität bei Sadowski. Für sein ehrenamtliches Engagement wurde er im September 2013 vom Landkreis Rotenburg (Wümme) mit dem Ehrenteller des Landkreises ausgezeichnet. Und nur wenige wissen, wie sehr sich Sadowski und seine Frau nach dem Umzug des Archivs, Geschäftsstelle und dem Angerburger Zimmer über die letzten Jahre eingebracht haben.

Die Angerburger können ihm für diesen Einsatz nicht oft genug „Danke“ sagen. Möge das neue Lebensjahrzehnt ihm viele schöne Momente bringen.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@ kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Reise nach Pillau

Die Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau weist darauf hin, dass auch in diesem Sommer wieder eine Busreise nach Pillau stattfinden wird.

Termin der Reise: 19. bis 26. Juni. Unterbringung im Hotel „Goldener Anker“. Es sind noch einige Plätze frei. Reiseverlauf: 1. Tag: Anreise zur Zwischenübernachtung, 2. Tag: Weiterreise nach Pillau, 3. Tag: Stadtbesichtigung der Seestadt Pillau, 4. Tag: Halbtagsausflug nach Königsberg mit Besichtigung, 5. Tag: Zur freien Verfügung oder Ausflüge, 6. Tag: Zur freien Verfügung, 7. Tag: Rückreise mit Stadtführung in Danzig, 8. Tag: Rückreise nach Schleswig-Holstein. Der Reisepreis beträgt 885 Euro, der EZ-Zuschlag beträgt 145 Euro. Anmeldeschluss ist der 7. Mai. Interessenten melden sich bitte an unter Telefon (04871) 1733.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@ t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@ insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Busreise der Darmstädter

Die Heimatgruppe Darmstadt führt seit 1992 in Zusammenarbeit mit der Fa. Greif-Reisen, 58455 Witten, Gruppenreisen nach Ostpreußen durch. Bisher wurden insgesamt 26 Flug- und Busreisen durchgeführt. Auch im Jahr 2014 ist wieder eine Fahrt nach Insterburg zu dem nachfolgenden Termin vorgesehen.

Busreise vom 28. Juni bis 9. Juli 2014. 12 Tage/11 Übernachtungen/HP/DZ: Darmstadt – Posen – Königsberg – Insterburg – Posen – Darmstadt.

Von Darmstadt geht es über die BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg und Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter nach Posen, Königsberg und Insterburg. Übernachtungen: Posen einmal, Königsberg dreimal, Insterburg sechsmal, Posen einmal. Reisegrundpreis: 1134 Euro bei 25 bis 29 Reiseteilnehmern (ohne Visa-Kosten, Gebühren). Der Reisepreis ist gestaffelt und richtet sich nach der Anzahl der Reiseteilnehmer. Mindestreiseteilnehmer: 25 Personen. Anmeldeschluss: 30. April 2014. Auf der Reise sind interessante Ausflüge unter anderem nach Pillau, Palmnicken, Rauschen und auf den russischen Teil der Kurischen Nehrung, Gumbinnen, Rominter Heide oder Trakehnen vorgesehen; diese Kosten sind im Reisepreis enthalten. Die Unterbringung unterwegs und am Zielort erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreise steht ein komfortabler Fernreisebus mit gastronomischer Betreuung für unterwegs zur Verfügung. Die Sitzplätze werden nach dem Eingangsdatum der Reiseanmeldung vergeben.

Hinweis: Reisepass und Visum sind erforderlich. Der Reisepass muss noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein.

Wir weisen darauf hin, dass bei Reisen nach Russland eine Auslands-Reisekrankenversicherung, die Osteuropa einschließt, abgeschlossen werden muss. Die Visa-Beantragung erfolgt für alle durch den Reiseveranstalter, bei ihm ist auch der Abschluss der vorgenannten Krankenversicherung möglich.

Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt: Reiner Buslaps, Am Berg. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de und Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax 486884.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ostpreußen-Schau in Neumünster

„Ostpreußen verzaubert“ ist der Titel der vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern konzipierten, erarbeiteten und reich illustrierten Wanderausstellung auf 24 Tafeln. Ostpreußen wird hier in vielen Facetten kurz und prägnant präsentiert. Diese Ausstellung wurde mit großer Resonanz bereits in Süd- und Südwestdeutschland sowie auch in Polen gezeigt. Burgen, Schlösser,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

Kirchen und andere Sehenswürdigkeiten werden ebenso dargestellt wie berühmte Persönlichkeiten, Landschaften und die Tierwelt Ostpreußens. Bekannte Spezialitäten für Leib und Seele finden Erwähnung. Zeittafeln zur historischen Orientierung sind ebenso vorhanden wie Informationen zum berühmtesten Exportartikel Ostpreußens, dem Bernstein. Auf aktuellen Fotos werden Besucher Bekanntes wiederfinden, doch sicher auch Neues entdecken.

Wer das Land zwischen Weichsel und Memel einmal bereist hat, wer vielleicht sogar dort noch geboren ist, wird den besonderen Zauber Ostpreußens bis heute spüren. Vieles hat sich in der ehemals östlichsten deutschen Provinz in den letzten 100 Jahren oft auf tragische und schmerzliche Art und Weise verändert. Der besondere Charakter des Landes ist jedoch überall wahrnehmbar, sei es in der Architektur der Ordensburgen oder in der einmaligen Landschaft von der Kurischen Nehrung bis zu den Masurischen Seen.

Die Ausstellung wird gezeigt im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, vom 11. März bis zum 11. April 2014. Ausstellungseröffnung in Anwesenheit des Stadtpräsidenten Friedrich Wilhelm Strohdiek und des Direktors des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern Wolfgang Freyberg am Dienstag, den 11. März 2014, um 14 Uhr. Die Kreisgemeinschaft Lötzen, die diese sehenswerte Ausstellung in ihre Patenstadt (seit 60 Jahren!) Neumünster geholt hat, lädt alle an Ostpreußen Interessierten ein zu kommen.

„Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“. Ausstellungseröffnung Sonnabend, 15. März, um 14 Uhr im Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstr. 18 h (Böcklersiedlung). Dauer der Gemäldeausstellung bis 21. Juni.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf zum Kreistag

Gemäß Paragraf 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2010 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreiskartei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gebeten.

Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 12. April 2014 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Herrn Benno Kaden, Stollensfeld 14, 45479 Mülheim/Ruhr, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vorname(n), Namen (auch Geburtsname), Geburtsdatum, jetzige Anschrift und Telefonnummer, enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek. Der Wahlausschuss: Benno Kaden, Vorsitzender.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

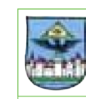
Zehntägige Busreise

Im kommenden Sommer ist eine Busreise nach Ostpreußen geplant, die in Bochum beginnt, mit Zustieg in Hannover, Hamburg, Flughafen Schönefeld bei Berlin, weiter über Küstrin, Schneidemühl, Nikolaiken, Insterburg, Tilsit (vier Übernachtungen), Breitenstein, Elchniederung, Königsberg, Rossitten/Vogelwarte, Kurische Nehrung und Danzig.

Die Reise findet vom Donnerstag, 12. Juni bis Sonnabend, 21. Juni, unter Leitung von Siegfried Dannath-Grabs statt. Der Reiseverlauf ist wie folgt geplant: Erster Tag: Fahrt ab Bochum über Hannover, Hamburg, Flughafen Schönefeld/Berlin nach Küstrin (Grenzübergang Polen), Schneidemühl. Abendessen und Übernachtung in Schneidemühl, Hotel Gromada. Zweiter Tag: Nach dem Frühstück Weiterfahrt durch das schöne südliche Ostpreußen über Schlochau, Marienburg mit Fotostopp, Allenstein nach Nikolaiken, Übernachtung im Hotel Golebiewski, Nikolaiken. Dritter Tag: Nach dem Frühstück Weiterfahrt zum polnisch/russischen Grenzübergang Goldap, weiter über Insterburg, Gumbinnen nach Tilsit. Stadtrundfahrt mit Stadtführung in Tilsit, Hohe Straße, Deutsche Straße, Luisenbrücke, Besuch Museum und Gedenkstätte Waldfriedhof. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus/Rossija in Tilsit, Hotel mit sehr guter Qualität. Vierter Tag: Nach dem Frühstück haben wir diesen Tag zur freien Verfügung, Möglichkeiten zu privaten Taxifahrten können am Vortag im Hotel vermittelt werden. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus in Tilsit. Fünfter Tag: Frühstück, danach fahren wir nach Ragnit, dort erwartet uns eine Stadtführung, danach Weiterfahrt nach Breitenstein zum Ostpreußen-Museum. Fahrt zum Memelufer nach Untereißeln mit Picknick. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus in Tilsit. Sechster Tag: Nach dem Frühstück fahren wir durch den schönen Landkreis Elchniederung, wir besuchen unter anderm Heinrichswalde, Kreuzingen. Abendessen und Übernachtung im Hotel Kronus in Tilsit. Siebenter Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Tilsit, Weiterfahrt über Königsberg nach Cranz. Abendessen und Übernachtung im Hotel Baltische Krone in Cranz. Achter Tag: Nach dem Frühstück Fahrt nach Rossitten zur Kurischen Nehrung, Besichtigung der Vogelwarte und der Dünen, Besuch von Pillkoppen. Abendessen und Übernachtung im Hotel Baltische Krone in Cranz. Neunter Tag: Nachdem wir gefrühstückt haben, fahren wir nach Braunsberg zur russisch/polnischen Grenze, danach weiter über Frauenburg, Elbing, Danzig nach Kolberg. Abendessen und Übernachtung im Hotel New Skanpol in Kolberg. Zehnter Tag: Um 8 Uhr Frühstück, danach Heimreise über die gleichen Wege wie auf der Hinreise.

> Besuch der Kurischen Nehrung

Der Reisepreis beträgt mit Halbpension und Ausflügen 992 Euro pro Person im Doppelzimmer, (mindestens 30 Teilnehmer), Visumgebühren 90 Euro, Einzelzimmerzuschlag 198 Euro. Weitere Infos über Reiseveranstalter Greif-Reisen, A. Manthey GmbH, Rübezahlstraße 7, 58455 Witten-Heven, Telefon (02302) 24044, E-Mail: manthey@greifreisen.de.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Roman über Schillen

Ingo Bewer, ein Mitglied der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, der heute in Norwegen lebt, hat einen Roman geschrieben, der das Leben des 1942 neunjährigen Günther Haak in Papuschienen – später Buschdorf – im Kirchspiel Schillen bis zum Kriegsende schildert. Man kann die Geschehnisse in Haaks Leben dem Zufall zuschreiben. Er selber nennt es „Die Sonne der Gerechtigkeit“ nach dem alten Kirchenlied, das die Familie Haak früher zuhause gesungen hat. Zuhause – wo ist das? Kann etwas Zuhause sein, wenn der Vater an die Ostfront geschickt wurde? Wenn die Nazis versuchen, die Welt mit ihrer Ideologie zu verseuchen oder wenn im Keller ein jüdischer Junge versteckt wird? Ja, denn Heimat ist auch, wenn die „schöne Oma“ ihre alten abergläubischen Weisheiten zum Besten gibt, wenn Störche auf dem Hausdach klappern, wenn zu Weihnachten Großmutter Agathe – die königlich preußische Wollunterhosenlieferantin – die Familie mit den ungeliebten Wollsachen beschenkt, wenn Kartoffelfeuer brennen und im Wald körbeweise Pilze gesammelt werden. Der Autor erzählt liebevoll eine Geschichte um Heimat, Kindheit, Heldenmut und Menschlichkeit, in der auch die befreundete Familie Metschulat eine Rolle spielt. Parallel zu dazu wird die Geschichte des Rentners Haak erzählt, der sich während einer Masurenreise in eine Polin verliebt. Ingo Bewer: „Sonne der Gerechtigkeit“, Buchverlag Andrea Schmitz, 18,80 Euro.

Veranstaltungen im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg

Noch bis zum 24. April wird die Sonderausstellung „‚Alles brannte!‘ Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen“ gezeigt.

Am Donnerstag, 13. März, 19 Uhr: „Erinnerung an jüdisches Leben im früheren preußischen Osten“ – Vortrag von Uwe Neumärker, Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Was ist geblieben von ungezählten Orten, in denen jüdisches Leben seit Jahrhunderten beheimatet war, von seinen steinernen Hinterlassenschaften? Welche Formen der Erinnerung an die ausgelöschte deutsch-jüdische Geschichte gibt es im heutigen Polen, im litauischen Memelland und im Königsberger Gebiet der Russischen Föderation? – Der Eintritt ist frei.

Vorschau: Am Freitag, 28. März, um 19 Uhr Ausstellungseröffnung von „Karl Storch 1864–1954. Zwischen Holstein und Königsberg. Ein Berliner Sezessionist der ersten Stunde“. Der Eintritt ist frei. Zu den einfallsreichsten und beliebtesten Malern gehörte Karl Storch d. Ä. in Königsberg. Die 27-jährige Wirkenszeit Storchs als Lehrer der Königsberger Kunstakademie (1902–29) stellt ein gewichtiges Kapitel der ostpreußischen Kunstgeschichte dar. Sein Werk umfasst Landschaften, Städteansichten und Porträts. Die Ausstellung läuft vom 29. März bis 15. Juni.

Sudoku

4		3	8					
	5				2	8		
		7	6	4				1
9	4			8				
			3		1			
				2			9	5
8				7	9	3		
		9	4				5	
					3	2		9

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

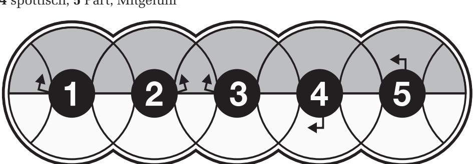
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten.

1 Strecke vor dem Sprung
2 Nachahmung eines Edelsteines
3 Fleisch in Gallertmasse
4 Volk, politische Gemeinschaft
5 inneres Behagen, Vergnügen
6 Wagenschuppen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Wasserweg zwischen Atlantik und Pazifik.

1 hölzerne Wandvertäfelung, **2** Zirkusschauplatz, **3** rotbraunes Hartholz, **4** spöttisch, **5** Part; Mitgefühl



So ist's richtig:

Dauerhaftes Bündnis

Ausstellung über fränkisch-preußische Ordensgeschichte

Die neue Sonderschau im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen befasst sich mit dem „Deutschen Orden in Franken und im Preußenland“. Diese Ausstellung ist in ein für die laufende Saison vom Tourismusverband Fränkisches Seenland gestaltetes Konzept eingebunden.

Die eigentliche Geschichte des Deutschen Ordens begann während der Kreuzzüge ab 1096. Vom Jahr 1119 an bildete sich eine kleine Rittergemeinschaft, die den Zugang zum Heiligen Grab sichern sollte. Es entstanden mehrere Spitäler, die zuerst von Mönchen geführt wurden. Diese übernahmen später auch militärische Aufgaben. 1198 wurde der „Orden des Hospitals St. Marien vom Deutschen Hause in Jerusalem“ gegründet, der den Hauptsitz in Akkon hatte, aber auch andere Stützpunkte in Europa errichtete.

Im Jahr 1211 wurde der Orden nach Siebenbürgen gerufen, um dort die östliche Grenze zu verteidigen. Kurz danach ergab sich die Möglichkeit, sich im Heidenkampf gegen die baltischen Prußen zu betätigen. Es wurden Burgen errichtet. Siedlern bot man darüber hinaus die Möglichkeit, Land zur Bearbeitung zu übernehmen.

Die Franken übernahmen 1282 Verantwortung im Orden, Konrad von Feuchtwangen wurde Landkomtur von Franken und zwei Jahre später Deutschmeister des Ordens. Mit dem Fall Akkons 1291 verlegte er den Hauptsitz nach Venedig und hatte bereits die Idee, den Sitz nach Ostpreußen zu verlagern. Er konnte die Ordensposition stärken und erreichten, dass der Hochmeister mit den Reichsfürsten gleichgestellt wurde.

Nach Konrads Tod 1296 wurde Gottfried von Hohenlohe Deutschmeister, dem Siegfried von Feuchtwangen nach einer umstrittenen Abwahl folgte. 1309 führte Siegfried den schon vorhandenen Plan aus und verlegte den Ordenssitz auf die Marienburg in Ostpreußen.

In Franken errichtete der Orden im 13. Jahrhundert mehrere Niederlassungen, 1209 entstand als erste die Kommende Nürnberg mit der St. Jakobskirche. Weitere Orte, an denen sich der Orden ansiedelte, waren Bad Mergentheim, Rothenburg, Schweinfurt, Dinkelsbühl, Wolframs-Eschenbach, Virnsberg, Stopfenheim und Ellingen.

Das Ellinger Ordenshaus ging auf das 1180 gegründete Spital zurück, das 1216 von Kaiser Friedrich II. dem Deutschen Orden übertragen wurde. Ludwig der Bayer verlieh im 14. Jahrhundert dem Orden die Landeshoheit um Ellingen. So gewann Ellingen an Bedeutung und wurde für lange Zeit Sitz der Landkomture der Ballei Franken. Durch geschickte Erwerbspolitik und Schenkungen gelangte die Ballei zu großem Besitz. Die Herzöge von Bayern erlaubten sogar die Ummauerung des Ortes. Zu spätmittelalterlicher Zeit bestanden in Franken insgesamt 31 Ordenskommenden mit Vertretungen in Reichsstädten und in bischöflichen Residenzstädten wie beispielsweise Würzburg und Eichstätt. Dabei musste sich die Kommende Ellingen besonders gegen die Markgrafen aus Ansbach und die Burggrafen aus Nürnberg behaupten.

Orden zählt aktuell 1000 Mitglieder

Der Orden überlebte die Säkularisierung des Preußenlandes und verlegte seinen Hauptsitz 1525 nach Bad Mergentheim. In Ellingen, so zeigt die Ausstellung, ging ein Großteil des Besitzes verloren, die Bedeutung wurde geringer und so wurde die Kommende eine katholische Enklave in Mittelfranken.

Allerdings erfolgte nach dem 30-jährigen Krieg wieder ein Aufstieg, nach einer Zeit unter dem Ansbacher Markgrafen erbaute der Orden die prächtige Residenz in Ellingen von 1717 bis 1743 durch Karl Heinrich von Hornstein. 1807 bis 1809 löste Napoleon den Orden in den Reichsbundstaaten auf, so dass er nur noch in Österreich, Schlesien und Mähren bestand. Ellingen fiel dabei an das Königreich Bayern. König Maximilian I. übergab Schloss, Brauerei und erheblichen Grundbesitz an den Feldmarschall Carl Philipp Fürst von Wrede.

Hochmeister Eugen von Österreich wandelte den Orden Ende des 19. Jahrhunderts in einen priesterlichen-karitativen Orden um, wie er heute mit Sitz in Wien noch besteht. Weiterhin gibt es einen Hochmeister und Provinzen in Deutschland, Österreich, Italien und auf dem Balkan. Aktuell zählt der Orden etwa 1000 Mitglieder, davon rund 100 Priester, 200 Schwestern und 700 Familiaren. *Manfred E. Fritsche*



Frisch besiegelt: Siegelsammlung der Komture Bild: Fritsche

Die Ausstellung „Der Deutsche Orden in Franken und im Preußenland“ enthält zahlreiche geschichtliche Bildtafeln sowie eine Medienstation mit einem kulturhistorischen Film und ist im Kulturzentrum Ostpreußen in der Schloßstraße 9 in 91792 Ellingen bis Ende Juni Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr (ab April bis 17 Uhr) zu sehen. Informationen zur Ausstellung gibt es unter www.kulturzentrum-ostpreussen.de oder unter Tel. 09141/86440.

Endlich glücklich

Veränderungen sind leichter als gedacht – Man muss sie nur wollen

Sie sind unzufrieden und möchten in Ihrem Leben etwas ändern?

Leichter gesagt als getan. Die Sätze, die einen davon abhalten, das eigene Leben glücklicher und ausgefüllter zu gestalten, sind mannigfaltig und zahlreich. Zunächst einmal gibt es da die vielen Freunde und Bekannten, Familienmitglieder, Verwandte und Verschwägerte, die alles tun, um einen von dieser Idee abzubringen.

Jemand möchte mit über 40, 50 oder gar 60 Jahren noch einmal die Schulbank drücken?

„Was? Du tickst doch nicht richtig“, heißt es dann abschätzig.

Jemand möchte die langersehnte Lehre machen, hat auch die Möglichkeit dazu, obwohl er oder sie den Platz in der Gesellschaft längst gefunden hat.

„Willst Du wirklich einem jungen Menschen den Ausbildungsplatz wegnehmen?“, lautet die entmutigende Reaktion.

Jemand möchte seinen Partner verlassen, weil es einfach nicht mehr geht und ein getrenntes Leben für alle besser wäre.

„Denke an die Kinder, die Verwandten, die Nachbarn, an das Geld, das Haus, die Verpflichtungen“, heißt es dann.

Der Platz hier reicht nicht, um all die Gegenpositionen aufzuführen, die einem begegnen werden, sobald man etwas außerhalb der breitgetretenen Pfade machen möchte. Es ist, als ob sich alle gemeinsam verabredet hätten, diesem Menschen diesen Schritt gehörig zu vermiesen. Er oder sie muss davon abgebracht werden mit allen Mitteln. Es darf und kann nicht sein.

Und warum? Glauben Sie bitte nicht, dass diese Menschen es gut mit Ihnen meinen. Dass sie Ihnen tatsächlich nützlich sein wollen. Der Grund, so rührig jemand anderes von etwas abzuhalten liegt ganz woanders. Doch vor der einfachen Erklärung noch ein Beispiel aus dem Leben. Jeder kennt Menschen (meistens eher etwas ältere Frauen), die ihren Partner verlassen wollten, weil sie die Beziehung nicht mehr aushielten. Sie konnten die Unterdrückung, Erniedrigung und Demütigung nicht mehr ertragen und wollten gehen. Als sie den ersten zögerlichen Schritt taten, traten die schon bekannten Darsteller wieder auf die Lebensbühne mit dem einen Ziel, diese Menschen mit aller Macht davon abzuhalten.

„Tut das nicht, denkt an die Kinder, denkt an das Haus, Eure Verpflichtungen. Das kann man nicht machen. Das darf man nicht machen“, wurden einem Schuldgefühle eingeredet.

Es wird an das Gewissen appelliert, an Versprechen, die gegeben wurden. Es wird mit psychologischen Tricks gearbeitet, um dem Menschen, der sich da grade zu regen begann, eine Betäubung ins Rückgrat zu geben. In Verbindung mit den Selbstvorwürfen dieser armen Kreatur, haben die anderen dann meistens Erfolg. Das Ergebnis ist so erschreckend wie traurig. Die Personen, die von ihrem Weg in die Freiheit, in ein glücklicheres Leben voller Selbstachtung abgehalten wurden, fügen sich nun.

Sie beginnen sich zu arrangieren, finden Erklärungen, warum man es doch eigentlich gut hat und dass man im Leben nicht alles haben kann. Sie beginnen, innerlich auszudörren, resignieren für den Rest des Lebens, werden depressiv, aber haben das Wohlwollen der anderen Darsteller im Spiel des Lebens. Und diese anderen freuen sich! So muss es sein. Jetzt geht es diesem Menschen wie uns.

Und da liegt die Erklärung. Wer sich selbst nicht bewegen kann, obwohl eine Veränderung mehr Glück brächte, will auch nicht, dass sich ein anderer bewegt. Warum soll der etwas erreichen, was ich nicht kann?

Sich bewegen bedeutet Veränderung, Schmerz, eventuell Verlust und es ist oft sehr anstrengend. Deshalb bleiben die meisten dort, wo sie sind, für immer. Es ist sehr viel bequemer, sich nicht zu rühren. Die mögliche Folge dieser Anstrengung wird aber meistens verschwiegen. Nach Kampf, Schmerz und Mühen, erarbeitet man sich fast immer ein wesentlich glücklicheres Leben. Selbstbestimmt und zufrieden, mit einem Partner, der einen respektiert, mit der Arbeit, die einen ausfüllt.

Sie glauben es nicht? Probieren Sie es aus. Wagen Sie den Schritt auf die Lebensbühne, passen Sie auf, dass Ihnen die anderen Darsteller keine Rückratsanästhesie verpassen! Seien Sie Ihr eigener Regisseur. Das Happy-End wird Ihnen sicher sein. Vielleicht hilft Ihnen zum mutigen ersten Schritt noch die Beantwortung einer Frage.

Wie hoch ist der Preis, den ich zahle für mein jetziges bequemes Leben? *Silvia Friedrich*

Bild: Waltraud Grubitzsch/pa

Traum erfüllt: Alte und junge Semester im Uni-Hörsaal

Wenn der Bibelforscher zweimal klingelt

Die Zeugen Jehovas machen wieder verstärkt auf sich aufmerksam – Untergangs-Sekte oder ernsthafte Religionsgemeinschaft?

Für das Katastrophenjahr 1914 prophezeiten einige Bibelforscher in den USA den Untergang der Weltordnung und die Errichtung einer Gottesherrschaft auf Erden. Mit dem Untergang lagen sie richtig, aber auf die Gottesherrschaft warten sie bis heute. Als Zeugen Jehovas werden sie aber nicht müde, dieses Ziel mit missionarischem Eifer zu verfolgen.

Die meisten Deutschen haben schon einmal Bekanntschaft mit den Zeugen Jehovas gemacht – sei es durch ein unerwartetes Klingeln an der Haustür, sei es durch die Wahrnehmung von unauffällig gekleideten Personen, welche stumm und stoisch an belebten Ecken der Innenstädte stehen und das Blatt „Der Wachtturm“ präsentieren.

Aber so wie kaum jemand weiß, dass es sich hierbei um die auflagenstärkste Zeitschrift der ganzen Welt handelt (alle 14 Tage werden 45 Millionen Exemplare gedruckt, die in sage und schreibe 540 Sprachen erscheinen), ist auch weitgehend unbekannt, dass die Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft 2014 ein Jubiläum begehen: Vor genau 100 Jahren nämlich soll ihrer Auffassung nach Jesus Christus die Herrschaft über das „Königreich Gottes“ im Himmel übernommen und ein theokratisches Regime installiert haben.

Vater dieser Idee war der zweite Präsident der damals noch Wachtturm-Gesellschaft genannten Gruppierung, Joseph Franklin Rutherford; die Eingebung kam ihm während eines intensiven Bibelstudiums, zu dem er sich genötigt sah, weil der für Oktober 1914 von der Sekte prophezeite Zusammenbruch aller politischen Systeme auf der Welt ausblieb.

Außerdem verkündete Rutherford noch, Jesus, das erste und einzige von Gott Jehova ganz allein geschaffene Geschöpf, habe mit dem Antritt seiner „Königsherrschaft“ Satan und diverse gefallene Engel auf die Erde verbannt und damit die „letzten Tage“ eingeleitet, nach deren Ablauf der globale Endzeitkrieg Harmagedon ausbreche, in dem die Zeugen Jehovas neutral sein und unter dem besonderen Schutz ihres „allmächtigen und ewigen Gottes“ stehen werden.

Anschließend komme es dann zu einer tausend Jahre währenden Existenz des „Königreiches Gottes“, in deren Verlauf Jesus 144 000 himmlische Mitregenten erhalte, die natürlich samt und sonders aus den Reihen der Zeugen Jehovas stammen. Und der Rest der von Jehova als treu empfundenen Anhängerschaft könne sich auf der Erde, im nunmehr wiederhergestellten Paradies, des ewigen Lebens erfreuen, während alle anderen Erdenbewohner und deren Seelen der völligen Vernichtung anheimfallen.

Die Zeugen Jehovas sind also eine endzeitliche, annihilationistische und fundamentalistische christliche Sekte. Doch obwohl die Glaubenslehre der sogenannten „Bibelforscher“ so unorthodox ist, gibt es rund 165 000 von ihnen in Deutschland. Damit leben hierzulande deutlich mehr aktive Zeugen Jehovas als beispielsweise praktizierende Juden, deren Zahl vom Zentralrat der Juden mit 105 000 angegeben wird.

Weltweit gehören an die 7,8 Millionen Menschen zu den Zeugen Jehovas – die meisten davon, nämlich rund eine Million, finden sich in den USA. Bekannte Anhänger sind dort unter anderem die Tennisspielerinnen Venus und Serena Williams sowie der Sänger Prince. In Deutschland gehört hingegen kein Prominenter zu den „Bibelforschern“.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Gegner der Zeugen Jehovas, welche vor allem in den beiden christlichen Hauptkirchen beheimatet sind, geht die Zahl der Sektenanhänger keineswegs zurück, sondern steigt kontinuierlich. So verdoppelte sich der Mitgliederbestand in der Zeit seit 1990, womit die Zeugen Jehovas zu den am schnellsten wachsenden Religionsgemeinschaften der Welt gehören! Allein 2013 wurden rund 300 000 Gläubigentaufen vorgenommen. Die höchsten Zuwachsraten gab es dabei in Osteuropa und den Entwicklungsländern – es zahlt sich für die Sekte augenscheinlich aus, ihre Botschaft in 236 Staaten und Territorien zu verbreiten.



Erbauliche Lektüre: Ein Zeuge Jehovas wirbt mit den Bestsellern der Religionsgemeinschaft Bild: Imago

Die Missionierung gehört auch zu den vornehmsten Aufgaben eines Zeugen Jehovas in Deutschland: Pro Monat investiert ein durchschnittlicher Gläubiger um die 17 Stunden seiner Freizeit in die Bekehrung „fehlgeleiteter“ Mitmenschen. Britische Religionssoziologen haben errechnet, dass rund 3330 Stunden Predigtdienst notwendig sind, um ein neues Mitglied zu gewinnen, wobei die „Kaltakquise“ an der Haustür oder auf der Straße deutlich weniger erfolgreich ist als die Werbung im Familien- und Freundeskreis.

Studieren? Nein, danke! Universitäten gelten als Brutstätten der Unmoral

Neben der Pflicht zur Missionierung gelten für einen Zeugen Jehovas weitere Regeln. So verlangt der Kodex der Sekte unter anderem strikteste Loyalität gegenüber den spirituellen Führern der Gemeinschaft in der „Leitenden Körperschaft“, das heißt der Weltzentrale in New York, Maßhalten bei der Sexualität und dem Gebrauch von Genussmitteln sowie den Verzicht auf unnötige weltliche Vergnügungen wie Geburtstagsfeiern und andere Feste (die einzige statthafte Feier für Zeugen Jehovas ist das österliche „Gedächtnismahl“, welches der Erinnerung an den Tod Christi dient). Dazu kommt das besonders umstrittene, biblisch begründete Verbot von Bluttransfusionen, welches freilich erst seit 1944 besteht, und die distanzierte Haltung der Zeugen Jehovas zu Staat und Gesellschaft: Sie geben sich politisch neutral, lehnen den Wehrdienst ab, nehmen keine öffentlichen Ämter an und verweigern Handlungen, die auf eine Verehrung des Staates und seiner Symbole hinauslaufen. Ebenso verzichten viele „Bibelforscher“ auf eine Hochschulausbildung, weil diese zu sehr vom Glauben ablenke und die Universitäten zudem besondere Brutstätten der Unmoral seien.

Kritiker, darunter die oftmals sehr rührigen Aussteiger, deren Zahl allerdings vergleichsweise gering ist, sehen darin ein ebenso elitäres wie totalitäres Gehabe; letztlich würden die Gläubigen einer „Gehirnwäsche“ beziehungsweise „Gedankenkontrolle“ unterworfen.

Dem freilich widersprechen renommierte Religionswissenschaftler – und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte kam 2010 in einem Verfahren zur Tätigkeit der Zeugen Jehovas in Russland zu der Ansicht, dass sich die Regeln für die Mitglieder der Religionsgemeinschaft nicht grundlegend von den Verhaltensvorschriften für Angehörige anderer Glaubensrichtungen unterscheiden und zudem auch der freie Wille gewährleistet sei, sich für eine Mitgliedschaft und damit die Befolgung der Gebote und Verbote zu entscheiden.

Aufgrund ihrer Haltung erlebten die Zeugen Jehovas im Dritten Reich und der DDR eine intensive staatliche Verfolgung. Unter Hitler wanderten 11 300 der damals rund 30 000 Bibelforscher ins Gefängnis oder in das KZ, etwa 1500 starben in der Haft oder wurden hingerichtet, darunter um die 270 Kriegsdienstverweigerer. Und im deutschen „Arbeiter- und Bauern-Staat“ saßen nochmals 5000 Zeugen Jehovas ein, manche nun schon zum zweiten Mal. 60 davon überlebten die Drangsalierungen nicht.

Heute genießt die Sekte in der Bundesrepublik trotz aller Anfeindungen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und gilt damit als anerkannte Religionsgemeinschaft – außer in Bremen und Baden-Württemberg, wo noch Klagen anhängig sind. Experten prognostizieren den Zeugen Jehovas ein weiteres Wachstum, was sie unter anderem mit der Schwäche der traditionellen Volkskirchen begründen. Dazu komme die hohe Reproduktionsrate in den Bibelforscherfamilien, die die Sterblichkeitsrate deutlich übertreffe. Es ist also weiterhin mit einem unerwarteten Klingeln an der Tür zu rechnen.

Wolfgang Kaufmann

Auf schmaler Spur unterwegs

Mit der Fichtelbergbahn durchs Erzgebirge – Für Eisenbahn-Nostalgiker ein unvergesslicher Zeitensprung in die Vergangenheit

Angestrengt schnauft die Fichtelbergbahn den Hügel hinauf. In Sachsen, nahe der Grenze nach Tschechien, kämpft sich die Schmalspurbahn mehrmals täglich durch den Wald des Erzgebirges vom Örtchen Cranzahl nach Oberwiesenthal, der höchstgelegenen Stadt in Deutschland. Dabei muss die alte Dame die schweren Waggons von 653 Meter am Ausgangsort auf etwa 900 Meter am Ziel hochziehen. Das schafft sie in einer Stunde.

Wenn die Lok ihre dicken Rauchwolken in den Wald bläst, erinnert alles ein wenig an Jim Knopf und Lukas, den Lokomotivführer, aus der Augsburger Puppenkiste. Zu schön ist es anzusehen, wie sie dampfend den Berg erklimmt. Hin und wieder lässt der Eisenbahner, der vielleicht sogar Lukas heißt, ein lautes Signal ertönen, und dann scheint die Lok noch schneller zu fahren.

Seit 1897 ist diese Bahn in Betrieb

Eine Schmalspurbahn heißt so, weil die Spurweite ihrer Schienen viel geringer ist als die Normalspurweite (1,435 Meter) eines Zuges. Die Fichtelbergbahn bewegt sich auf einer Schienenbreite von nur 75 Zentimetern. Dieses ist günstiger, wenn man wenig Platz hat und Höhen, enge Kurven und schmale Täler befahren muss. Natürlich ruckelt und schwankt es bei einer solchen Fahrt wegen der schmalen Spur ganz ordentlich, aber das macht ja auch viel Spaß.

Seit dem Jahr 1897 verkehrt die Fichtelbergbahn nun in Sachsen zur Freude der Einheimischen und der vielen Gäste.

Die erste Dampflokomotive der Welt fuhr 1804 in England vor einem staunenden Publikum. Bis dahin konnte man nur zu Fuß gehen oder sich mit Hilfe von Pferden und Kutschen fortbewegen. Der britische Ingenieur Richard Trevithick hatte diese Lokomotive konstruiert. Die erste Fahrt gelang, jedoch hielten nach einer Weile die gusseisernen Schienen dem schweren Gefährt nicht stand und zerbrachen.

Heutzutage baut man sie deshalb aus hochwertigem Stahl. Es gab immer Versuche, die neue Technik zu verbessern. So entwickelten der Engländer Robert Stephenson und sein Vater George etwas später die „Rocket“, eine Zugmaschine, die mit 56 Kilometern in der Stunde das schnellste Fahrzeug ihrer Zeit war.


Läuft schnaufend in den Bahnhof ein: Fichtelbergbahn Bild: Friedrich

Stephenson lieferte auch die erste Lokomotive, namens Adler, nach Deutschland. Am 7. Dezember 1835 sahen Tausende Zuschauer der ersten Fahrt zu. Die Strecke verlief von Nürnberg nach Fürth, ganze sechs Kilometer. Noch hatten die Menschen Angst vor dem Ungetüm aus Eisen und der Geschwindigkeit. Das änderte sich aber sehr bald.

Die Bezeichnung „Lokomotive“ stammt von den lateinischen Begriffen: locus (der Ort) und movere (bewegen). Es ist also eine „sich von der Stelle bewegende Maschine“ gemeint. Dass sie aber überhaupt ihren Siegeszug durch die ganze Welt antreten konnte, liegt an zwei Erfindungen, ohne die das Ganze undenkbar gewesen wäre. Bei der Eisenbahn gehören das Fahrzeug und der Weg untrennbar zusammen. So mussten zunächst einmal die Schienen erfunden werden. Diese kannte man schon in ähnlicher Form aus den Bergwerksstollen, wo schwere Lasten in Wagen auf Holzschienen transportiert wurden.

Bedeutend war die Erfindung der Dampfmaschine, denn eine Dampflok ist eigentlich nur eine Dampfmaschine mit Rädern. Bis ins 18. Jahrhundert wurden Pferde und auch Menschen vor Maschinen gespannt. Außerdem nutzte man den Wind und das Wasser als Antriebskraft. Das ist jedoch nicht überall verfügbar und die Muskelkraft von Mensch und Tieren sehr begrenzt. So benötigte man dringend etwas, das Maschinen unabhängig davon antreiben konnte.

Erinnerungen an Eisenbahnromantik

Schon im alten Griechenland hatte Heron von Alexandria ein dampfangetriebenes Gerät erfunden. Es war jedoch nur als Spielerei zu benutzen. Immer wieder versuchten Menschen später, eine Wärmekraftmaschine zu entwickeln. Der wichtigste unter ihnen war der Schotte James Watt (1736–1819). Er verbesserte diese so, dass man sie nun in allen Fabriken einsetzen konnte. Plötzlich war man unabhängig von Wind, Wasser und Muskelkraft. Die Dampfmaschine bewegte sich sozusagen „von alleine“. Die Idee dazu sah so aus: In einem geschlossenen Kessel befand sich Wasser, das zum Beispiel durch ein Kohlenfeuer erhitzt wurde und dadurch verdampfte. Der Druck stieg an und wurde genutzt, um einen Kolben zu bewegen, der mit einem Schwungrad verbunden war. Die Dampfzufuhr wurde durch Ventile gesteuert. So konnte sich der Kolben hin- und herbewegen und das Schwungrad in Bewegung halten.

Um deutlich zu machen, welche Kraft in seiner Maschine steckte, erfand James Watt die Bezeichnung „Pferdestärke“. Die benutzen wir bekanntlich heute noch. Und die Leute sagten damals, dass man nun mit Feuer das Wasser heben könnte. *Silvia Friedrich*

Substanzlose Lobreden

Der Club der Abgeordneten

Selbst politisch interessierten Bürgern ist die 1951 gegründete Deutsche Parlamentarische Gesellschaft (DPG) vielfach kein Begriff, was nicht zuletzt mit der Medienscheu derselben zu tun hat. Die Frage ist freilich, ob man die DPG, welche seit ihrem Umzug von Bonn nach Berlin im ehemaligen Palais des Reichspräsidenten am Friedrich-Ebert-Platz residiert, auch tatsächlich kennen muss. Eine Antwort hierauf gibt das Buch des Journalisten Helmut Herles – wenngleich auf indirekte Art.

Bei der DPG handelt es sich im Prinzip um einen Club der Abgeordneten des Bundestages, der Landtage und des EU-Parlaments, in dem diese ungeachtet ihrer Partei- und Fraktionszugehörigkeit zusammentreffen. Angeblich ist das „ein Stück gelebter Parlamentskultur“, wie der derzeitige Vorsitzende der DPG, Helmut Kohls ehemaliger Forschungsminister Heinz Riesenhuber, im Vorwort zu dem Band schreibt: Hier, an diesem „neutralen Ort des Ausgleichs“, finde die Versöhnung der politischen Gegner statt, hier komme man zusammen „aus dem ehrlichen Willen heraus, unserem Land zu dienen, fest verwurzelt im Fundament unserer gemeinsamen demokratischen Werteordnung“.

Parlamentarische Gesellschaft vorgestellt

Leider fällt der nachfolgende Text aus der Feder von Herles genauso schwülstig-schwammig aus, denn statt einer wirklichen Analyse der Hinterzimmerpolitik im Rahmen der DPG bietet er ein Sammelsurium von Anekdötchen über das Clubleben unserer Politikerkaste, in denen es um so „bedeutsame“ Dinge wie Grünkohlessen, Weihnachtsbasare, Schafkopfrunden, Fußballhysterie, Modenschauen sowie den „Ladies Lunch“ und das „Interfraktionelle Gebetsfrühstück“ geht.

Allerdings ist die ausufernde Hofberichterstattung über das Leben und Treiben in dem Luxusdomizil an der Spree indirekt erhellend. Sie zeigt nämlich, wie sehr sich unsere Parlamentarier gegenüber dem normalen Leben und den gewöhnlichen Bürgern abschotten, weswegen das Magazin „Park Avenue“ 2008 mit Blick auf die DPG den Spruch „Herein, wenn's kein Wähler ist“ prägte. Ähnlich sahen dies Insider wie der SPD-Abgeordnete und Schriftsteller Dieter Lattmann, welcher von 1972 bis 1980 im Bundestag saß. Der beschrieb die Atmosphäre bei den Zusammenkünften der DPG-Mitglieder folgendermaßen: „Im Clubhaus der Parlamentarischen Gesellschaft und in ferner liegenden Kneipen helfen sich MdB's bei Bier, Fernsehen und Unverbindlichkeit über die Lage von lauter Solisten ohne Publikum hinweg. Die Kumpanei der Abgeordneten ... hat etwas Steriles an sich. Das atmet das Klima von gealterten Jugendbünden, Soldatengelächter, intellektuellen Klausuren oder einer Bautrupp-Kantine in der Antarktis.“

Das heißt im Klartext, man sollte sich schon für das interessieren, was unsere gewählten Abgeordneten in ihrem abgeschirmten Biotop treiben, aber Herles' Buch mit seinen unreflektierten und weitgehend substanzlosen Lobreden auf die Gesellschaft und das Clubleben am Friedrich-Ebert-Platz bietet keine nennenswerten Informationen hierüber. Statt dessen ist es dazu geeignet, Verschwörungstheorien zu stützen, welche im Kern lauten, die angeblichen politischen Auseinandersetzungen unserer Parlamentarier in der Öffentlichkeit seien doch lediglich Schaukämpfe, deren Zweck darin bestehe, Pluralität vorzugaukeln, während die Volksvertreter alle unter einer Decke steckten, wenn es darum gehe, ihre Wähler beziehungsweise die Bürger zu verschaukeln. *Wolfgang Kaufmann*

***Helmut Herles: „Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft. Innenansichten aus dem Club der Abgeordneten“**, be.bra Verlag, Berlin 2013, geb., 160 Seiten, gebunden, 19,95 Euro*



Untergang einer Großmacht

Wiener Historiker über das Ende der Habsburgermonarchie

Die meisten jüngst erschienenen Darstellungen zum Ersten Weltkrieg behandeln vorrangig die ebenso dramatischen wie verlustreichen Kämpfe an der deutschen Westfront und in Ostpreußen. Auf Österreich-Ungarn wird vergleichsweise weniger geschaut, obwohl doch hier der Krieg seinen Ausgang nahm. Über all die Kriegsjahre waren die Ereignisse in der Habsburgermonarchie nicht weniger dramatisch als im deutschen Kaiserreich. Das führt die umfangreiche Darstellung des Wiener Historikers Manfried Rauchensteiner plastisch und drastisch vor Augen.

Rauchensteiner leitete bis vor wenigen Jahren das renommierte Österreichische Heeresmuseum in Wien. Er steht in der großen Tradition österreichischer Militärgeschichtsschreibung, der er mit diesem Buch auch alle Ehre macht. Es ist, man kann es nicht anders sagen, ein großer Wurf, eine außerordentlich gelungene Arbeit mit einer Überfülle an Informationen, die weit über das rein Militärische hinausgehen, und mit einer Kunst der Darstellung, die das zunächst beängstigend umfangreiche Buch nicht abschreckend erscheinen, sondern geradezu wie süchtig lesen lässt.

Ein großer Wurf – das bedeutet dann freilich auch, dass man dem erbarmungslosen Geschehen beim Untergang einer alten europäischen Großmacht mehr und mehr nur mit Kopfschütteln angesichts des Dilettantismus seiner Herrschenden der Unzulänglichkeiten in der Kriegsvorbereitung wie -führung sowie mit einigem Entsetzen angesichts der sozialen Katastrophen folgen kann. In völliger Selbstüberschätzung drängte die k.u.k.-Monarchie nach dem Attentat von Sarajewo auf einen Krieg gegen Serbien, ohne auf eine absehbare Ausweitung zu einem großen europäischen Konflikt zu achten und ohne auch nur annähernd dafür gerüstet zu sein. Bezeichnend dafür waren gleich in den ersten Kriegsmonaten der Misserfolg gegen Serbien und die katastrophalen Niederlagen gegen die Russen in Galizien, was schon Ende 1914 die Monarchie an den Rand des Untergangs brachte. Mehr und mehr blieben Österreich-Ungarns Armeen nur durch deutsche „Korsettstangen“ kampffähig, was zwar im zweiten Kriegsjahr zu großen militärischen Erfolgen führte, die aber in der Folgezeit durch die innere Auszehrung des Reiches wieder zunichte gemacht wurden. Der immer mehr zum totalen und „fabriklichen“ Krieg gewordenen Auseinandersetzung war die Monarchie schon bald nicht mehr gewachsen.

Der Erste Weltkrieg aus österreichischer Perspektive

Diese innere Auszehrung rückt der Autor mehr und mehr in den Mittelpunkt: In Wien war es 1916 zu ersten Hungerkrawallen gekommen, und in der Folgezeit rissen soziale Unruhen und separatistische Bestrebungen unter den elf Nationalitäten des Reiches nicht mehr ab. Der Hunger wurde, Rauchensteiner belegt das mit bedrückenden Zahlen und Berichten, zur Geißel sowohl der Soldaten als auch der Zivilbevölkerung. Das Land wurde im wahrsten Sinne des Wortes kraftlos, konnte einfach, wie die letzte große Offensive im Spätsommer 1918 an der italienischen Front bewies, nichts mehr. Waren schon zu Kriegsbeginn slawische Soldaten zu Tausenden desertiert, so war 1918 fast kein Halten mehr; Kaiser und Armeeführung hatten jegliche Autorität verloren.

Rauchenstei-ners These zum Kriegsbeginn steht im krassen Kontrast zu dem britischen Historiker Christopher Clark, der allen europäischen Großmächten eine Mitschuld am Kriegsausbruch zuschreibt: „Der Krieg wurde entfesselt. Und Österreich-Ungarn war es, das die Fesseln löste. Das Deutsche Reich führte ihm immer dann die Hand, wenn diese zittrig zu werden drohte.“ Bewusst in den Krieg getrieben hat, so der Autor, der vom Gottesgnadentum durchdrungene greise Kaiser Franz Joseph. Es war ein „von ihm entfesselter Krieg“; alles andere sei eine „nachträgliche Beschönigung ohne jeden Wahrheitsgehalt“. Und als Franz Joseph im November 1916 als 86-Jähriger starb, kam mit dem knapp 30-jährigen Karl I. ein Kaiser auf den Thron, der zwar friedenswillig war, aber durch unüberlegte und voreilige Handlungen mehr zerstörte als Gutes bewirkte, wobei Rauchensteiner seine Abdankung merkwürdigerweise nicht mehr erwähnt. Ein ungemein schroffes Urteil eines österreichischen Historikers über die letzten Habsburgerherrscher!

Im Herbst 1918 fiel die Monarchie in sich zusammen. Ungarn spaltete sich ab, Tschechen riefen in Prag einen eigenen tschechoslowakischen Staat aus, die Serben avisierten einen neuen südslawischen Vielvölkerstaat. Die deutsche Bevölkerung in Deutsch-Österreich suchte den Anschluss an das Deutsche Reich, was später die Siegermächte verwehrten.

Karl Kraus hat in seinem gewaltigen Drama „Das Ende der Menschheit“ dem untergehenden Habsburgerreich ein berührendes Denkmal gesetzt. Ein Vergleich ist sicher gewagt, aber Rauchensteiners so eindringliches Buch lässt sich mit einigem Recht als geschichtswissenschaftliches Pendant dem grandiosen Werk von Karl Kraus zur Seite stellen, auch wenn man seinen Schlüssen nicht immer folgen mag. *Dirk Klose*

***Manfried Rauchensteiner: „Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914 bis 1918“**, Böhlau Verlag, Weimar 2013, gebunden, 1222 Seiten, 45 Euro*



Geliebtes Motiv

Wie Maler in den letzten Jahrhunderten ihre eigenen Kinder darstellten

Das Bild von Kindern und deren Darstellung hat sich in der Gesellschaft seit dem Mittelalter sehr geändert. In dem Bildband „Kinder: 40 Porträts von Hans Hohlbein bis Lucien Freud“ zeigt die Autorin Juliet Heslewood diesen Wandel anhand von 40 Porträts. Auf diesen Gemälden und Plastiken hat der jeweilige Künstler eines oder mehrere seiner Kinder verewigt.

Der Künstler Filippo Lippi stellte seinen Sohn im Jahre 1465 als Engel auf einem Gemälde mit einer schönen Madonna dar. Der viktorianische Maler George Dunlop Leslie hingegen malte 1879 seine Tochter im Schoße seiner Frau, die der Tochter vorliest. Dieses Bild ziert auch den Buchumschlag, ein Porträt, das Ehefrau und Tochter in einem realen, besonders harmonischen Moment zeigt.

Künstler haben über die Jahrhunderte hinweg ihre Kinder gemalt, gezeichnet und fotografiert. So auch der Maler David Lenz. Im Jahr 2005 erstellte er ein Porträt seines Sohnes. Das Bild ähnelt einer Fotografie und zeigt seinen an einem Down-Syndrom leidenden Sohn vor grünen Feldern unter dem Lichthof einer riesigen Sonne. Das Gemälde gewann 2006 den Wettbewerb der Smithsonian National Portrait Gallery. Unvorstellbar, dass der Künstler Edouard Manet (1832–1883) zu seiner Zeit mit diesem Motiv einen Preis hätte gewinnen können.

Die von Heslewood ausgewählten Porträts spiegeln jedoch nicht nur das zeitgenössische Verständnis von Kunst des jeweiligen Jahrhunderts, sondern zeigen auch, auf welch unterschiedliche Weise die Maler ihre Kinder sahen. So zeigt das Gemälde „Malerei und Musik“ aus dem Jahr 1800 von Martin Drolling dessen Sohn, wie er mit einer Geige in der Hand keck aus dem Fenster in Richtung des Betrachters lehnt, wohingegen die Schwester recht brav und bieder wirkend im Hintergrund am Klavier sitzend zu sehen ist. Lucian Freuds (1922–2011) Bilder von seinen nackten, erwachsenen Töchtern wurden kontrovers diskutiert. „Die Gemälde schockierten auf den ersten Blick“, so Heslewood, „unterscheiden sie sich doch von jenen Darstellungen des nackten Körpers, bei denen im Verlauf der Jahrhunderte die Idealisierung oder Betonung der Schönheit im Vordergrund stand. Freud interessierte sich für die Form des menschlichen Körpers und dafür, wie Masse und Ausdehnung des Fleisches unter Atelierbedingungen erschienen.“

Um das Besondere in den von der Autorin ausgewählten Porträts zu erkennen, muss man jedoch kein großer Kunstkenner sein. Denn ganz gleich, ob Öl auf Leinwand oder Leinen oder Wasserfarbe auf Papier, egal in welcher Szene oder Situation der Maler sein Kind dargestellt hat, so haben die Gemälde und Plastiken doch alle eines gemeinsam: Die Liebe und Zuneigung des Künstlers zu seinem Motiv, seinem Kind, ist stets erkennbar. *Vanessa Ney*

***Juliet Heslewood: „Kinder: 40 Porträts von Hans Hohlbein bis Lucien Freud“**, Reimer-Verlag, Berlin 2013, geb., 96 Seiten, 19,95 Euro*

Leider zu abgehoben

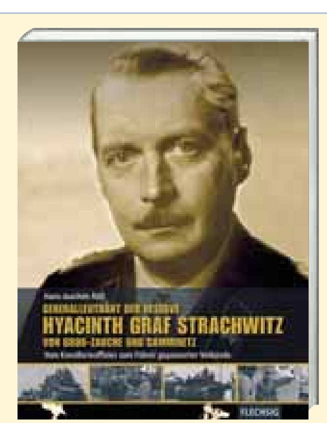
FPÖ-Politikerin versucht aufzuzeigen, warum die EU Europa zerstört, verrennt sich aber in abstrakten Bildern

Dass fundierte Kritik an der EU sogar Spaß machen kann, hat der berüchtigte Publizist Henryk M. Broder im letzten Jahr mit seinem Buch „Die letzten Tage Europas: Wie wir eine gute Idee versenken“ eindrucksvoll bewiesen. Dass sie auch intellektuell ansprechend sein kann, zeigte der renommierte Essayist Hans Magnus Enzensberger 2011 mit „Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas“. Nun ist mit „Wie das Projekt EU Europa zerstört. Eine überzeugte Europäerin rechnet ab“ der österreichischen Nationalratsabgeordneten Barbara Rosenkranz erschienen. Mit dem Titel „MenschInnen. Gender Mainstreaming – Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen“ hatte sie bereits ein Buch gegen den Zeitgeist veröffentlicht, das durchaus erhellende Passagen enthielt. Demzufolge sind die Erwartungen an ihr neues Buch tendenziell eher hoch. Doch wer zuvor bereits Broder und Enzensberger gelesen hat, dürfte enttäuscht sein. Denn während beide Herren pointiert mit klaren Worten Kritik üben und diese so präsentieren, dass daraus auch Lösungen für die dargestellten Probleme deutlich werden, verrennt sich die FPÖ-Politikerin in der Vergangenheit.

Natürlich ist es wichtig, die Vergangenheit zu beleuchten, um herauszubekommen, wann was schief gelaufen ist und welche Weichen falsch gestellt wurden, doch Rosenkranz wendet sich der konkreten Gegenwart gar nicht zu, so dass ein Leser schon im Thema EU tief drin sein muss, um ihre Kritik zu verstehen. Da aber die meisten Bürger sich kaum für die EU interessieren, dürften nur wenige ihren Hinweis auf Prometheus und die Römerin Lucretia verstehen. Tragisch, dass Lucretias Wille, die Herrschaft über ihr eigenes Schicksal wiederzuerlangen und sich der Willkür zu entziehen, sie den Selbstmord wählen ließ, doch wer die gegenwärtigen Probleme der EU nicht kennt, erkennt gar keine Ähnlichkeiten und wer sie kennt, findet das Beispiel doch ziemlich übertrieben.

Und auch sonst ist vieles zu abgehoben. Zwar ist es aufschlussreich, dass sich schon bei der Gründung der EU mit Charles de Gaulle, der ein Europa der Vaterländer anstrebte, und einem Jean Monnet, der schon damals mit dem Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa spielte, zwei Gegenspieler gegenüberstanden, deren unterschiedliche Positionen noch heute die EU belasten, da das Ziel, das sie anstrebt, von verschiedenen Lagern verschieden gesehen wird, doch ist auch dieses dargestellte Problem sehr abstrakt. Natürlich ist es schwierig, ein Schiff zu lenken, wenn viele verschiedene Personen sich als Kapitän betrachten und unterschiedliche Richtungen anpeilen, dann geht im Grunde gar nichts mehr, aber an diesen Aspekt schwerpunktmäßig die Kritik an der EU aufzuziehen, das ist doch ziemlich einseitig. Zwar wird deutlich, dass Rosenkranz es bedauert, dass derzeit die Anhänger Monnets zu dominieren scheinen, und sie selbst überzeugt ist, dass nur der Zusammenschluss souveräner Nationen wie von de Gaulle angestrebt, sozusagen die Einheit in der Vielfalt, Europa aus der Krise führen könne, doch das war es dann auch schon mit den Lösungsvorschlägen. *Bel*

***Barbara Rosenkranz: „Wie das Projekt EU Europa zerstört. Eine überzeugte Europäerin rechnet ab“**, Ares, Graz 2014, broschiert, 144 Seiten, 14,95 Euro*



Hans-Joachim Röll

Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz

Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände

Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps" aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtrupps im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. 220 SW-Abb. 193 Seiten.

Nr. P 540015 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Fritz R. Baran

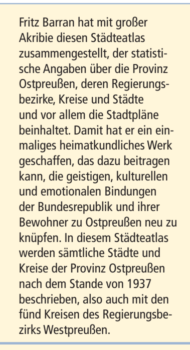
Ostpreußen Städte-Atlas

Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten

224 Seiten/Gebunden

Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Bundesrepublik und ihrer Bewohner zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünd Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen.



Trakehner Esprit

Edler Reiterschnaps

40 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5703 19,95 €



Samländer

Alter Aquavit

38 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5681 15,95 €

Breslauer Dom

Benediktiner-Abtei-Likör

42 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5677 18,90 €

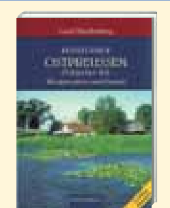


Kurenkaffee

Ostpreußischer Likör

25 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5688 16,95 €



Gerd Hardenberg

Reiseführer Ostpreußen

polnischer Teil – Westpreußen und Danzig

94 Abbildungen und Karten. Format 11,5 x 16,5 cm. 288 S.

Nr. P 533157 Kart. 14,95 €

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von der Neumark über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Reisegefährten. Gerd Hardenberg ist ein ausgezeichneter Kenner der Region, die er als Reiseleiter ständig bereist.



Tapi

Original Bärenfang

38 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5695 19,95 €



Nawelka

Weichselkirchen-Likör

25 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5684 16,95 €



Moosbeere mit Wodka

Baltische Spezialität

20 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5685 16,95 €

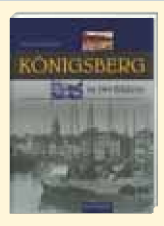


Gumbinner Marillchen

Aprilkosen-Likör

25 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5686 16,95 €



Martin Kakies

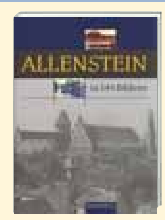
Königsberg in 144 Bildern

Historischer S/W-Bildband über Königsberg

144 S/W-Fotos

80 Seiten/Gebunden

Nr. P 1400 12,95 €



Stadtkreisgemeinde Allenstein

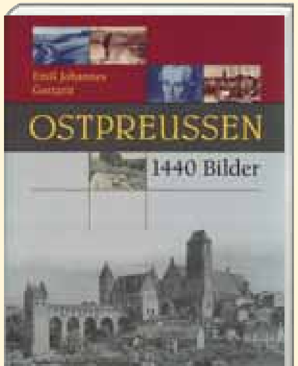
Allenstein in 144 Bildern

Historischer S/W-Bildband über Allenstein

144 S/W-Fotos

80 Seiten/Gebunden

Nr. P 1409 12,95 €





Schit-Lot-Em

Pommerscher Magenlikör

38 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5689 19,30 €



Stobbe Machandel

Wacholder Tönnchenflasche

38 % vol., Flasche 0,5 Liter

Nr. P 5809 15,20 €



Rabenvater

Feinbitter

40 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5806 17,60 €

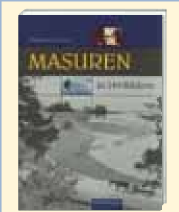


Bärenblut

Honig und Holunder

38 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5694 19,95 €



Martin Kakies

Masuren in 144 Bildern

Historischer S/W-Bildband über die Masuren

144 S/W-Fotos

80 Seiten/Gebunden

Nr. P 1403 12,95 €



Martin Kakies

Die Kurische Nehung in 144 Bildern

Historischer S/W-Bildband

144 S/W-Fotos

80 Seiten/Gebunden

Nr. P 1402 12,95 €



Emil Johannes Guttzeit

Ostpreußen in 1440 Bildern

Ostpreußen in 1440 Bildern ist ein einmaliges, umfassendes Werk. Es ist mit der Fülle seiner Bilder und seinem einführenden Text ein Ostpreußenbuch, das alle ostpreußischen Stadt- und Landkreise mit den Burgen des Deutschen Ritterordens, Städten, Dörfern, Adelssitzen, Straßen, Eisenbahnen, Kirchen, bemerkenswerten Gebäuden, Bauernhäusern, Denkmäler in Wort und Bild darstellt. Neben der Entwicklung der Städte werden geographische Grundlagen, geschichtliche Ereignisse, volkskundliche Besonderheiten und bedeutende Persönlichkeiten herausgestellt. Es ist ein dokumentarisches Buch über das deutsche Ostpreußen bis 1945, ein Werk über alle 1939 bestehenden Verwaltungskreise der Provinz in den vier Regierungsbezirken Königsberg, Gumbinnen, Allenstein und Westpreußen wie es seit Jahrzehnten nicht vorgelegen hat. 732 Seiten.

Nr. P 1006 Gebunden mit Schutzumschlag 69,95 €



Marjellchen

Schwarzer Johannisbeerlikör

25 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5693 16,95 €



Lorbass

Altpreußischer Kartoffelschnaps

40 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5673 15,95 €



Pillkaller

Edel-Machandel

38 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5696 16,95 €

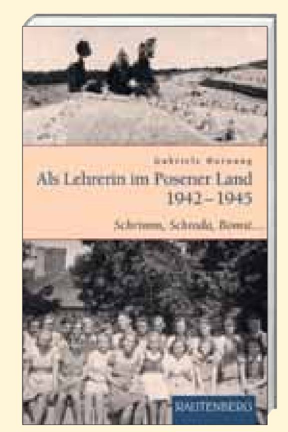


Trakehner Blut

40 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5697 1 Flasche 18,90 €

Nr. P A0298 3 Flaschen 52,00 €



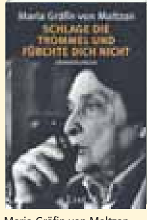
Gabriele Hornung

Als Lehrerin im Posener Land 1942–1945

Schrimm, Schroda, Bomst ...

Gabriele Hornung, 1922 geboren, erzählt an Hand ihrer Tagebuchaufzeichnungen wie sie als zwanzigjährige Lehrerin aus Berlin in das Posener Land kam und dort in Gultsch an einer einklassigen Dorfschule und später an einem Internat in Scharnikau unterrichtete. Landschaft und Schulalltag im Rhythmus der Jahreszeiten werden lebendig und bei allem Ernst auch humorvoll, mit lustigen Anekdoten, beschrieben. Immer stehen dabei die Kinder im Mittelpunkt, zunächst in der Dorfschule die kleineren, die der Lehrerin Blumen schenken und so ihre große Zuneigung ausdrücken. Der Bericht endet mit der Flucht aus Scharnikau im Januar 1945 vor der heranrückenden russischen Front. 30 S/W-Abbildungen. 176 Seiten

Nr. P 533152 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Maria Gräfin von Maltzan

Schlage die Trommel und fürchte dich nicht

Erinnerungen

288 Seiten/Taschenbuch

Nr. P A0056 9,99 €

Die Geschichte der Gräfin von Maltzan ist vieles zugleich: Zeitdokument über die Lebensart adliger Familien, Zeugnis für die Möglichkeiten des alltäglichen Widerstands im Nationalsozialismus und Abenteuerbericht einer Frau, der vornehme Geburt und Konventionen nichts galten, alles aber Übereinstimmung mit sich selbst und Handeln nach eigenem Wissen und Gewissen. „Maria Gräfin von Maltzan wurde als jüngstes von sieben Geschwistern in der schlesischen Herrschaft Militsch geboren. Nach dem Krieg reiste sie als Tierärztin mit Zirkusunternehmen durch die Lande, bis sie ihre eigene Praxis in Berlin eröffnete.



Meschkinnes

Der Ur-Bärenfang

50 % vol., Flasche 0,7 Liter

Nr. P 5692 19,95 €



Bernsteinriegel

Meschkinnes, Bärenblut, Bärenfang, Kurfürstlicher Magenbitter und Danziger Goldwasser. je 0,10 Liter im Tragekarton

Nr. P 5702 Spirituosen (5 x 0,10 Liter im Tragekarton) 19,95 €



5 Ostpreußische Liköre

5 Flaschen je 0,10 Liter ostpreußische Liköre im Tragekarton.

Nr. P 5803 18,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.

Nur noch wenige Exemplare verfügbar

Aninka Gräfin Bellavitis

Wir haben das Korn geschnitten

Erinnerungen aus Ostpreußen

Nr. P 1704 9,95 €

Wer seinen Kindern nicht sagt, wo er herkam, nimmt sich und ihnen die Wurzeln und lebt ohne Geschichte, wie eine Blatt im Wind.

Gräfin Bellavitis erzählt von ihrem bewegten Leben, von den glücklichen Kindertagen voller Geborgenheit bis hin zu den schmerzvollen Erfahrungen des Krieges und der Flucht. Kernstück ihrer Erinnerungen ist Ostpreußen, ein Land, das ihre Heimat wurde, und an dem sie bis zuletzt festhielt. Es ist eine Lebensgeschichte, die mehr ist als ein Zeitdokument – für ältere Leser ist sie Erinnerung, für die jüngeren Entdeckungen von Vergangenem.

261 Seiten/Gebunden

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Fleischesser sind gesünder

Graz – Laut einer Studie von Forschern der Universität Graz sind Fleischesser im Schnitt gesünder als Vegetarier. Fleischesser bekommen demnach seltener Krebs, einen Herzinfarkt oder Allergien als sich fleischlos Ernährende. Damit sei aber nicht geklärt, ob Fleischessen wirklich gesünder sei als Fleischverzicht, so die Forscher. Möglich sei auch, dass Menschen erst Vegetarier würden, weil es ihnen gesundheitlich schlechter gehe. *H.H.*

10 000 gegen Moschee-Bau

Leipzig – Die Online-Petition der Bürgerinitiative „Gohlis sagt Nein zur Moschee“ hat die Marke von 10 000 Unterstützern erreicht. Damit ist die Petition gegen den Bau der Ahmadiyya Muslim Jamaat Gemeinde in Leipzig-Gohlis erfolgreich. Katrin Viola Hartung, CDU-Stadtratskandidatin und Initiatorin der Petition (siehe *PAZ* 2/14), verlangt von OB Burkhard Jung (SPD) nun die Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an allen wesentlichen Entscheidungen. *J.H.*

ZUR PERSON

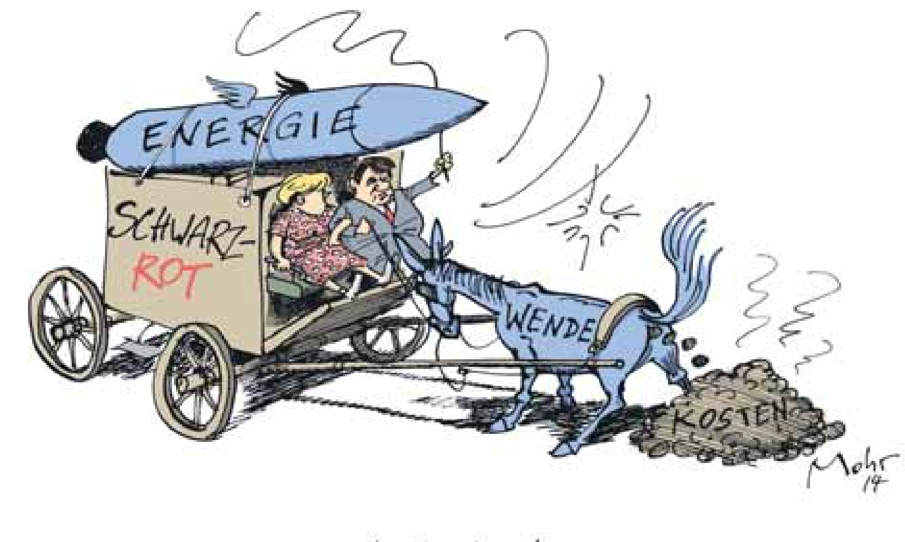
Die Krim ist sein Schicksal

Für sein Land sei er bereit, „eine Kugel in die Stirn“ zu empfangen. Das sagte **Arsenij Jazenjuk** im Januar bei einer flammenden Rede vor den Protestlern des Maidan in Kiew, als er noch Oppositionsführer war. Als Regierungschef der neuen ukrainischen Übergangsregierung muss er jetzt mit ansehen, wie sich die Waffen einer ganzen Armee peu à peu auf die Stirn der Ukraine richten.

Jetzt sieht sich der erst 39-jährige Interims-Chef plötzlich einer Kriegsgefahr mit Russland ausgesetzt. Aber wer ist Jazenjuk, der auf Fernsehbildern so unscheinbar, blass und schmächtig aussieht? Als Millionär wird er oft bezeichnet, der eine Villa mit Swimming-Pool unweit der prächtigen Residenz des abgesetzten Präsidenten Janukowitsch besitzt. Mit einer kleinen Firma für Rechtsberatung, die der Sohn einer Professorenfamilie bis 1997 leitete, kann er kaum großes Vermögen angehäuft haben. Reich dürfte der Jurist und Diplomökonom durch die vielen Ämter geworden sein, die er danach sammelte: Vizepräsident der Nationalbank, Vizegouverneur von Odessa, Wirtschafts- und Außenminister unter Viktor Juschtschenko sowie Parlamentspräsident. Und sogar mit der Krim hat er früher schon erste Erfahrungen gemacht: Von 2001 bis 2003 leitete er das Wirtschaftsministerium jener Autonomen Republik Krim, die nun sein Schicksal werden könnte.



Offenbar unterstützen die USA diesen Mann, der nach der Verhaftung von Julia Timoschenko vor drei Jahren als neuer Wortführer ihrer „Vaterlands“-Partei unerwartet zum Frontmann der Oppositionsbewegung aufstieg. Beim abgehörten „Fuck the EU“-Telefonat der US-Diplomatin Victoria Nuland sagte diese nämlich auch: „Ich glaube, dass Jaz (Jazenjuk) der Typ ist, der die ökonomische Erfahrung mitbringt, die Regierungserfahrung.“ *Harald Tews*



Thilos linke Affen

Wie die Meinungsterroristen Sarrazins Buch bewerben, was in Hamburg niemand zu fragen wagt, und was EZBler vom Euro halten / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Dass Thilo Sarrazin ein Böser ist, wissen alle. Doch er ist mehr, nämlich ein ganz durchtriebener Schelm. Was für ein gelungener Auftritt: Kurz nach Veröffentlichung seines Buches „Der neue Tugendterror“ sollte er sich im Theater „Berliner Ensemble“ den bohrenden Fragen der kritischen Bürger stellen. Vergangene Woche hatten wir schon darüber berichtet, dass es kompetente Zweifel daran gibt, ob dieser „Tugendterror“, gemeint ist linker Meinungsterror gegen Andersdenkende, überhaupt existiert. Alles bloß Wichtigtuerei eines Mannes, der sein Buch verkaufen will, so die vernichtende Kritik.

Es waren bestimmt nicht wenige Leute in das vom Stalinisten Bertolt Brecht gegründete Theater gekommen, um dem Sarrazin sein Gefasel mal ordentlich um die Ohren zu hauen. Und was sagte der? Kein Wort, die ganze Zeit saß Sarrazin sprach- und regungslos auf der Bühne.

Er musste sich auch gar nicht bemühen, denn bevor Sarrazin auch nur „Piep“ sagen konnte, kam der angeblich nicht existierende Terror höchstpersönlich vorbei: Eine Rotte Linksextremisten stürmte den Saal, durfte zunächst sogar selbst aufs Podium und Parolen verbreiten. Als die Veranstaltung dann fortgesetzt werden sollte, zettelten die Linken einen Tumult an, von „Rangeleien zwischen Störern und Besuchern“ berichtet die Presse.

Darauf gab Theaterdirektorin Jutta Ferbers klein bei und brach die Veranstaltung mit den Worten „Wir beugen uns dem Meinungsterror“ ab.

Fabelhaft! Besser hätte es für den attackierten Autor wirklich nicht laufen können. Der konnte seinen Triumph vermutlich kaum fassen. Die Linksextremisten hatten keine Ahnung, wessen Spiel sie hier spielten, und sind jetzt bestimmt der Meinung, sie hätten Sarrazin die Schau gestohlen. In Wahrheit haben sie für ihn den Affen gemacht als lebende Beweisstücke für seine Thesen. Sie traten auf wie der dumme Choleriker, der „Ich schreie nicht!!!“ durch den Saal brüllt.

Als wäre das noch nicht genug, gaben sich Berlins SPD-Chef Jan Stöß und der „Piraten“-Abgeordnete Martin Delius auch noch dafür her, die Rolle der Schreibtischtäter beim Meinungsterror zu besetzen. Stöß schimpfte im Internet, das Berliner Ensemble sollte Sarrazin „nicht auch noch eine Bühne öffnen, wenn wir ihn schon nicht loswerden können“. Die SPD-Führung hatte in zwei Verfahren vergeblich versucht, den Sozialdemokraten Sarrazin aus der Partei zu werfen. Delius antwortete auf Stöß: „Ja Mist. Was ist da fehlerhaft? Satzung? Grundsatzurteile der Schiedsgerichte? Wir haben da auch nachbessern müssen.“

Mit anderen Worten: Der verdammte Rechtsstaat hindert uns daran, Andersdenkende zu bestrafen. Also sollten wir die Regeln „nachbessern“, um freies Spiel beim Ausmerzen der Quertreiber zu haben.

> **Pflegebedürftige Senioren an die Luft gesetzt, weil man für »Flüchtlinge« mehr Platz benötigt**

Ob die irgendwann merken, wie sehr sie sich da entblößt haben? Kaum, ihre Borniertheit dürfte längst soweit fortgeschritten sein, dass sie gar nichts mehr merken.

Und wozu auch? Die Politische Korrektheit hat uns vielleicht schon bald so gründlich auf Spur gebracht, dass man Meinungsterror gar nicht mehr benötigt, um alle gleichzuschalten. Unbequeme, kritische Gedanken, die man bestrafen müsste, kommen uns dann einfach nicht mehr oder sind so tief in uns begraben, dass sie nie an die Oberfläche gelangen.

Soweit kann es niemals kommen, höre ich da jemanden einwenden. Aha? Dann gucken wir uns doch das hier mal an: In Hamburg sollen 150 Bewohner eines Pflegheims Hals über Kopf ihre Wohnungen verlassen, weil man dort „Flüchtlinge“ einquartieren will. Wie wir wissen, wird von den „Flüchtlingen“ im Schnitt nur etwa ein Prozent als asylberechtigt anerkannt. Bei 99 von 100 handelt es sich also um bloße Einwanderer, die herkommen, weil sie sich ein besseres Leben erhoffen.

Aber darum geht es jetzt gar nicht. Der Betreiber will die meist hochbetagten Pflegeheimbewohner loswerden und gegen Einwanderer austauschen, weil er vom Staat für die „Flüchtlinge“ mehr Geld bekommt. Jetzt sollen sich die Kinder und Betreuer der alten Leute neue Plätze für die Pflegebedürftigen suchen.

Nun wird in der Hansestadt heftig gestritten: Wie man denn so mit den alten, hilfsbedürftigen Menschen umgehen könne! Die benötigten mehr Zeit für die Suche nach einer neuen Unterkunft, mindestens ein halbes Jahr. Derzeit sollen sie Berichten zufolge schon zum 30. April raus.

So wird das Problem emsig von allen Seiten beleuchtet, nur von einer nicht: Keiner wagt zu fragen (oder kommt überhaupt auf die Frage), wie es angehen kann, dass für Einwanderer von fernen Ländern ohne Ansehen der Person sofort mehr Geld da ist als für alte, pflegebedürftige Menschen mit kleiner Rente, die ihr ganzes Leben lang in und für Deutschland gearbeitet haben und von denen noch etliche die Mühen der Aufbaujahre hatten tragen müssen, in denen die Basis für unseren heutigen Wohlstand gelegt wurde.

Diese Frage spielt in dem ganzen Gewese überhaupt keine Rolle, weshalb Meinungsterror in Hamburg reine Munitionsverschwendung wäre: Die sind alle auf politisch korrekte Linie gebürstet und fänden es bestimmt populistisch, ja rassistisch, Einwanderern mit Hinweis auf unsere begrenzten Mittel etwas vorzuenthalten. Bei Einheimischen hingegen kann man das mit der Begründung „Sachzwang“ jederzeit tun. Doch da die Mittel tatsächlich begrenzt sind, sollen in Hamburg jetzt sogar „Flüchtlingsunterkünfte“ anstelle von Sozialwohnungen gebaut werden in einer Stadt, in der sich immer mehr Menschen schwertun mit steigenden Mieten und Wohnungsmangel. Die politischen Entscheider, welche überwiegend in schicken Vorstadtvierteln oder trendigen Gründerzeitquartieren zu Hause sind und kaum in Sozialwohnungen, nennen das „Solidarität mit den Flüchtlingen“ – die sie selbst zum Glück nichts kostet. Denn dass sie mit den Folgen ihrer Politik irgendwann persönlich konfrontiert werden, ist beinahe ausgeschlossen.

Eine solche Konfrontation kann einen ganz schön aus der Bahn werfen, wie das folgende Beispiel zeigt. Sie kennen ja alle die Europäische Zentralbank (EZB). Die garantiert, wie ihr Chef Mario Draghi nicht müde wird zu beteuern, die Stabilität unseres Geldes. Daher müsse, so schallt es aus dem Frankfurter EZB-Haus, auch niemand Angst haben um sein Erspartes und seine Altersversorgung, denn der Euro sei „so hart wie die Mark“, wie Draghi-Vorgänger Jean-Claude Trichet feststellte, als man ihm 2011 den Karlspreis umhängte. Also keine Inflationsgefahr, niemals.

Ach wirklich? Dieser Tage rutschte ganz nebenbei die Meldung durch, dass 169 EZB-Mitarbeiter vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt haben, um zu erzwingen, dass ihr Arbeitgeber einen Inflationsschutz in ihre Pensionen einbaut. Ist das nicht interessant? Die Herren unseres Papiergelds, die uns Tag für Tag von der Unzerstörbarkeit des Euro predigen, trauen ihrem eigenen Produkt nicht.

Hauptquell ihrer Sorge: Auch die EZB-Pensionskasse wird von der Politik gesetzlich dazu gezwungen, den Großteil ihres Anlagevermögens in solche „Werte“ zu investieren, welche die EZB und die Euro-Regierungen zur Beruhigung der Öffentlichkeit als „besonders sicher“ einstufen, und damit meinen die allen Ernstes Staatsanleihen der Euro-Zone.

Das Verhalten der EZBler erinnert verblüffend an den guten Brecht, in dessen Theater das Meinungsterror-Stück lief. Als der überzeugte Kommunist mit dem unter solchen Leuten damals heiß begehrten Stalinpreis ausgezeichnet wurde, bat er darum, ihm einen Teil des Preisgeldes bitte nicht in sozialistischer DDR-Mark, sondern in der finsteren Kapitalistenwährung Schweizer Franken auszuzahlen. Tja, was man andere glauben macht, muss man ja noch lange nicht selber glauben.

MEINUNGEN

Der CDU-Bundestagsabgeordnete ***Klaus-Peter Willsch*** *kritisiert in „Handelsblatt Online“ (27. Februar) den Umgang der Euro-Zone mit der* ***griechischen Misere****:*

„Dass man auf die griechische Weigerung, die vereinbarten Strukturreformen umzusetzen, dergestalt reagiert, dass man zukünftig mit bloßer Reformprosa zufrieden sein will und auf die Vorgabe konkreter vorzunehmender Maßnahmen verzichtet, belegt, dass man sich auf die dauerhafte Alimentierung Griechenlands einstellt. Das zeigt, wie weitgehend die verfehlte Bailout-Politik die selbstverschuldeten Probleme Griechenlands inzwischen zum Problem der Euro-Zone insgesamt gemacht hat.“

Bevor sie im Wahn des Terrorismus versank, hatte ***Ulrike Meinhof*** *durchaus lichte Gedanken, die manchen ihrer „Sympathisanten“ irritieren dürften. Zum Tode von* ***Winston Churchill*** *schrieb sie in „Konkret“ (Nr. 3/1965):*

„In Dresden ist der Anti-Hitler-Krieg zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab und wohl auch bekämpft hatte: Zu Barbarei und Unmenschlichkeit, für die es keine Rechtfertigung gibt.“

Torsten Krauel *wirft den etablierten Parteien in der „Welt“ (3. März) vor, mit ihrer Auffassung vom Sozial- und Umverteilungsstaat* ***Deutschland*** *zu einem* ***Land der phlegmatischen Vasallen*** *zurück zu verwandeln:*

„Für sie (die Parteien) ist der Mensch in Hilflosigkeit geboren, nicht in Freiheit. Verwurzelt in der europäischen Geschichte, verlassen die Parteien nach 60 Jahren stabiler deutscher Demokratie die Rolle von Reformern und schlüpfen in die Rolle der Freiherren. Sie erziehen die Menschen nicht mehr zur Freiheit. Sie erziehen die Menschen zu etwas anderem – dazu, in den Kategorien angestammter Lehen, zu erobernder Vorrechte, lebenslang vom Staat verliehener Rechtstitel denken zu lernen statt in den Kategorien von Arbeit, Aufstieg, Leistung, Opfer und Selbstverantwortung.“

Für ***Heinz-Michael Winkels****, Professor für Datenverarbeitung und Logistik an der Fachhochschule Dortmund, ist der nur scheinbare Widerstand der Regierung Merkel gegen die NSA-Spionage ein Hinweis auf* ***Deutschlands eingeschränkte Souveränität****. Der „Spreezeitung“ (28. Februar) sagte er:*

„Meines Erachtens war die ganze Geschichte von Anfang an entweder extrem naiv oder (wahrscheinlicher) ein geschicktes Täuschungsmanöver. Die Stellungnahme von Manfred Murk, Leiter Verfassungsschutz Hamburg, in der ‚Frontal 21‘-Sendung, dass man ‚... die Spionagetätigkeit der Amerikaner aus politischen und anderen Gründen nicht so hoch hänge ...‘ lässt da aufhorchen.“

Klaus Kelle *beschreibt in der „Rheinischen Post“ (28. Februar) wie* ***Freiheit verloren*** *geht:*

„Der Verlust der Freiheit ist ein schleichender Prozess. Er setzt ein, sobald die Bürger in einer demokratischen Gesellschaft alle behördlichen Regeln kritiklos übernehmen, ohne über deren Sinnhaftigkeit auch nur noch nachzudenken.“